

PROTOKOLL

über die 22. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 23. März 2000, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

-
Anwesend:

BÜRGERMEISTER:

Hermann Leithenmayr

VIZEBÜRGERMEISTER/IN:

Friederike Mach, Dr. Leopold Pfeil, Leopold Tatzreiter

STADTRÄTE:

Roman Eichhübl, Gunter Mayrhofer, Ing. Dietmar Spanring

GEMEINDERÄTE:

Kurt Apfelthaler, Helga Feller-Höllner, Martin Fiala, Ing. David Forstenlechner, Mag. Michaela Frech, Monika Freimund, Stefan Fröhlich, Günter Fürweger, Walter Gabath, Roswitha Großalber, Ing. Wolfgang Hack, Wilhelm Hauser, Ing. Klaus Hoflehner, Stephan Keiler, Mag. Gerhard Klausberger, Maria Koppensteiner, Andreas Kupfer, Engelbert Lengauer, Helmut Oberreiter, Walter Oppl, Hans Payrleithner, Claudia Pramendorfer, Edith Radmoser, Elfriede Reznar, GR Rudolf Schröder, Beatrix Toman, Ingrid Weixlberger

VOM AMT:

MD. OSR Dr. Kurt Schmidl, MD-Stv. Präs. Dir. Dr. Gerhard Alphasamer, OMR Mag. Helmut Golda, OMR Mag. Helmut Lemmerer, Dr. Michael Chvatal

ENTSCHULDIGT:

StR Gerhard Bremm, GR Dr. Wilfrid Wetzl

PROTOKOLLFÜHRER:

OAR Anton Obrist

Gabriele Obermair

TAGESORDNUNG

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlussfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer
2. Beantwortung von allfälligen Anfragen
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 54 Abs. 3 StS
5. Verhandlungsgegenstände
6. Aktuelle Stunde

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 4 der Tagesordnung:

KEINE VORHANDEN

VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

- 1) BauGru-17/99 Flächenwidmungsplanänderung Nr. 101; Geschäftsgebietswidmung Forum.
- 2) BauGru-27/99 Flächenwidmungsplanänderung Nr. 102 - „Kongresszentrum Röber,,

- 3) Präs-384/99 Verordnung über die Neuerlassung eines Organisations-statutes (Satzung) für die Unternehmung „Stadtwerke Steyr,“; Verordnung über die Bestellung eines Verwaltungsausschusses für die wirtschaftliche Unternehmung „Stadtwerke Steyr,“.
- 4) Fin-195/99 BMD-Systemhaus GmbH, Sierninger Str. 190, 4400 Steyr; Gewerbeförderung.
- 5) Fin-120/99 Übertragung nicht beanspruchter, beschlossener Vorhaben vom Finanzjahr 1999 in das Finanzjahr 2000.
- 6) Präs-372/99 Europäische Wissenschaftstage 2000 in Steyr.

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

- 7) Fin-100/99 APT; Maßnahmen zur Verlustbedeckung 2000.
- 8) SH-58/2000 Brennstoffaktion für einkommensschwache Personen-gruppen im Jahr 2000.
- 9) SH-Erl.-2200/90 Mobile Hilfe und Betreuung, Aufstockung der Personalkapazitäten.
- 10) Fin-109/99 Verein „Aktion Tagesmütter“; Subvention für das Jahr 2000.
- 11) Fin-194/99 Verein „Drehscheibe Kind“; Subventionsansuchen 2000.
- 12) Fin-26/2000 Verein „Miteinander - MOHI“; Finanzierung des Wochen-end- und Feiertagsdienstes 2000.
- 13) Präs-85/2000 Antrag der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion betreffend öffentliche Ausschreibung der Vergabe einer Studie für den Küchenbereich des Alten- und Pflegeheimes Münchenholz.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

- 14) Präs-73/2000 Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Resolution der Stadt Steyr an die OÖ. Landesregierung zur raschen Verwirklichung der Umfahrung Dietach.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

- 15) FW-1/2000 Antrag auf Verleihung der „Feuerwehr-Verdienstmedaille der Stadt Steyr“ an Angehörige der Betriebsfeuerwehren und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr.
- 16) ÖAG-36/98 Verkauf einer Teilfläche des städtischen Grundstückes 653, KG Steyr, an die Styria, Gemeinnützige Steyrer Wohn- und Siedlungsgenossenschaft mbH.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GERHARD BREMM:

17) Fin-170/98 SK Amateure Steyr; Ansuchen um Gewährung einer außerordentlichen Subvention zur Errichtung eines neuen Kabinengebäudes, 2. Etappe.

18) Fin-283/98 ASKÖ-Bezirk Steyr/ATSV Steyr; Ansuchen um Gewährung einer außerordentlichen Subvention zur Errichtung von Club- und Schulungsräumen, 2. Etappe.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

19) Stw-12/2000 Städtisches Gaswerk; Lieferung von Kunststoffdruckrohrmaterialien, Armaturen und Zubehör für den Verbrauchszeitraum 2000; Auftragsvergaben.

20) Stw-13/2000 Städtisches Wasserwerk; Lieferung von Kunststoffdruckrohrmaterialien, Armaturen und Zubehör für den Verbrauchszeitraum 2000; Auftragsvergaben.

21) Stw-9/2000 Erdgasaufschließung Landarbeitersiedlung einschließlich Erneuerung Trinkwasserleitungen; Bauarbeiten; Auftragsvergabe.

22) Stw-6/2000 Verlegung von Erdgasleitungen Nieder- und Hochdruck in der Resthofstraße (2. Teil) sowie Posthofstraße; Bauarbeiten; Auftragsvergabe.

23) Stw-7/2000 Städtisches Gaswerk; Erneuerung der Versorgungsleitung Schlüsselhofgasse (Teil); Bauarbeiten; Auftragsvergabe.

24) Stw-3/2000 Städtisches Wasserwerk; Erneuerung der Trinkwasserversorgungsleitungen in der Ottokarstraße (Teil), Sudetenstraße (Teil) sowie im Straßenzug Im Föhrenschacherl; Bauarbeiten; Auftragsvergabe.

25) Stw-15/2000 Städtisches Wasserwerk; Sanierung Hochbehälter Ennsleite; Projektierungs-, Fliesenlege- und Installationsarbeiten; Auftragsvergaben.

26) Stw-20/2000 Stadtwerke Steyr - städt. Bäder und Eislaufplatz; Teilverlustersätze 1999.

27) Bau5-3862/88 Sanierung Hallenbad, 2. Bauetappe, 2. Teil; Ausfinanzierung.

28) Stw-1/2000 Stadtwerke Steyr - Versorgungsbetriebsverbund Gas und Verkehr; Kapitaleinlage 2000.

29) Stw-2/2000 Reinhaltung der Wasserversorgung; Refundierung der Kosten 1999.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

- 30) Fin-175/99 Tourismusverband Steyr; Jahressubvention 2000.
- 31) BauGru-48/98 Bebauungsplanänderung Nr. 34/4.1; Schlüßlmayrsiedlung.
- 32) BauGru-591/93 Neuplanungsgebiet Nr. 1, Reithoffer - Aignergründe.
- 33) BauH-203/96 Kirchliche Ensembles in Steyr
- BauH-115/99 Pfarre Christkindl, Loretto-Kapelle, Brunnenstube; Gesamtanierung;
Renaissanzenfriedhof Steyr; Gesamtanierung;
Stadtpfarrkirche, Friedhofsmauersanierung.
- 34) K-1/2000 Maßnahmen zur Ortsbildpflege 2000 - 1. Teil; „Innere
BauH-208/98 Stadt“ und „Ennsdorf“ - „Steyrdorf“ und „Wehrgrabengebiet“.
- 35) BauBrü-1/98 Kalkofenbrücke; Vergabe des Neubaus.
- 36) BauT-3/2000 Errichtung Kanalisation Ennsdorf; NK Haratzmüllerstraße 1, S1A(RHV) - S7;
Vergabe der Kanalbauarbeiten.
- 37) VerkR-302/94 Ennsbrücke - Nordspange; Lärmschutz.
- 38) VerkR-921/98 Errichtung der Fußgängerblinkanlage Taborschule.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

39) Pers-434/85 Gemeindebediensteten-Schutzkommission; Berichterstat-Pers-1020/85
tung an den Gemeinderat über das Jahr 1999.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die heutige Sitzung und begrüße sie herzlich. Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Ich gebe bekannt, dass mir die Kollegin Pramendorfer und der Kollege Schröder als Protokollprüfer gemeldet wurden und diese Funktion annehmen. Entschuldigt sind Herr StR Bremm und Herr GR Dr. Wetzl.

Unter Punkt 2) kommen wir zur Angelobung eines neuen Mitgliedes des Gemeinderates.

Herr Gemeinderat Siegfried Stieglitz teilte mit Fax vom 8. 3. 2000 mit, dass er sich aus beruflichen Gründen mit sofortiger Wirkung für die Dauer von 3 Monaten von der Pflicht zur Teilnahme an den Sitzungen des Gemeinderates freistellen lassen möchte.

Ich habe diesem Anliegen mit Wirkung vom 9. 3. 2000 entsprochen.

Hiezu teilte mir die Freiheitliche Gemeinderatsfraktion mit Schreiben vom 13. März 2000 mit, dass gem. § 13 Abs.3 StS 1992 als Ersatzmitglied für die Dauer der Verhinderung von Herrn Gemeinderat Stieglitz Herr Stefan Fröhlich, Klingschmiedgasse 27, 4400 Steyr, nominiert werden soll.

Gem. § 10 des Stadtstatutes haben später eintretende Gemeinderatsmitglieder bzw. Ersatzmitglieder das Gelöbnis in der ersten Gemeinderatssitzung, an der sie teilnehmen, abzulegen.

In der heutigen Sitzung des Gemeinderates ist daher Herr Stefan Fröhlich, Klingschmiedgasse 27, 4400 Steyr, als neues Mitglied des Gemeinderates anzugeloben.

Die Gelöbnisformel lautet wie folgt:

„Ich gelobe, die Bundesverfassung und die Landesverfassung sowie alle übrigen Gesetze und alle Verordnungen der Republik Österreich und des Landes Oberösterreich gewissenhaft zu beachten, meine Aufgaben unparteiisch und uneigennützig zu erfüllen, das Amtsgeheimnis zu wahren und das Wohl der Stadt nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern.,,

Ich ersuche nun Herrn Stefan Fröhlich, sich von seinem Platz zu erheben, was er bereits getan hat, und dieses Gelöbnis mit den Worten: „Ich gelobe“, zu leisten.

Gemeinderat

Stefan Fröhlich:

Ich gelobe!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich danke ihnen sehr herzlich.

Zu Punkt 3), **Beantwortung von allfälligen Anfragen**, darf ich mitteilen, dass Frau Mag. Frech mit Schreiben vom 15. 3. 2000 folgende Anfrage an mich gerichtet hat. Sie lautet:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Der Gemeinderat der Stadt Steyr hat in seiner Sitzung vom 20. Mai 1999 einen von der LIF-Fraktion eingebrachten Resolutionsantrag einstimmig angenommen. Die Resolution war an das Land Oberösterreich gerichtet und beinhaltete den dringenden Appell, den Nachtzug von Linz nach Steyr im Sommerfahrplan 1999 nicht einstellen zu lassen, da erstens die Region Steyr nicht noch weiter an den verkehrspolitischen Rand gedrängt werden darf und zweitens das Land Oberösterreich im Rahmen des sogenannten Verkehrsdienstvertrages ohnedies jährlich zweistellige Millionenbeträge aus Steuergeldern an die ÖBB zahlt, um die Grundversorgung mit diesem öffentlichen Verkehrsmittel aufrechtzuerhalten.

In seiner Sitzung vom 23. September 1999 nahm der Gemeinderat der Stadt Steyr

ebenso einstimmig einen Antrag der GAL-Fraktion auf die Einsetzung einer Arbeitsgruppe für einen Regionalverkehrsplan für Steyr und das Umland an. Diese Arbeitsgruppe sollte laut Beschluss noch im Herbst 1999 zusammentreten, damit bereits erste Ergebnisse in den Fahrplanwechsel der ÖBB im Mai 2000 einfließen können. In dieser Arbeitsgruppe sollten jedenfalls die regionalen Verkehrsunternehmen, der VCÖ, die Pendlerinitiative als auch die politischen Parteien vertreten sein. Außerdem sollten selbstverständlich auch die mit dieser Thematik befassten Beamten eingebunden werden.

Seit der Beschlussfassung über diese beiden Anträge sind nunmehr viele Monate vergangen. Die Umstellung auf den neuen Zugfahrplan ab Mai 2000 steht unmittelbar bevor. Es ergibt sich daher die dringende Notwendigkeit, die folgende Anfrage an sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, zu richten und sie zu bitten, diese selbst zu beantworten bzw. vom jeweils zuständigen Stadtsenatsmitglied beantworten zu lassen.

1. Mit welchem Tag wurde die vom LIF initiierte und vom Gemeinderat einstimmig beschlossene Resolution an das Land OÖ durch den Magistrat tatsächlich weitergeleitet?

2. Gab es seitens des Landes OÖ eine Reaktion auf diese Resolution der Stadt? Wenn ja, wann, in welcher Form und mit welchem Inhalt?

3. Welche konkreten anderen Maßnahmen (Schriftverkehr, Telefonate, persönliche Gespräche usw.) wurden durch sie, Herr Bürgermeister oder andere Mitglieder des Stadtsenates bzw. auf Beamtenebene getroffen, um eine Verbesserung des unhaltbar gewordenen Zustandes der Steyrer Zugsanbindungen zu erreichen?

4. Derzeit verlässt der letzte Zug nach Steyr den Linzer Bahnhof bereits um 21 Uhr 49.

Frage: Welche konkreten Maßnahmen werden in Zukunft gesetzt werden, um eine Verbesserung der Zugverbindungen von und nach Steyr zu erreichen?

5. Wann trat die in der Gemeinderatssitzung vom 23. September 1999 im Rahmen der Entwicklung eines Regionalverkehrsplanes Steyr beschlossene Arbeitsgruppe zum ersten Mal zusammen? Wie viele Treffen gab es bisher?

6. Welche Institutionen bzw. Personen sind in dieser Arbeitsgruppe nun konkret vertreten?

7. Laut Gemeinderatsbeschluss sollte die Arbeitsgruppe noch im Herbst beginnen, um bereits erste Ergebnisse in den Fahrplanwechsel der ÖBB im Mai 2000 einfließen zu lassen.

Frage: Welche Zwischenergebnisse gab es bisher, die bereits in den Entwurf für den Fahrplanwechsel Mai 2000 eingearbeitet wurden?

8. Dieser Antrag für einen Regionalverkehrsplan wurde in der Gemeinderatssitzung dem Verkehrsreferenten zur Berichterstattung zugeordnet. Dieser bemerkte allerdings bereits in der Sitzung, dass er sich frage, wer denn nun wen zur ersten Sitzung einladen solle. Diese auch im Protokoll nachzulesende Bemerkung lässt darauf schließen, dass die diesbezüglichen Kompetenzen möglicherweise nicht eindeutig waren bzw. sind.

Frage: War es juristisch korrekt, diesen Antrag dem Verkehrsreferenten zuzuweisen, der laut existierenden magistratesinternen juristischen Stellungnahmen zu diesem Zeitpunkt keinesfalls für den Bereich Verkehrsplanung zuständig war?

9. Handelt es sich bei diesem Antrag nicht um einen Verkehrsplan, der über die Stadtgrenzen hinausgeht, und daher zu jedem Zeitpunkt jedenfalls in die Kompetenz des Bürgermeisters fallen müsste?

Frage: Hätte daher nicht dieser Antrag dem Bürgermeister zugewiesen werden müssen, der in der Folge auch für die Umsetzung des Beschlusses zuständig gewesen wäre?

10. Wer hat sich nun tatsächlich darum gekümmert, dass dieser einstimmige Gemeinderatsbeschluss auch tatsächlich umgesetzt wird? In welchen Punkten wurde er überhaupt umgesetzt, in welchen nicht und warum nicht?

11. Was werden sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, in Hinkunft tun, um sicherzustellen, dass Beschlüsse und damit eindeutige Willenserklärungen des Gemeinderates auch tatsächlich umgesetzt werden?

Ich bitte sie, diese Anfrage in der nächsten Gemeinderatssitzung vom 23. März zu beantworten.“

Hiezu kann ich folgendes berichten, meine Damen und Herren:

Zu Frage 1: Mit welchem Tag wurde die vom LIF initiierte und vom Gemeinderat einstimmig beschlossene Resolution an das Land OÖ durch den Magistrat tatsächlich weitergeleitet?

Zu Frage 2: Gab es seitens des Landes OÖ eine Reaktion auf diese Resolution der Stadt? Wenn ja, wann, in welcher Form und mit welchem Inhalt?

Diese Resolution vom 20. Mai 1999 wurde dem GB I zur weiteren Veranlassung zugewiesen und wurden von diesem unmittelbar nach Beschlussfassung durch den Gemeinderat der Stadt Steyr die notwendigen Veranlassungen getroffen. So wurde diese Resolution mit Schreiben vom 26. Mai 1999 sowohl an die Österreichischen Bundesbahnen, als auch an das Amt der OÖ Landesregierung, z. H. Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer, weitergeleitet.

Das Land OÖ., und zwar Herr Landesrat DI Erich Haider, reagierte auf diese Resolution und richtete ein Schreiben, datiert mit 7. 3. 2000, an Herrn Hofrat DI Dr. Leonhard Höfler, das folgenden Inhalt hat:

„Sehr geehrter Herr Dr. Höfler!

Ich komme zurück auf ihre Information vom 2. 9. 1999, in dem sie über das Angebot der ÖBB, eine Busverbindung im Schienenersatzverkehr als Ersatz für die gestrichene Spätverbindung von St. Valentin nach Steyr einzurichten, berichteten.

Ich gehe davon aus, dass die Verhandlungen mit den ÖBB über die Berücksichtigung der Leistungsrücknahmen bei den Zahlungen aufgrund des Verkehrsdienstvertrages noch einige Zeit in Anspruch nehmen werden. Um die Realisierung des Ersatzes für die Spätverbindung nicht so lange aufzuschieben, ersuche ich eine Leistungsvereinbarung mit der ÖBB für die Busverbindung sofort abzuschließen.

Wie mitgeteilt, wird die Busfirma einen Niederflrbus einsetzen, der auch für Rollstuhlfahrer benützbar ist. Ich ersuche insbesondere auf diesen Umstand beim Abschluss der Vereinbarung zu achten.“

Von den ÖBB ist bis heute keine Stellungnahme zu dieser Resolution eingelangt.

Zu Frage 3: Welche konkreten anderen Maßnahmen wurden durch sie, Herr Bürgermeister, oder andere Mitglieder des Stadtsenates bzw. auf Beamtenebene getroffen, um eine Verbesserung des unhaltbar gewordenen Zustandes der Steyrer Zugsanbindungen zu erreichen?

Dazu kann ich sagen, dass ich neben der schriftlichen Weiterleitung der Resolution ein persönliches Gespräch über diesen Fragenkomplex mit Herrn LR DI Erich Haider geführt habe. Welche anderen Gespräche, von anderen Personen, geführt wurden, entzieht sich meiner Kenntnis.

Zu Frage 4: Derzeit verlässt der letzte Zug nach Steyr den Linzer Bahnhof bereits um 21 Uhr 49. Welche konkreten Maßnahmen werden in Zukunft gesetzt werden, um eine Verbesserung der Zugverbindungen zu erreichen?

Ich habe mich also bemüht, auch über Wunsch des Kollegen Kupfer, mit dem Herrn Bezirkshauptmann Dr. Zeller einen Gesprächstermin zu finden, was bereits geschehen ist. Unter Einbindung von Fachbeamten und Vertretern der OÖ Landesregierung möchte ich mich bemühen, diese Thematik „Umlandgemeinden, Verkehrsplanung“ sozusagen in Gang zu bringen. Darüber hinaus habe ich versucht, den Herrn Bürgermeister Steininger als Vorsitzenden der Bürgermeisterkonferenz Steyr-Land, auf diese Vorstellungen unsererseits einzustimmen, welcher sein wohlwollendes Einverständnis signalisiert hat.

Zu Frage 5: Wann trat die in der Gemeinderatssitzung vom 23. September 1999 im Rahmen der Entwicklung eines Regionalverkehrsplanes Steyr beschlossene Arbeitsgruppe zum ersten Mal zusammen? Wie viele Treffen gab es bisher?

In Befolgung des GR-Beschlusses vom 23. 9. 1999 hat am 8. 11. 1999 in der Fachabteilung für Stadtentwicklung und Stadtplanung ein Kontaktgespräch stattgefunden.

Zu Frage 6: Welche Institutionen bzw. Personen sind in dieser Arbeitsgruppe nun konkret vertreten?

An diesem Kontaktgespräch haben teilgenommen:

Vom Amt der OÖ. Landesregierung - Baudienstzentralabteilung, Abteilung Verkehrskoordination und Angelegenheiten des öffentlichen Verkehrs, Herr Klaus Hölzl, von den Stadtbetrieben Steyr, Herr Dir. Dipl.-Kfm. Zeilinger und Herr OAR Anibas, von der Stadt Steyr, Herr GR Andreas Kupfer, vom Magistrat Steyr, Herr Ing. Wolfgang Grassnigg.

Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil konnte aus Termingründen nicht teilnehmen, wurde jedoch umgehend vom Besprechungsergebnis informiert.

Vom Vertreter des Amtes der OÖ. Landesregierung wurde als zielführend angesehen, zur Mitbeteiligung der Nachbargemeinden, ein Gespräch des Bürgermeisters mit dem Bezirkshauptmann Hofrat Dr. Zeller zu vereinbaren. Dieser sollte dann im Rahmen einer Bürgermeisterkonferenz die Nachbargemeinden motivieren. Ein positives Ergebnis sei deswegen zu erwarten, weil für das Ennstal zwischen Garsten und Gaflenz bereits ein derartiger Regionalverkehrsplan ausgearbeitet wurde, der durchwegs positive Aufnahme gefunden hat. Die Gemeinden Behamberg und Haidershofen in Niederösterreich sollten von der Erstellung ebenfalls informiert werden, doch dürfte die

Bereitschaft zur Mitarbeit wegen der wesentlich geringeren Förderungsansätze in Niederösterreich eher gering sein. Unabhängig davon sei jedoch die Schienenverbindung von Steyr nach St. Valentin jedenfalls Gegenstand des Regionalverkehrsplanes.

Zu Frage 7: Laut Gemeinderatsbeschluss sollte die Arbeitsgruppe noch im Herbst 1999 beginnen, um bereits erste Ergebnisse in den Fahrplanwechsel der ÖBB im Mai 2000 einfließen zu lassen. Welche Zwischenergebnisse gab es bisher, die bereits in den Entwurf für den Fahrplanwechsel 2000 eingearbeitet wurden?

Es ist beabsichtigt, analog zu anderen in Oberösterreich erstellten bzw. in Arbeit befindlichen Regionalverkehrsplänen, auch für Steyr und die Umlandgemeinden ein Konzept zu entwickeln, das primär Verbesserungen im öffentlichen Busverkehr, im Schienenverkehr und allenfalls im AST-Bereich beinhalten soll. Dieses Konzept wird vom Land nach Ausschreibung an einen Verkehrsplaner vergeben, die Kostentragung erfolgt zu 5/6 durch das Land und zu 1/6 durch die betroffenen Gemeinden. Umsetzungsmaßnahmen aufgrund des Konzeptes werden bei regionaler Bedeutung bis zu 3/4 vom Land finanziert. Dazu gehören neben Fahrplanverbesserungen auch neue Informationssysteme, eine Neugestaltung von Fahrplänen und Haltestellen, Ampelbeeinflussungen sowie allenfalls Busspuren. Ebenso wäre am Bahnhof Steyr im Zuge der Umgestaltung die Einrichtung einer sogenannten Mobilitätszentrale, bei der Auskünfte über sämtliche Einrichtungen des öffentlichen Verkehrs, sowie über vorhandene Radverleihstellen und touristische Möglichkeiten angeboten werden, zweckmäßig.

Nach der regionalen Abgrenzung sowie der Erstellung eines Mängelkataloges aus der Sicht der Gemeinden, der Verkehrsunternehmen und der Interessensvertretungen, ist die Erstellung einer Ausschreibung durch das Land Oberösterreich vorgesehen. Eine Auftragsvergabe ist im Jahr 2000 möglich. Erste Umsetzungsschritte könnten mit Einführung des Sommerfahrplanes 2001 bzw. mit Beginn des Schuljahres 2001/2002 vorgenommen werden.

Zu Frage 8: Dieser Antrag für einen Regionalverkehrsplan wurde in der Gemeinderatssitzung dem Verkehrsreferenten zur Berichterstattung zugeordnet. Dieser bemerkte allerdings bereits in der Sitzung, dass er sich frage, wer denn nun wen zur ersten Sitzung einladen solle. Diese auch im Protokoll nachzulesende Bemerkung lässt darauf schließen, dass die diesbezüglichen Kompetenzen möglicherweise nicht eindeutig waren bzw. sind.

Frage: War es juristisch korrekt, diesen Antrag dem Verkehrsreferenten zuzuweisen, der laut existierenden magistratsinternen juristischen Stellungnahmen zu diesem Zeitpunkt keinesfalls für den Bereich Verkehrsplanung zuständig war?

Frage 9: Handelt es sich bei diesem Antrag nicht um einen Verkehrsplan, der über die Stadtgrenzen hinausgeht, und daher zu jedem Zeitpunkt jedenfalls in die Kompetenz des Bürgermeisters fallen müsste?

Frage: Hätte daher nicht dieser Antrag dem Bürgermeister zugewiesen werden müssen, der in der Folge auch für die Umsetzung des Beschlusses zuständig gewesen wäre?

Bei diesem Antrag handelt es sich - wie sie richtigerweise feststellen Frau Kollegin Frech - um einen Verkehrsplan, der über die Stadtgrenzen hinausgeht. Und für einen derartigen Antrag ist sowohl nach der vorletzten Fassung der Geschäftseinteilung für den Stadtsenat wie auch nach der letzten Fassung dieser Geschäftseinteilung Herr

Vizebürgermeister Dr. Pfeil zuständig.

Denn in der vorletzten Fassung der Geschäftseinteilung für den Stadtsenat sind die Aufgabenbereiche von Vizebürgermeister Dr. Pfeil wie folgt umschrieben: Bezirksverwaltung, Verkehrsangelegenheiten, Marktangelegenheiten, Veterinärangelegenheiten.

Mit Beschluss des Stadtsenates vom 27. 1. 2000 wurde der Aufgabe Verkehrsangelegenheiten lediglich eine Erläuterung in einer Klammer beigelegt und keine Kompetenzerweiterung vorgenommen.

Eine Kompetenzerweiterung hätte nämlich gesondert, d.h. in der Bezeichnung einer zusätzlichen Aufgabe, zum Ausdruck gebracht werden müssen. Diese mit Stadtsenatsbeschluss vom 27. 1. 2000 angelegte Erläuterung in einer Klammer im Anschluss an die Aufgabe Verkehrsplanung entspricht genau der bisherigen Auffassung über den Umfang dieser Aufgabe und lautet: Verkehrsangelegenheiten (einschließlich Verkehrsplanung der Stadt Steyr sowie Koordinierung der Verkehrsplanung des Bundes und des Landes mit der Verkehrsplanung der Stadt Steyr).

Damit ist, so hoffe ich, klargestellt, dass dieser Antrag in den Aufgabenbereich von Vzbm. Dr. Pfeil gefallen ist und auch in Zukunft fällt.

Zu Frage 10: Wer hat sich nun tatsächlich darum gekümmert, dass dieser einstimmige Gemeinderatsbeschluss auch tatsächlich umgesetzt wird? In welchen Punkten wurde er überhaupt umgesetzt, in welchen nicht und warum nicht?

Dieser Gemeinderatsbeschluss wurde sofort nach der Beschlussfassung dem GB III übermittelt, der auch die weiteren Schritte, wie etwa die Terminkoordination und die weitere Vorgangsweise in Abstimmung mit dem zuständigen Referenten, vornahm.

Zu Frage 11: Was werden sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, in Hinkunft tun, um sicherzustellen, dass Beschlüsse und damit eindeutige Willenserklärungen des Gemeinderates auch tatsächlich umgesetzt werden?

In der Vergangenheit wurden und in der Zukunft werden natürlich sämtliche Beschlüsse und Willenserklärungen des Gemeinderates, sofern sie gesetzlich zulässig und möglich sind, einer Realisierung zugeführt. Je nach Komplexität einer Aufgabenstellung wird jedoch die Realisierungszeit eine unterschiedliche sein. Und dass dieses Thema nicht zu jenen gehört, das von einem Tag auf den anderen gelöst werden kann, wird wohl allen und auch ihnen, Frau Kollegin, glaube ich klar sein. Alleine 22 Gemeinden sollten hier, wenn wir möglichst viel Erfolg haben wollen, eingebunden werden.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Eine Zusatzfrage. Herr Bürgermeister, sie haben bei der Beantwortung der Frage Nr. 6), welche Institutionen bzw. Personen in der Arbeitsgruppe konkret vertreten sind, eine Reihe von Personen genannt. Lt. diesem gültigen GR-Beschluss vom 23. September war aber festgelegt worden, einstimmig im Gemeinderat, dass diese Arbeitsgruppe aus allen politischen Fraktionen zusammengesetzt ist. Ich vermisse aber bei dieser Aufzählung sowohl einen Vertreter der ÖVP als auch einen Vertreter des Liberalen Forums.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sie werden auch vermissen, dass jemand von der SPÖ drinnen ist.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ja, das vermisse ich auch.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das haben sie nur nicht gesagt, ...

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

... so wie das ihre Art ist. Also, in diesem Stadium der Gespräche ist einmal versucht worden, davon gehe ich aus, zu definieren, welche Zielsetzungen dieses ganze Projekt haben soll. Das ist auch, glaube ich, dringend notwendig, wenn wir uns mit dem Herrn Hofrat Zeller ins Benehmen setzen, der seinerseits wieder die Aufgabe haben wird, 21 Bürgermeister auf diese Linie zu bringen. Deswegen, und weil das eine schwierige Aufgabe ist und weil die Bereitschaft und das Interesse natürlich unterschiedlich ist, je weiter entfernt unter Umständen oder Interessenslagen unterschiedlicher Natur auftreten, habe ich auch den Herrn Bürgermeistersprecher des Bezirkes Steyr gebeten. Ich nehme an, die endgültige Form des Gremiums wird davon abhängen, da werden sich nicht die 21 Bürgermeister hineinsetzen, das ist nicht zu erwarten, sondern, es werden Fachbeamte der BH sein, es werden einige in der Bürgermeisterkonferenz zu entsendende Mitglieder von Steyr Land sein, und ich habe auch nichts dagegen, wenn wir uns dann artikulieren, welche Entsendungen erfolgen sollen. Nachdem es ein reines fachspezifisches Thema ist, werden sie es wahrscheinlich sehr unpolitisch haben wollen, Frau Kollegin.

Noch eine Frage?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ich habe und darf nur eine Zusatzfrage stellen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Herr Gemeinderat Ing. Klaus Hoflehner hat ebenfalls ein Schreiben vom 16. März 2000 mit folgender Anfrage an mich gerichtet:

„Gemäß § 10 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr stelle ich im Namen der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion folgende schriftliche Anfrage an Herrn Bürgermeister Leithenmayr als Finanzreferent.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Zumindest seit 1994 ist bekannt, dass eine Ersatzlösung für den wahrscheinlichen Entfall der Getränkesteuer zu suchen ist. Dies wurde auch dem OÖ. Gemeindereferenten Fritz Hochmair von externen Steuerberatern damals bereits mitgeteilt.

Seit ca. 3 Jahren wird nun direkt auf Kommunalebene diskutiert, ob die Einnahme der Getränkesteuer, wie sie in Österreich praktiziert wird, vor dem Europäischen Gerichtshof halten wird.

Nun wurde diese Getränkesteuereinnahme für nicht gesetzeskonform erachtet. Den österreichischen Gemeinden steht daher zum Teil eine enorme finanzielle Einnahmenbuße bevor.

Die Freiheitliche Gemeinderatsfraktion hat in den Budgetverhandlungen für das Jahr 1999 und 2000 durch Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil immer wieder darauf hingewiesen, dass die Stadt Steyr budgetär Vorsorge für eine eventuelle Streichung dieser Getränkesteuer treffen möge.

In diesem Zusammenhang ergehen folgende Fragen an sie:

1. Wie hoch war die Getränkesteuer in den Jahren 1998 und 1999 für die Gemeinde Steyr?
2. Welche Rückzahlungsverpflichtungen wird das Gemeindebudget betreffen?
3. Welche Initiativen bzw. Aktivitäten haben sie gesetzt, um gemeinsam mit anderen Kommunen, Städtebund bzw. Finanzministerium einen Ausgleich für diesen Steuerentfall zu kompensieren?

Ich ersuche um Beantwortung in der nächsten Sitzung des Gemeinderates.,,

Herr Kollege Hoflehner, ich kann dazu folgendes berichten:

In den Jahren 1998 und 1999 betrug das Getränkesteueraufkommen lt. Rechnungsabschluss S 27.566.417,97 und S 28.781.957,40. Von diesen Jahresbeträgen entfallen ca. jeweils rund 2/3 auf alkoholische Getränke. Wir reden also von Größenordnungen von rund 17, 18 Millionen Schilling.

Die rechnerischen Rückzahlungsverpflichtungen betragen für die o.a. Jahre jeweils rund S 9 Mio. jährlich. Diese Berechnung basiert auf der Tatsache, dass pro Jahr ca. 160 Rechtsbehelfe in Form von Rückzahlungsanträgen etc. eingebracht wurden, welche in 50 % der Getränkesteuerpflichtigen entsprechen. Vom rechtlichen Standpunkt ist allerdings nur dann eine Rückzahlung an die Abgabepflichtigen für alkoholische Getränke zu leisten, wenn diese glaubhaft machen können, dass die Abgabe von ihnen selbst wirtschaftlich getragen wurde. Dieser Nachweis ist im Zuge einer Getränkesteuerprüfung zu erbringen. Wurde die Getränkesteuer allerdings von einem Dritten bezahlt, so entsteht für die Gemeinde keine Rückzahlungsverpflichtung. Diese

gesetzliche Bestimmung wurde in eine Novelle der OÖ Landesabgabenordnung aufgenommen. Da die Getränkepreise grundsätzlich im Handel kalkulatorisch ermittelt werden, kann davon ausgegangen werden, dass keine Rückzahlungen zu tätigen sind.

Zur Kompensation des Steuerausfalls wurde die Gemeinde-Getränkeabgabenverordnung der Stadt Steyr am 4. 11. 1999 durch den Gemeinderat der Stadt Steyr novelliert und eine besondere Zielsetzung für alkoholische Getränke normiert. Im Urteil des EUGH vom 9. 3. 2000 wurde diese Zielsetzung als nicht gerechtfertigt erkannt. Die vom Städtebund und dem Finanzministerium vorgeschlagene Erhöhung der Mehrwertsteuer auf alkoholische Getränke wurde vom Magistrat der Stadt Steyr zur Kompensation des Einnahmeausfalls unterstützt, allerdings war auch dieser Variante der Erfolg, aufgrund der angekündigten Protestaktionen des Handels und der Gastronomie, versagt. Zum jetzigen Zeitpunkt erstreckt sich die Diskussion auf eine Mengenbesteuerung, welche direkt beim Getränkeproduzenten erfolgen und so den Gemeinden die notwendigen Einnahmen sichern soll. Da die Gemeinden kein eigenes Abgabenerfindungsrecht besitzen, muss auf eine Entscheidung auf Bundes- oder Landesebene in der Causa Getränkesteuer gewartet werden. Den vom 9. 3. 2000 bis zur Entscheidung täglichen Einnahmeentfall werden allerdings die Gemeinden tragen müssen.

D. h. also, wir werden jetzt einmal schauen müssen, was dabei heraus kommt. Dass das für die Gemeinden keine erfreuliche Entwicklung ist, steht außer Frage. Dass wir uns im Städtebund, im Gemeindebund, immer artikuliert haben und natürlich eine Ersatzlösung verlangt haben, ist auch richtig und klar. Es ist nur so, dass offensichtlich Vorschläge des Städte- und Gemeindebundes, aufgrund der Proteste der Wirte und des Handels, zurückgewiesen wurden und denen gesagt wurde, nämlich den Vertretern des Städte- und Gemeindebundes, sie sollen andere Vorschläge machen. Das ist momentan der Stand der Dinge.

Aus der Sicht der Stadt fehlen uns also rund 18 Millionen Schilling. Die Fantasie jedes Kollegen, auch von ihnen, ist also gefragt, gleich einmal zu sagen, so schaut das nämlich in der Praxis aus, wenn wir schnell reagieren und wenn es uns Nass hineinginge, wie man so schön sagt, müssten wir nämlich gleich dringend überlegen, was wir denn an Stelle dieser Projekte, die wir da alle gemeinsam beschlossen haben, wie wir das Geld einsparen, also welche Projekte wir nicht machen. Da ist aber die Begeisterung sehr begrenzt, wie ich festgestellt habe, weil wenn ich euch jetzt fragen würde, liebe Kolleginnen und Kollegen, bin ich überzeugt, dass Funkstille herrscht, was wir nicht machen sollten. So sieht nämlich die Welt aus. Wenn uns also 18 Millionen fehlen, können wir sagen, dann machen wir halt die Brücke nicht unter dem Tunnel. Da haben wir schon angefangen, das wird nicht gehen. Da werden wir andere Dinge zurückstellen müssen.

Ich muss sagen, ich hoffe sehr darauf, dass der Bundesgesetzgeber erkennt, welche wichtige Bedeutung die Kommunen im Wirtschaftsgeschehen haben, dass auch die Wirtschaft letzten Endes wieder auf die Aufträge wartet, die wir vergeben können. Wenn uns dieses Geld fehlt, und wenn es uns längerfristig fehlt, 1 Jahr können wir das schon einmal verkraften, da wird halt unter Umständen das bei Rücklagen einzusparen sein oder werden die geringer ausfallen oder allfällige Darlehen und Schulden werden höher sein, aber wenn uns längerfristig 18 Millionen fehlen, brauchen wir uns nicht unterhalten, was das in Wirklichkeit heißt, weil um 18 Millionen Schilling können wir schon zwei Kindergärten bauen, oder solche Sachen, damit wir das ein bisschen greifbar machen. Also, mir gefällt auch das Ganze gesellschaftspolitisch nicht besonders gut. Wenn ich mir überlege, dass jetzt das Bier billiger wird, aber das Mineralwasser und das „Kracherl“ gleich teuer bleibt, und die Welt ist dann in Ordnung und die Gemeinden haben das Geld nicht, bitte sehr, dann muss ich mich ehrlich fragen, vor diesem

Hintergrund scheint es mir schon geboten zu sein, eine Ersatzlösung anzupeilen.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Das wird ja gar nicht billiger!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Jedenfalls würde es mich sehr freuen, wenn der Gemeinderat der Stadt Steyr ein durchgängiges Interesse bekunden würde, dass wir die 18 Millionen Schilling wieder bekommen, ansonsten müssen wir nämlich unsere Vorstellungen ein bisschen eindämmen, was wir in Zukunft alles machen wollen.

Zu den **Mitteilungen des Bürgermeisters** darf ich eine erfreuliche Mitteilung machen. Das Mülltrennen und sammeln hält unvermindert an. Wir haben in Steyrer 8137 Tonnen wiederverwertbare Altstoffe, das sind um 677 Tonnen mehr als im Jahr 1998, gesammelt und getrennt. Eine tolle Leistung im Interesse der Sauberhaltung unserer Stadt.

Es sind einige Buslinien und Fahrpläne verbessert worden. Und zwar ist das Bus-Angebot für die Bewohner der Krenn-Siedlung, der Dachsberg-Siedlung und der Knogler-Siedlung verbessert worden. Durch die geänderte Linienführung können die Bewohner der drei Siedlungsgebiete ab 3. April im 60-Minuten-Takt bedient werden. Vor allen Dingen scheint interessant zu sein, den Knoglergründen eine öffentliche Verkehrsverbindung rechtzeitig anzubieten. Vielleicht unterlässt es der eine oder andere aus dem Grund sich ein eigenes Auto zu kaufen, um einkaufen zu fahren.

Herr Apfelthaler meint nein, aber bitte. Es wird natürlich, nachdem alles zwei Seiten hat, auch damit zu rechnen sein, weil irgendeine Schleifenführung anders ist, im Resthof hat mir der Kollege Eichhübl schon mitgeteilt, gibt es dort wieder einige Proteste. Es scheint also nichts möglich zu sein. Wo man Licht hinfallen lässt, entwickelt sich irgendwo auch ein Schatten. Es ist ein kleiner Schatten. Man muss sich auch verifizieren, welche Größenordnungen hier positiv und negativ betroffen sein werden.

Die Frage der Notschlafstelle haben wir lange genug behandelt. Diese Einrichtung wird uns also erhalten bleiben. Wir wollen sie vom Haus Dukartstraße 15 in das Haus Blumauergasse 29 verlegen. Der Aufwand dafür wird 3,5 Millionen Schilling betragen, nämlich dieses Haus zu erwerben. Das Bruderhaus mit der Kirche werden wir wahrscheinlich dafür veräußern, wobei meine Intention die ist, es hat interessanterweise gleich mehrere Interessenten gegeben, aber dieses Haus ist natürlich uralt und hat eine große historische Dimension, ist aber auch sehr schwierig ineinander gebaut und eine Trennung des Bruderhauses von der Kirche scheint also auch aus der Sicht der Stadtbildpflege und des Denkmalschutzes nicht oder nur sehr schwer möglich. Mittlerweile hat die Kirche ihr Interesse bekundet, das Gesamtobjekt zu erwerben. Über

den konkreten betrag wird man noch reden wollen. Wir müssen auf jeden Fall diese 1,2 Millionen Schilling für das Bruderhaus erzielen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Herr Bürgermeister, inklusive Inventar?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich höre so schlecht, weil so eine Unruhe ist. Inventar? Meinen sie in der Kirche oder im Bruderhaus?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

In der Kirche.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich kann mir schlecht vorstellen, dass wir die Kirche ohne Altar verkaufen oder so.

Gelächter

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Da sind aber auch Kunstwerke dabei.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sie können sich das vorstellen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ich kann mir das nicht vorstellen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich auch nicht. Die Historie ist die, dass diese Kirche ursprünglich einmal zur

Vorstadtpfarre gehört hat, dass ein mildtätiger Versorgungsfond eine ganze Reihe von Häusern, also auch diese Kirche und das Bruderhaus umfasst hat, dass im Jahr 1938 diese Häuser an die Stadt zur Verwaltung gefallen sind und dass nach dem 2. Weltkrieg für die Aufwendungen, die in der Zwischenzeit durch die Stadt gemacht wurden, dieses Haus und dieses Ensemble und noch ein weiteres Haus im Besitz der Stadt verblieben sind. Meine Position ist die, dass wir dieses Ensemble, wenn die Kirche nun auch das Interesse entwickelt hat, und der zuerst infrage kommende Käufer sein Interesse zurückgezogen hat, an die Kirche veräußern. Es kehrt also wieder dorthin zurück, wo es früher einmal war. Wir wollen auf jeden Fall 1,2 Millionen Schilling Erlösen, damit wir sie zusammen mit der Million, die wir im Budget haben, mit einer weiteren Million die ich vom LR Ackerl dafür locker gemacht habe und einer dankenswerten Unterstützung der Wohnungsgenossenschaft Styria, welche zugesagt hat im Jahr des Jubiläums, voriges Jahr, in einem Bereich der halt ihnen zuordbar ist, nämlich Beherbergung und Quartiergebung, eine außerordentliche soziale Tat zu vollbringen, dass die also S 300.000,- mit einbringen und eine Renovierung dort vornehmen. Es ist nicht sehr viel zu machen, Eingangssituation, sie werden sich dadurch eine kurze Zeit einmieten, dass dann dieses Problem für uns auch langfristig gelöst erscheint. Es sollen rund 15 Menschen in dieser neuen Heimat der Notschlafstelle Platz finden. Ich muss sagen, um hier auch Legendenbildungen vorzubeugen, dass diese Notschlafstelle sehr gut geführt ist, dass es keine Probleme mit den Nachbarn gibt und dass es sich hier um einen organisierten Ablauf handelt, der jedenfalls besser ist als eine nur Unterstandssituation, wie wir sie auch in verschiedenen Häusern früher gehabt haben, übrigens auch im Bereich des Bruderhauses. Ich gehe davon aus, und wir haben ja mehrfach Meinung gebildet, auch im Kreis der Fraktionsvorsitzenden, dass diese Vorstellung auch mit einer breiten Mehrheit, am liebsten einstimmig, vom Gemeinderat getragen wird.

Positiv ist zu berichten, dass uns wieder das Zeugnis ausgestellt wurde, dass wir 78 Personen mit einer mindestens 50-prozentigen Behinderung im Magistrat Steyr beschäftigen. Das ist doppelt so viel als wir müssten. Wir geben dadurch doch ein gutes Beispiel und entgegen dem aktuellen Trend wo am freien Arbeitsmarkt Behinderte kaum eine Arbeit finden.

Zum Schluss habe ich noch etwas Gutes zu vermelden. Das vergangene Tourismusjahr liegt in seinem Abschluss am Tisch. Es war wieder ein Überschreiten der magischen 70.000er Grenze bei den Übernachtigungen feststellbar. Wir haben nahezu das Landesausstellungsergebnis von 1998 erreichen können. Besonders erfreulich ist die Weihnachtszeit, wo eine Steigerungen von 9,6 Prozent erreicht werden konnte. Zudem werden die Stadtführungen, mehr als 700, sehr gerne in Anspruch genommen, was also auch ein Hinweis auf das Interesse unserer Besucher ist, die Stadt wirklich näher kennen zu lernen.

Positiv ist auch die Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage weiterhin. Obwohl die Arbeitslosenquote 6,7 % nach wie vor beträgt, hat sie sich gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr um 1,4 % verringert.

Die Gesamtsumme der vorgemerkten Arbeitslosen betrug im Februar 2000 2764, verringerte sich gegenüber dem Vormonat um 4,6 % und auch gegenüber dem Vorjahr um 16,9 % was immerhin 561 Personen ausmacht.

Damit bin ich am Ende. Ich möchte sie bitten, die **Beschlüsse des Stadtsenates**, die mit den Unterlagen zugegangen sind, zur Kenntnis zu nehmen und möchte als nächsten Punkt mitteilen, bevor wir in die Behandlung unserer Tagesordnung eingehen, dass ein Dringlichkeitsantrag der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion, welcher ausreichend unterstützt ist, vorliegt.

Dringlichkeitsantrag

zur Sitzung des GR der Stadt Steyr am 8. 7. 1999

Gem. § 7 der Geschäftsordnung des GR der Stadt Steyr stellen die unterfertigten Gemeinderatsmandatare folgenden Dringlichkeitsantrag.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat stellt an den OÖ Landtag den Antrag, das Statut der Stadt Steyr möge wie folgt geändert werden:

Der § 9 Abs. 5 soll lauten:

Die Gemeinderäte sind berechtigt hinsichtlich jener Angelegenheiten die im GR oder im StS zu behandeln sind und die auf der Einladung für die nächste Sitzung als Tagesordnungspunkte aufscheinen, beim Magistrat in die zur Behandlung einer solchen Angelegenheit notwendigen Unterlagen einzusehen, Aufzeichnungen zu machen und die erforderlichen Auskünfte einzuholen. Auf Kosten des Magistrates kann er bzw. sie auch die Anfertigung von Kopien verlangen. Bestimmungen über die Amtsverschwiegenheit bleiben hierdurch unberührt.

Der Antrag ist, wie gesagt, ausreichend unterstützt. Wir kommen dazu zu befinden, ob wir diesem Antrag die Dringlichkeit zuerkennen.

Sie melden sich dazu zu Wort?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Zur Dringlichkeit.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Gäste. Ich möchte zuerst eine Korrektur anbringen, ich bitte das so zu genehmigen, es

muss natürlich heißen, Dringlichkeitsantrag zur Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 23. 3. 2000, nicht wie irrtümlich hier 8. 7. 1999 dasteht. Ich bitte sie, das zur Kenntnis zu nehmen.

Zur Dringlichkeit selbst möchte ich schon einiges dazu sagen, weil Anträge zur Änderung eines Stadtstatutes sollte man grundsätzlich nicht mit einer Dringlichkeit beschließen. Da habe ich auch immer bedenken dafür, dass man solche weitreichenden Änderungen mit einer dringlichen Verordnung oder mit einer dringlichen Abstimmung hier versieht. Aber gerade im konkreten Anlass, zum Fall der mich eben dazu bewegen hat, ist eine weitere Zusammenarbeit im konkreten Fall im Stadtsenat unter den gegebenen Umständen nicht mehr möglich. Bis jetzt war es überhaupt kein Problem, wenn man zum zuständigen Sachbearbeiter gegangen ist und man hat dort Akteneinschau gehalten, man hat dort Rücksprache gehalten, es wurde bereitwillig Auskunft erteilt. Aber seit einigen Wochen ist offensichtlich eine Weisung des Herrn Magistratsdirektors draußen, dass Stadtsenatsunterlagen nicht mehr eingesehen werden dürfen und wenn dann Beamte, die dafür zuständig sind, Auskunft erteilen, dann bekommen sie eine Kopfwäsche.

MAGISTRATSDIREKTOR

OSR DR. KURT SCHMIDL:

Auskunft erteilen kann jeder.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Es war so. Ja, sie bekommen eine Kopfwäsche, wenn sie nicht vorher das Einvernehmen mit dem Herrn Magistratsdirektor getroffen haben, ob sie mir darüber Auskunft erteilen dürfen. Ich glaube es geht hier um Grundwerte einer demokratischen Situation, ob und wie wir miteinander umgehen. Man kann nur eine Meinungsunterschiedenheit ausdiskutieren, wenn alle die gleichen Wissensstände haben. Alle. Es ist ein Zeichen der Transparenz und einer reifen Demokratie, wenn wir hier das Einschaurecht nicht nur auf die Fraktionsvorsitzenden oder auch auf die Stadtsenatsmitglieder beschränken sondern, dass alle Gemeinderäte, die sich mit einem Thema ernsthaft beschäftigen, auch die dafür notwendigen Unterlagen bekommen bzw. einsehen dürfen. Natürlich ist es mir bewusst, dass auch das Statut der Stadt Steyr in vielen Punkten reformbedürftig ist. Ich ersuche sie aber trotzdem sehr innig und heftig, diesem Antrag nicht nur die Dringlichkeit zu geben, sondern dann auch im Weiteren eine positive Zustimmung zu geben. Ich danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Bitte sehr. Gibt es zur Dringlichkeit noch weitere Wortmeldungen? Frau Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Presse. Ich möchte nur festhalten, nachdem sie eingangs gesagt haben, Herr Bürgermeister, dass das ein Antrag der Freiheitlichen Fraktion ist, dass das nicht der Fall ist, sondern, dass das ein gemeinsamer Antrag ist, sowohl der Freiheitlichen GR-Fraktion, als auch der Grünen Fraktion, als auch des Liberalen Forums und insofern einmal von drei Fraktionen Unterstützung findet.

Persönlich zur Dringlichkeit: Ich bin generell kein Freund davon, dass man Statutenänderungen, Geschäftsordnungsänderungen über Dringlichkeit macht. Nur, der Punkt ist der, wenn man es nicht über Dringlichkeit macht, passiert es wahrscheinlich nie. Ich darf sie daran erinnern, dass seit ungefähr zwei Jahren diesbezügliche Vorschläge auch vom Liberalen Forum vorliegen für eine Änderung der Geschäftsordnung. Die sind nie behandelt worden. Ich habe über Anfragen bereits des Öfteren wieder darauf hingewiesen, es ist nie behandelt worden. D. h., das Bewusstsein und der Wunsch hier Änderungen vorzunehmen, sind scheinbar nicht wirklich vorhanden. Der aktuelle Anlassfall ist ein Anlass wirklich da aktiv zu werden, wobei ich davon ausgehe, dass wir also sehr viel im Statut ändern werden müssen und nicht nur diesen einen Punkt. Wir brauchen eine Generalreform dieses Statuts aber aus diesem Anlassfall heraus, zur Dringlichkeit halte ich das durchaus für sinnvoll und ich würde sie bitten, diesem Dringlichkeitsantrag auch ihre Zustimmung zu erteilen, um hier eine klare, rechtliche Situation herbeiführen zu können.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wenn keine weiteren Wortmeldungen zur Dringlichkeit mehr sind, möchte ich folgendes sagen. Richtig ist, was der Herr Dr. Pfeil gesagt hat, zumindest teilweise, dass man natürlich Regeln nicht aus dem Handgelenk ändern soll. Das ist unüblich, das macht man nicht einmal beim Fußball. Also, wir haben eigentlich seit verhältnismäßig kurzer Zeit, wenn ich mich richtig erinnere, ich glaube seit etwa 1 ½ Jahren, ein Statut in unserer Stadt, das nach langen Verhandlungen mit den Städten, letzte Novellierung vor 1 ½ Jahren, wir haben uns auch damit beschäftigt, natürlich auch Linz und Wels, sind die Statute für die Statutarstädte Oberösterreich neu vom OÖ Landtag beschlossen worden. Auf die Schnelle so das zu ändern, weil wir da Vorstellungen entwickeln oder ein Minderheitenprogramm transportieren, überhaupt finde ich das eher amüsant wenn wir hineinschreiben, ihren Terminus Technikus, Frau Kollegin Frech - wie haben sie gesagt?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Generalreform.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

... Generalreform der Statuten, nach 1 ½ Jahren, dann muss ich ihnen ehrlich sagen, das kann ich mir wirklich nicht vorstellen, dass ich bei so etwas dabei bin, weil da würde mich ja der Herr LH als nicht ganz dicht erklären, wenn ich gerade vor 1 ½ Jahren dabei gesessen bin. Es war ziemlich mühsam, das dortmals zustande zu bringen, ein Statut, das für alle drei

Statutargemeinden in Oberösterreich nahezu gleich, also sehr ähnlich ist, und der Landtag dann letzten Endes beschlossen hat. Ich bin aber natürlich dafür, schon einmal aus demokratiepolitischen Gründen, um einen Terminus zu strapazieren, den sie immer benützen, Herr Kollege Pfeil, dass wir diesem Antrag die Dringlichkeit zuerkennen. Wie üblich. Mein Vorschlag ist, ihn dann am Ende der Tagesordnung zu diskutieren.

Es steht der Antrag, im Hinblick darauf dass ihm die Dringlichkeit zuerkannt wird oder nicht, jetzt zur Abstimmung. Wer dafür ist, ihm die Dringlichkeit zuzuerkennen, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Gibt es Gegenmeinungen oder Stimmenthaltungen? Das ist nicht der Fall, daher ist diesem Antrag einstimmig die Dringlichkeit zuerkannt worden und wird am Ende der Tagesordnung in Behandlung genommen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Es muss zur Geschäftsordnung abgestimmt werden, denke ich, ob man ihn jetzt gleich behandelt oder nicht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Muss nicht, weil in der Formulierung wie ich das gesagt habe ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wir haben eine Geschäftsordnung.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Sie haben nicht dazu gesagt am Ende der Sitzung.

Diskussion verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich habe gerade vorgeschlagen, ihm die Dringlichkeit zuzuerkennen und ihn am Ende der Tagesordnung zu behandeln. Dieses ist einstimmig beschlossen worden. Wenn sich ein Disput ergeben hätte, ob wir ihn jetzt gleich behandeln oder am Ende der Tagesordnung, müsste ich darüber abstimmen lassen und dann müsste eine 2/3 Mehrheit für die Gleichbehandlung in der Dringlichkeit sein. Dann würden wir ihn gleich behandeln. Das scheint mir aber sehr unwahrscheinlich zu sein, wenn ihr alle für die Behandlung am Ende der Tagesordnung aufgezeigt habt. Ist das schlüssig Frau Kollegin? Wieder nicht. Ich habe heute anscheinend nicht meinen überzeugenden Tag.

Ich möchte den Vorsitz an die Kollegin Mach abgeben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Bürgermeister um seine Berichterstattung.

BE: BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Mein erster Antrag betrifft den Flächenwidmungsplan und seine Änderung unter der Nr. 101 - Geschäftsgebietswidmung Forum. Der Antrag des Ausschusses für Angelegenheiten der Stadtentwicklung und Stadtplanung an den Gemeinderat lautet:

1) BauGru-17/99

Flächenwidmungsplanänderung Nr. 101; Geschäftsgebietswidmung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Gegenständliche Flächenwidmungsplanänderung Nr. 101 - Geschäftswidmung Forum - wird entsprechend den Plänen der Fachabteilung Stadtentwicklung und Stadtplanung des Magistrates der Stadt Steyr vom 10. Juli 1999 sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der Fachabteilung Baurechtsangelegenheiten vom 28. Februar 2000 gemäß §§ 33 und 36 des OÖ. Raumordnungsgesetzes, LGBI. Nr. 114/1993 idGF., beschlossen.

Ich bitte um ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Frau Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ich werde diesem Antrag nicht die Zustimmung geben und zwar aus mehreren Gründen. Der eine Grund ist der, dass es sich hierbei um eine Fläche handelt, insgesamt um 11.000 m² Verkaufsfläche und Errichtungsfläche, und damit ja auch eine Reihe von Verkehrsproblemen gegeben sind. Es ist kein Zufall, dass dieses Projekt den Gestaltungsbeirat mehrmals passiert hat, mehrmals deshalb, weil das Gesamtprojekt nicht als besonders geeignet erschienen ist. Es gab auch im letzten Gestaltungsbeirat wieder eine große Diskussion über die Verkehrsproblematik, die überhaupt nicht gelöst worden ist. Es steht im Amtsbericht drinnen, dass Interessen Dritter nicht verletzt erscheinen. Ich habe allerdings im Akt das Schreiben der Schwechater vermisst, die sich sehr wohl in ihren Interessen betroffen fühlen. Ich möchte sagen, dass dieses Projekt in

seiner Form, jetzt ist es wahrscheinlich schon zu spät, so nie passieren hätte dürfen. Das ist übrigens nicht nur meine Meinung, sondern das sind Zitate von Mitgliedern des Gestaltungsbeirates, die wirklich gesagt haben, eigentlich hätte man das in der Form überhaupt nie beginnen sollen. Und jetzt im Gestaltungsbeirat passieren nur Reparaturen. Es wird halt immer wieder eingereicht, wieder etwas korrigiert, eingereicht, wieder korrigiert, aber eigentlich ist man nicht glücklich über das Gesamtkonzept. Aus diesem Grund schließe ich mich der Fachmeinung der Experten des Gestaltungsbeirates gerne an und werde also hier auch deshalb dieser Flächenwidmungsplanänderung nicht zustimmen.

Der eine Punkt ist für mich die Verkehrsproblematik und ein anderer Punkt ist für mich der Abzug an Kaufkraft aus dem Innenstadtbereich, aus dem Bereich Grünmarkt, Enge, Stadtplatz und ein weiterer Grund ist für mich, dass man im Prinzip hier auch mit Milchmädchenrechnungen arbeitet. Ich möchte nur aus dem aktuellen Amtsblatt zitieren, wo ein Argument ist, warum das so toll sein soll, nämlich in Richtung jetzt dieser neuen Verkehrslösung beim Forum, dass man sich 200.000 Kilometer erspart, dass die Busse 200.000 Kilometer weniger fahren pro Jahr. Ich glaube, das war ein Argument von ihnen, Herr Bürgermeister. Wenn sie sich das einmal ganz kurz, ohne Taschenrechner, durchüberlegen, 200.000 im Jahr, wenn sie die Schleife, die jetzt gefahren wird, mit ungefähr einem $\frac{1}{2}$ Kilometer annehmen, dann sind sie bei 400.000 Bussen im Jahr, ah bei 400 Bussen, ja richtig, im Jahr, die um den Block fahren. Wenn sie das jetzt wieder umrechnen, selbst bei 365 Tagen im Jahr Verkehrsbetrieb, dann wären das 1000 Busse pro Tag, die dort jetzt fahren. 1000 Busse pro Tag.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Was? Jetzt haben sie gerade 400 gesagt.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

400.000 mal würden die Busse um den Block fahren. Wenn sie 200.000 Kilometer hernehmen, ein $\frac{1}{2}$ Kilometer ist eine Blocklänge, ungefähr geschätzt über den Daumen, dann sind sie bei 400.000 Bussen im Jahr. Wenn sie das jetzt verteilen auf 365 Tage im Jahr, dann kommen sie ungefähr auf 1000 Busse pro Tag. D. h., es würden derzeit 1000 Busse pro Tag dort fahren. Also, ich kann mir nicht vorstellen, wo diese 1000 Busse derzeit fahren. Selbst wenn die Tag und Nacht fahren würden, wären das 40 Busse pro Stunde. Ich kann mir das nicht vorstellen, dass derzeit 40 Busse pro Stunde da ihre Runden drehen, Tag und Nacht. Selbst wenn sie es auf die Verkehrszeit von 10 Stunden pro Tag hochrechnen, wäre die Situation, dass derzeit 100 Busse fahren. D. h., ich frage mich, mit welchen Zahlen hier auch gearbeitet wird. Aber das ist nur ein Nebenaspekt, der eher ins Lustige Skurrile geht.

Der wesentliche Aspekt für mich ist die Meinung des Gestaltungsbeirates, die Meinung von Verkehrsexperten und deshalb ein klares „nein“ zu dieser Flächenwidmungsplanänderung, die wirklich zum Teil auf politischem Druck auch passiert, und die wirklich aus einem Anlassfall heraus gemacht wird.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Vzbgm. Dr. Pfeil. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Im letzten Jahr war ich ja für die Verkehrsplanung noch nicht zuständig, trotzdem haben wir einen Antrag zur Neuplanung der Strecke Eyblkreuzung zur Tunneleinfahrt gestellt. Hat leider damals nicht die Mehrheit gefunden, dass hier, wenn ein Kinozentrum gebaut wird, wenn ein Forumserweiterungsbau gemacht wird, wenn die Ausfahrt vom derzeitigen Gymnasium im Werndlpark extrem gefährlich ist und dort zunimmt, wenn zusätzlich ein Verwaltungsgebäude von der Styria dort an völlig ungeeigneter Stelle gemacht wird, dass die Eyblkreuzung noch Probleme hat, dass hier eine generelle Neuplanung ohne Scheuklappen gemacht werden soll. Leider, damals wäre noch Zeit gewesen, nur heute ist es natürlich für generelle großartige Überlegungen zu spät. In dem einen Punkt muss ich ihnen Recht geben. Natürlich gehören auch die Kreuzungen, die an diese Strecke tangieren, miteinbezogen. Das geht eben bis zu der Umkehrschleife des Busses oder der Bundesbusse auf der anderen Seite, das geht aber auch bis zur HAK-Einfahrt auf der Werndlstraße. Man hat auf unseren Druck hin Gelder vorgesehen, ich glaube

S 200.000,-- oder S 300.000,-- im Budget, für diese Planung dieser Verkehrsstrecke. Das Angebot liegt bei weitem drüber, irgendwo werden wir uns treffen müssen, aber der Planer steht auch vor gegebenen Tatsachen. Das ist unser Problem und in Steyr immer das Hauptproblem, dass wir erst nachher planen, wenn schon die Hälfte fertig ist. Insofern muss ich ihnen Recht geben.

Bei der Zahlenspielerei haben wir auch schon herzlich darüber gelacht.

Die Forumkreuzung, das möchte ich auch nicht vergessen zu erwähnen, ist derzeit schon mit etwa knapp 130 % der errechneten erträglichen Verkehrsmenge jetzt schon überbelastet. Ich danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Kollege Kupfer. Bitte sehr.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste. Dass der Komplex Forum einer architektonischen und ästhetischen Auswertung bedarf, das steht, glaube ich, für alle hier im Gemeinderat außer Zweifel. Ich verhehle aber auch nicht, dass wir nicht ganz glücklich über die Entwicklung der Planungen sind und auch der Gestaltungsbeirat hat das mehrmals artikuliert. Mir persönlich wäre es auch lieber gewesen, man hätte den ganze Komplex geschliffen, hätte eine Fußwegeverbindung quer durch das Gebäude geschaffen, wie auch die reale Fußwegeverbindung wäre, rauf zum Arbeitsamt und zum Stadttheater. Das war aus baulichen Gründen und aus Kostengründen nicht möglich. Das Gebäude ist leider nicht im Besitz der Stadt Steyr, es gehört Privaten, und so müssen wir uns eben mit den Wünschen Privater, so gut als möglich, auseinandersetzen. Es zeigt sich in diesem Projekt sehr gut, wie wichtig der Gestaltungsbeirat ist und dass wir das

Instrument des Gestaltungsbeirates haben und es gibt bis jetzt noch keine fertig abgeschlossene Stellungnahme des Gestaltungsbeirates. Es werden nach wie vor Verbesserungen am Gesamtkonzept vorgenommen und das ist ganz wichtig. Ich glaube, dass diese Planung sicher eine Verbesserung des aktuellen Standes bringt, auch wenn ich nicht wunschlos glücklich bin. Wo es aber tatsächlich Mängel gibt, das ist das Verkehrskonzept. Die Kollegin Frech und der Kollege Dr. Pfeil haben es ja bereits angesprochen, dass auch dieses Konzept noch nicht abgeschlossen ist und es Probleme im unmittelbaren Nahbereich des Forums gibt, aber ich denke mir, es gibt auch zwei andere Bereiche, die wir diskutieren müssen. Ich hoffe, dass diese bereits angesprochene Verkehrsstudie so schnell als möglich wirklich dann auch ausgeschrieben bzw. vergeben wird. Ich spreche jetzt da zwei Verbindungen an, die, glaube ich, für uns alle sehr wichtig sind. Das ist einerseits die Unterführung zu den Schule und zur Bauernkammer, die in einem Zustand ist, der nicht mehr zu akzeptieren ist, die nicht behindertengerecht ist, die nicht frauengerecht ist, wo wir uns etwas einfallen lassen müssen. Das 2., und das ist eigentlich noch ein größeres Problem, ist die Verbindung vom Forum zum Arbeitsamt, das ist eine Querung, die täglich von Hunderten vorgenommen wird, ohne Querungshilfe. Eine der interessantesten und wichtigsten Querungen zu den Stadtteilen hier, hat die Straße wirklich eine Trennwirkung zu den Stadtteilen Pyrach, Reichenschwall, Christkindl. Ich denke mir, auch in diesem Bereich müssen wir uns etwas einfallen lassen und ich hoffe, dass diese Vorschläge auch über die Verkehrsstudie kommen. Nur, das müssen wir uns jetzt einfallen lassen und nicht irgendwann. Es wird uns höchstwahrscheinlich nichts anderes übrig bleiben, als die Fußgänger in diesem Bereich entweder unterirdisch oder oberirdisch über die Fahrbahn zu bringen, denn das ist einmal eine wichtige Fußgängerverbindung. Man muss sich das, wie es derzeit passiert, nur einmal morgens ansehen, wenn die Schülerinnen und Schüler diese Straße queren, das ist eigentlich nicht mehr zumutbar. Da betrifft es nicht irgendwelche 100, sondern, das sind tagtäglich Hunderte, die davon betroffen sind. Darum auch noch einmal der Appell, hier an dieser Stelle, so schnell wie möglich diese Verkehrsstudie zu vergeben, und auch der Appell wirklich die Interessen der schwächsten Teilnehmer, nämlich der Fußgänger und Radfahrer, sehr, sehr stark hier einzubringen, und nicht nur Planungen an der Oberfläche der Fahrbahn, wie viele Abbiegespuren es in die verschiedensten Richtungen gibt, sondern wirklich die Interessen der Fußgänger und Radfahrer hier zu berücksichtigen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Offensichtlich sind sie über die Betrachtung des Forumprojektes durch den Gestaltungsbeirat aus den Medien ausschließlich informiert.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Nein, ich war bei der letzten Sitzung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Waren sie bei der Gestaltungsbeiratssitzung?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ja, war ich.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Na, dann haben sie es ja gehört, da sind wir eh gemeinsam dagesessen. Dann müssen sie das ja richtig gehört haben. Sie können ja nicht etwas völlig anderes gehört haben als ich.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Sie waren aber nicht beim Lokalausgleich dabei.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist auch nicht wichtig, weil beim Lokalausgleich wird ja nichts entschieden, sondern erst die abschließende Betrachtung und das was ins Protokoll geschrieben wurde. Da hat der Vorsitzende des Gestaltungsbeirates sehr deutlich erklärt, das muss ich ja dazu sagen, dass bei der vorletzten Sitzung des Gestaltungsbeirates das Projekt bereits abgesegnet wurde. Dass allerdings noch einige Überarbeitungen vorgenommen werden sollten, das war die Anregung des Gestaltungsbeirates. Unter anderem die Gestaltung dieses Kreisverkehrs zwischen Forum und dem Schwechaterhof. Dort haben sie ein bisschen des Guten zu viel gemacht, die Herrn Architekten oder der Herr Architekt, und hat also da eine sehr unterschiedliche Qualität in der Farbe und Lebhaftigkeit der Materialien offenbar verwendet und vorgesehen. In Wirklichkeit war die Hauptbegründung, warum sie nicht zufrieden sind, das, dass ihnen das zu aufgemascherlt, zu angeräumt vorkommt und, dass sie haben wollen, dass diese Platzgestaltung eine ruhigere Gestaltung sein soll. Ruhiger im Sinne dessen, dass die Platzgestaltung vor der Stadtpfarrkirche auf diesen Platz herauswirken soll. Das war nämlich die abschließende Betrachtung, was ich als Finanzreferent sehr begrüßt habe, weil das deutlich günstiger kommt, als wie wenn man bei jedem Schritt auf eine andere Platte steigen muss, wir tun ja dort nicht Tempelhüpfen. Nicht wahr? Also, das war eine gescheite Sache, und ich glaube auch, dass das zu dem dazupasst, was wir auf den alten Plätzen haben.

Das 2. war, und das kritisiere ich genauso, so kann es ja nicht gehen, dass man für die Erstplanung und quasi für die möglichst rasche Erledigung eines Projektes durch den Gestaltungsbeirat einen Architekten nimmt, der das besonders gut beherrscht, aufgrund seiner Qualität oder der Art, wie er mit dem Gestaltungsbeirat die Fachdiskussion führt,

und wenn jetzt der Antrag durch ist, dann beauftragt man ein anderes Büro damit, um die Einreichplanung zu machen und dann ändert sich das plötzlich wieder. Das kann ja auch nicht im Sinne des GR sein, in meinem Sinne ist es gewiss nicht, weil wenn wir ein Projekt dem Gestaltungsbeirat zuführen, dann machen wir das ja deswegen, weil wir ein qualitativvolles Bauen wollen. Wenn es durch den Gestaltungsbeirat durch ist, dann darf es sich im Prinzip bei der Einreichung und tatsächlichen Realisierung nicht mehr verändern. Der Gestaltungsbeirat hat kritisiert, dass Veränderungen vorgenommen wurden, gegenüber der vorhergehenden Vorlage. Das muss man wieder in die Richtung bringen, wie das ursprünglich genehmigt wurde. Das sind im Wesentlichen die zwei Anmerkungen zu dem Projekt. Was die Verkehrssituation anbelangt, ist dazugekommen, dass eine, durch das neue Büro, das an der Einreichplanung gearbeitet hat, missverständliche Bezeichnung der Haltestelle vorgenommen wurde. Man hat nämlich diese neuen Haltestellen, und zwar vor dem Haus der OÖ Nachrichten, plötzlich Busbahnhof genannt. Also, da hat der Planer Busbahnhof hingeschrieben. Als die Busbahnhof gelesen haben, die Herrn Architekten, die von weit her kommen, aufgrund ihrer Qualität, da in der Nähe haben wir ja gar keine so guten, haben die gesagt, auf ihrem Busbahnhof ist dort zu wenig Platz. Also, da war eher ein psychologisches Element mit Schuld, warum die gesagt haben, da ist zu wenig Platz und daher muss man das machen. Ich habe gesagt, moment, warum steht denn da Busbahnhof, das ist eine Haltestelle. Diese Haltestelle hat zu bestimmten Zeiten eine ziemliche Frequenz, nämlich dann, wenn die Schüler kommen. Ich halte den Platz gerade aus dem Grund, ich glaube sie haben das mit den Schülern und die Querungsfragen und das auch angesprochen, für gut, dass die dort hinfahren und dann können die nämlich durch die Unterführung in das Schulzentrum gehen. Das halte ich für einen Quantensprung. Ich gebe schon Recht, dass die alte Achse, diagonal hinauf zum Stadtsaal auch noch ein neuralgischer Punkt ist, was die Querung dieser Fahrbahn anbelangt.

Aber Frau Kollegin Frech, ihre Art an die Systeme heranzugehen, muss ich schon als sehr abstrakt bezeichnen, weil ich erinnere mich, das ist aber etwas was sie nicht wissen können, dass oftmals bei Diskussionen über Bausünden, Projekten und neuralgischen Punkten, was das Bauen anbelangt, das Forum kritisiert wurde. Meiner Meinung nach auch zu Recht, weil das natürlich die Architektur der 60iger Jahre war, die dort realisiert wurde und die Blechverschalungen und alles das und die Fliesen, das ist nicht der Anspruch, den wir an so einem prominenten Platz haben sollten. Ich persönlich arbeite schon Jahre daran, dort eine Qualitätsverbesserung zustande zu bringen. Jetzt, wo das passiert, sind sie dagegen. Der Gestaltungsbeirat hat das Projekt im Prinzip abgesehnet, hat sich noch Verbesserungen gewünscht und vor allen Dingen mehr Durchlässigkeit. Ich glaube, dass das in der Richtung auch in Ordnung geht. Der Kaufkraftabfluss, auch als Argument am Stadtplatz, das hier zu bemühen, muss ich ehrlich sagen, das trifft in der gleichen Weise zu, wenn sie wollen, in Steyrdorf und in Ennsdorf. Da müssen wir, wenn wir den Stadtplatz verlassen, unsere Anstrengungen sehr zurückschrauben. Das wäre aber eine sehr rückschrittliche Politik und mit der kann ich mich auch nicht anfreunden. Was wir tun sollten, soll eine qualitativvolle Erweiterung des Stadtzentrums sein und unter dieser Philosophie sehe ich unsere Bemühungen und Anstrengungen in Ennsdorf und natürlich auch in dem Bereich dort oben. Das haben wir sehr wohl nötig und es wird auch zu dieser Verbesserung letztendlich kommen. Natürlich ist die Rechnung nicht von mir angestellt worden, ich habe sie nur zitiert. Die Rechnung, dass das rundherum fahren um diesen Gebäudekomplex, Finanzamt, Gabelsbergerstraße und Redtenbachergasse, durch Bundesbusse, ich weiß nicht, wo die da noch herum fahren, in die Gegend von 200.000 Kilometer kommt, hat mich selbst überrascht, daher habe ich das zitiert. Also, ihr könnt ruhig herzlich darüber lachen, aber ich werde da keinen Vaterschaftsprozess führen, wo das herkommt. Die Busgesellschaften haben gesagt, das ist eigentlich unglaublich, welche Strecken da eigentlich zurückgelegt werden. Mit diesen schweren Dieselbrummern ist das sicher ein Vorteil, wenn das nicht stattfindet.

Also, aus diesen gesamten Gründen, glaube ich, muss man das Ding schon sehr positiv betrachten. Natürlich wird jedes Bauvorhaben, auch was den Verkehr dort anbelangt, auch Einschränkungen bringen. Vor allen Dingen während der Bauzeit, weil die Stellplätze vergrößert werden und in die Werndlstraße hineinreichen, das wird schon einige Einschränkungen und Probleme mit sich bringen.

Es ist aber auch nicht so, dass wir immer hinterher planen, wie das Herr Dr. Pfeil gemeint hat. Natürlich nicht, sondern alle diese Projektbetreiber, und das muss man ja bitte sehr sehen, sind veranlasst und angehalten worden, dass sie nur dann eine Chance mit ihrem Projekt haben, wenn sie auch Verkehrsplanungen dazu liefern. Das trifft zu auf Forum, das trifft zu auf Styria, das trifft zu auf die Geschichte mit dem Miniplex und würde natürlich auch auf uns zutreffen, wenn wir eine Citygarage dort machen. Also, diese ganzen Verkehrsfragen, die damit betroffen sind, sind zum Teil ausgelöst worden.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, das kann doch nicht funktionieren, wenn jeder sein Verkehrsprojekt selbst macht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, ja, das haben sie ja vollkommen Recht. Es ist natürlich viel preiswerter und günstiger, wenn wir aus der Regimentskasse alle Planungen finanzieren, die private Betreiber in Wirklichkeit auslösen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Nein, aber die Grundplanung ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist schon eine Grundsatzfrage.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Aber die Grundplanung müssen wir machen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja sicher, aber ich habe auch niemals gesagt, wir sind gegen eine Gesamtplanung, aber ich möchte gerne die Beteiligung, nämlich die finanzielle Beteiligung für die Kosten

dieser Planungen, die wir in jedem Fall verlangen, bei jedem großen Projekt verlangen wir die, dass die auch der bezahlt, der das Projekt betreibt, weil wenn einer um 200 Millionen Schilling einen neuen Einkaufstempel wohin baut und wenn er daraus resultierend eine wesentliche Veränderung des Verkehrsregimes unter Belastung erzielt und erregt, dann kann man wohl auch verlangen, dass die Verkehrsseite, die da betroffen ist, auch auf den seine Kosten untersucht wird.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Er macht das in seinem eigenen Interesse und nicht im Interesse der Stadt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Aber die Stadt beauftragt jeden Konsenswerber bei so einem Projekt, auch ein Verkehrsprojekt zu beauftragen, damit wir die Auswirkungen kennen, sonst müssen das ja wir alles aus der Regimentskasse bezahlen, die Steuerzahler. Diese Dinge waren natürlich teilweise in Auftrag und dann sind sie gekommen, Herr Dr. Pfeil, das muss man ja einfach objektiv betrachten, und haben nicht gesagt, als Verkehrsreferent, wie das normalerweise üblich wäre, da müssen wir eine Beredung machen, was wir denn da tun mit der Verkehrssituation auf dieser goldenen Meile. Das haben sie ja unterlassen, obwohl wir uns ja natürlich öfter am Gang treffen und bei der Fraktionsvorsitzendenberedung und ich weiß nicht wo und bei Sitzungen, das haben sie nicht getan. Sie sind so in die Stadtsenatssitzung gegangen und haben einen Überraschungsantrag gestellt. Wir haben gesagt, na bitte schön, so nicht, das möchten wir schon ein bisschen bereden, das wird ja doch wohl möglich sein, dass man das beredet bevor man so einen Auftrag vergibt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Über das haben wir schon sehr ausführlich ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir haben gesagt, selbstverständlich - jetzt rede momentan gerade einmal ich, sie kommen ja beim nächsten Mal wieder dran - ...

Ordnungsruf

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich möchte das nicht so im Raum stehen lassen. Dann haben wir gesagt, sie können ja alles mögliche am Tisch legen, im letzten Moment, nur dürfen sie nicht erwarten, dass wir alle aufzeigen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sie tun so, als wenn sie es nicht gewusst hätten.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Was habe ich nicht gewusst?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Da haben wir ja schon ein Jahr vorher darüber gesprochen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Mit gleicher Post haben sie die Zeitung verständigt. Na bitte schön, das nennen sie dann die große Zusammenarbeit. Das regt mich ja nicht auf, ich bin ja das eh gewohnt, aber ich zeige halt nicht auf und unsere zeigen auch nicht auf, wenn sie so tun. Wenn sie gekommen wären und hätten ordentlich geredet, dann hätten wir wahrscheinlich eine Lösung gefunden. Wir haben ja auch nachher eine Lösung gefunden. Natürlich muss man diese Einzelplanungen zusammenführen, da ist ja auch gar nichts dagegen einzuwenden und es ist selbstverständlich. Nur freuen würde es mich schon, wenn dort auf dieser Strecke, wenn ich es so über den Daumen zusammenrechne, 300, 400 Millionen investiert werden, von solchen Leuten, die sich das leisten können und wollen, dann kann man wohl verlangen, im Interesse der Steuerzahler und der Bürger unserer Stadt, dass sie auch materiell, finanziell an diesen Verkehrskonzeptionen mitwirken, die sie letzten Endes ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Aber die Grundplanung, die Vorgaben müssen schon wir machen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist der Punkt.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Die fangen zu bauen an, bevor wir die Studie fertig haben.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

So ist es.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, ja, das stimmt schon, aber wir können auch Studien machen, da sind wir auch Weltmeister. Ich kann es nur nicht ändern, wenn der Braunsberger kommt und sagt, ich habe jetzt von der Wiener Städtischen das Haus gekauft und wir wollen jetzt bauen und die was kommen überlegen es sich vorher lange und sagen, morgen wollen sie bauen. Also, man muss es in Einklang bringen, das nützt halt einmal alles nichts. Dass ihr das alle besser wisst, ist mir ja eh klar. Nicht wahr?

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich habe ja auch gar nichts dagegen, wenn ihr einmal dieses Wissen den Leuten sagt, die als Konsenswerber zur Stadt herkommen. Wir sind ja interessiert, dass diese Investitionen stattfinden.

Ich möchte ihnen nur sagen, wo wir das in der Hand haben, tun wir das sehr wohl. Ich erinnere mich, das hat mich auch gefreut, dass es da einen einstimmigen Beschluss gegeben hat, dass wir gesagt haben, machen wir eine städtebauliche Studie im Bereich Reithoffergelände/Aignergründe. Da sind wir nämlich diesen Weg gegangen. Da haben ich gesehen, was daher kommt, dass man da vorausgehend eine Planung machen muss. Es beweist sich, dass das gut ist. Von dieser Planung hat sich auch gezeigt, dass das auch nicht so einfach ist und alle der Meinung sind, das Siegerprojekt ist es und aus. Da müssen auch wieder die Investoren eingebunden werden und wir müssen einen Bebauungsplan daraus zimmern. Da sind wir nämlich jetzt dabei. Die einen haben es eilig, und die anderen wissen noch nicht genau, was sie tun sollen und dann wird es schon wieder kompliziert. Jetzt haben wir es getrennt und jetzt soll das für das passieren wo es schnell gehen soll und bei der anderen Seite werden wir uns noch ein bisschen Zeit lassen und das Finanzieren ist dann auch noch eine Frage. Ich bin schon der Meinung, dass da die Konsenswerber mitfinanzieren sollen und das ist ein entscheidender Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja, da sind wir dabei.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja! Na, dann sind wir uns ja eh einig. In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? 1 (LIF). Stimmenthaltung? 1 Gegenstimme. Danke. Der nächste Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Noch ein Änderungsantrag, Flächenwidmungsplanänderung Nr. 102 - „Kongresszentrum Röber“. Der Antrag des Ausschusses für Angelegenheiten der Stadtentwicklung und Stadtplanung lautet:

2) BauGru-27/99

Flächenwidmungsplanänderung Nr. 102 - „Kongresszentrum Röber“.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Gegenständliche Flächenwidmungsplanänderung Nr. 102 - „Kongresszentrum Röber“ - wird entsprechend den Plänen der FA Stadtentwicklung und Stadtplanung des Magistrates der Stadt Steyr vom 10. Juli 1999 sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der FA Baurechtsangelegenheiten vom 28. Februar 2000 gemäß §§ 33 und 36 des OÖ. Raumordnungsgesetzes, LGBl. Nr. 114/1993 idGF., beschlossen.

Auch hier bitte ich um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Frau Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ja, worum geht es hier? Es geht im Prinzip auf den ersten Blick nur darum, einen Parkplatz in Kerngebiet umzuwandeln. Das ist im vorliegenden Fall noch nicht das große Problem. Ein weiteres Problem ist sicher wieder die Verkehrssituation, die sich ergeben wird, wenn dort tatsächlich ein Kongresszentrum in einem sehr großen Umfang gebaut wird. Dann sind wir genau wieder dort, wo wir jetzt auch bei Punkt 1) waren. Im Endeffekt, sehr geschätzter Herr Bürgermeister, sie haben ja auch aus den Wortmeldungen zum vorhergehenden Tagesordnungspunkt gehört, dass man nicht so glücklich über die Vorgehensweise ist, was die Planungen anbelangt, weil wir oft gerne den dritten Schritt vor dem ersten Schritt setzen und irgendwann machen wir einmal den zweiten Schritt statt dem fünften Schritt. So kann es nicht sein.

Was das Kongresszentrum Röber anbelangt, so fehlt mir eines in der ganzen Geschichte, das ist das eine einmal, nachdem das unser eigener Grund ist, ist für mich die Frage, wo ist der Grundsatzbeschluss, dass wir überhaupt ein Kongresszentrum wollen. Ich kann mich nicht erinnern, dass wir irgendwann einmal einen Grundsatzbeschluss getroffen

haben, wir wollen dort ein Kongresszentrum. Wenn wir das wollen, ist es absolut in Ordnung, dass wir den Flächenwidmungsplan ändern, dass wir uns die Verkehrsregelungen überlegen usw. und so fort. Das ist aber nicht passiert. Ich darf sie nur erinnern, dass wir eine ähnliche Situation gehabt haben, wie es um das Museum Arbeitswelt gegangen ist, wo wir auch erst im Nachhinein den Sanktus dazu gegeben haben, dass dort jetzt auch ein Kongresszentrum entstehen soll, aber auch vorher nie eine Grundsatzentscheidung war. Nur beim Museum Arbeitswelt kann ich anders argumentieren, nachdem es nicht im Besitz der Stadt ist. So kann ich hier nicht argumentieren, weil das ist unser Besitz, über den wir verfügen. Im Endeffekt wird diese Flächenwidmungsplanänderung, auch wenn sie das nicht ist, von ihnen hier herinnen als Grundsatzbeschluss gewertet werden. Wir haben uns ja ohnedies dafür entschieden, dass dort ein Kongresszentrum ist. Weil ich nicht will, dass meine Entscheidung als Grundsatzbeschluss aufgefasst wird, werde ich mich auch der Stimme enthalten.

Was mich auch interessiert in dem Zusammenhang, nachdem schon klar und deutlich da steht das wird ein Kongresszentrum, da ist vom Kino nicht mehr die Rede, das ist ein Kongresszentrum, möchte ich wissen: „Wo ist denn da ein Baurechtsvertrag dafür?“ Ich nehme ja an, dass der Herr Röber nicht auf unserem Grund einfach so etwas hinbauen kann, also muss es auch einen Baurechtsvertrag geben. Wenn wir schon so weit sind, die Flächenwidmungsplanänderung zu machen, müsste dieser Baurechtsvertrag auch vorliegen. Ich kenne ihn nicht. Muss nicht sein, aber es würde mich interessieren. Gibt es ihn schon, gibt es ihn nicht, was steht da drinnen? Ich bitte um Aufklärung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet ist Kollege Kupfer. Bitte.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Kollegin Frech hat schon Recht, dass es ein bisschen verwirrend ist. Der Gestaltungsbeirat hat dieses Projekt noch unter dem Titel „Tagungs- und Kinozentrum“ abgewickelt. Mittlerweile steht in dem uns vorliegenden Akt, dass es ein Kongresszentrum ist. Der Herr Bürgermeister hat vorher gerade noch gesprochen, dass es ein Miniplex ist. Es gibt verschiedene Nutzungsvorschläge und es gibt auch einen Grund dafür, meines Erachtens, warum es da verschiedene Formulierungen gibt, aber dazu komme ich später noch.

Der gegenständliche Antrag ist für mich nicht so tragisch. Eine Umwidmung einer Verkehrsfläche in Kerngebiet, das ist nicht das Problem. Das Problem ist dann die Einreichplanung bzw. auch dieser Baurechtsvertrag. Meines Wissens gibt es diesen Baurechtsvertrag nicht, meines Wissens gibt es auch größere Probleme mit diesem Baurechtsvertrag. Das ist eine ganz andere Angelegenheit, spielt aber doch in diese erste Bemerkung von mir hinein, wo ich gesagt habe, es ist ein bisschen unklar, was da drinnen eigentlich passiert. Diese Unklarheit macht mir schon ein Problem, denn es ist städtisches Eigentum. Es wird ja nicht nur diese Fläche verbaut, es gibt ja auch eine Verbindung zu unserem Gebäude, zu unserem Stadttheater. Ich habe irgendwie die Angst, dass es doch auch von den Finanziers und von den Betreibern her eine gewisse Unsicherheit gibt, ob dieses Kinoprojekt auch überlebensfähig ist, ob dieses Kongresszentrum überhaupt eine Chance in Steyr hat, wo doch jede zweite Tourismusgemeinde in ihren Ortsentwicklungskonzepten Kongresstourismus als große

Maxime hineinschreibt, und wir auch von Linz und anderen Städten wissen, dass Kongresstourismus eine relativ ausgereizte Angelegenheit ist und das Museum Arbeitswelt hat eine Lücke im Markt gefunden, und ich denke mir, die werden das auch entwickeln. Ob das so funktioniert ist eine andere Frage. Ich vermute viel mehr, und das wird auch das Problem der Finanzierung sein, das die Finanziere doch ein bisschen Angst haben, was mit diesem Projekt passiert und darum ist das jetzt auch einmal so ein bisschen verwischt und es gibt seit einigen Tagen bereits eine Einreichplanung, obwohl es noch keinen Baurechtsvertrag gibt. Das ist auch legitim, es muss ja nicht gleich eine Bauverhandlung geben. Nur in dieser Einreichplanung, das ist ganz interessant, ist nur noch ein Saal mit Kinosaal benannt, die anderen Säle sind nur mehr mit Saal benannt. Also, es gibt hier eine gewisse Unsicherheit, und meine Forderung, wir werden dem Antrag natürlich zustimmen, in diesem Zusammenhang ist schon, dass die Stadt sehr stark ihre Interessen in diesem Baurechtsvertrag artikuliert, damit wir nicht in einigen Jahren vielleicht ein ähnliches Schicksal erleben, wie es in dieser Stadt schon passiert ist mit Baurechtsverträgen, dass wir dann nicht vielleicht eine Büronutzung oder irgendeine andere Nutzung drinnen haben, die nicht erwünscht ist, denn dieser Bereich dort oben beim Stadttheater das muss eine Kultur-, eine Veranstaltungsnutzung haben, auch in Verbindung mit dem Theater. Das ist der zweite Punkt, der mir wichtig ist. Eigentlich hätten wir uns auch in Vorgesprächen bereits überlegen müssen, was eigentlich mit dem Stadtsaal passiert. Wir haben in der letzten Sitzung darüber diskutiert, welche Probleme es im Stadtsaal gibt und keiner in Steyr ist so richtig glücklich mit diesem Veranstaltungsangebot. Eigentlich hätte es sich angeboten, wenn wir diesen Komplex nun bauen und wenn ein Privater diesen Komplex errichtet, dass wir uns über die Nutzung des Gesamtkomplexes Gedanken machen, weil die ja ineinander fließen. Diese Frage wird uns nicht erspart bleiben, dass wir uns irgendwann einmal überlegen, was eigentlich mit dem Stadtsaal passiert und ich denke, es wäre eigentlich eine Chance, eine Gelegenheit gewesen, jetzt wo das gebaut wird, dass man da gleich ein einheitliches Konstrukt hinstellt, wo das Management von Stadttheater und Kongressangelegenheit vielleicht in einem Aufwischen gelöst wird.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Gibt es noch eine Wortmeldung? Wenn das nicht der Fall ist, ersuche ich um das Schlusswort.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, meine Damen und Herren, wie entwickelt sich so etwas? Ganz einfach. Da gibt es eine internationale Entwicklung im Kinogeschehen, dass plötzlich irgendwelche auf die Idee kommen und machen ein Megaplexkino usw. Das haben wir vor einigen Jahren noch gar nicht gewusst, dass es so etwas gibt. Eine Renaissance des Kinogeschehens dadurch, dass mehrere Kinosäle angeordnet sind, nebeneinander und ein gastronomisches Angebot, auch ein sehr breites und unterschiedliches Angebot, dazukommt. Diese Entwicklung läuft über Amerika, Westeuropa auf uns zu und einige Interessenten, solche Betreiber, ausländische Betreiber zum Teil, interessieren sich dafür in einem Raum wo 120.000 Leute in einem Umfeld leben, in Steyr so etwas zu machen. Wenn wir das akzeptieren, dann müssen wir irgendwo am Stadtrand gewärtigen, an der Ennsstraße würde sich die Investoren dort so etwas vorstellen können, dass man dort so ein Gebäude hinkommt. Wer sich die Mühe gemacht hat sich einmal so ein Megaplexkino anzusehen, wird feststellen, dass das mit den architektonischen

Vorstellungen, die sehr hoch geschraubt sind, auch in unseren Diskussionen, nur sehr schwer in Einklang bringen lässt. Es handelt sich in der Außenverkleidung um Trapezblech, pulverbeschichtet, damit wir uns da einmal ein Bild machen können. Ihr könnt es euch in Villach und anderer Orts ansehen, wie so etwas aussieht. Wenn dieser Druck da ist, werden wir möglicherweise irgendwann damit zu rechnen haben, dass so etwas passiert, oder es gibt es überhaupt nicht bei uns, was ich glaube, dass wir auch nicht zusammen bringen. Würden wir diesem Druck nachgeben, haben wir dann eine Konkurrenzveranstaltung auf der Ennser Straße, ohnehin wenig Gründe zur Verfügung und eine Menge Parkplatznotwendigkeit dazu. Kann sich das jemand wünschen? Ich glaube nicht. Was uns interessiert ist, dass wir die Leute in der Stadt haben. Zudem, wo uns dieses Gebäude gehört und wo in dem Haus unser Theatersaal ist. Dass Kino und Theater hier in einer wirtschaftlichen Symbiose leben, weiß mittlerweile jeder, der sich damit ein bisschen näher beschäftigt hat. Wenn jetzt der dortige öö Fachvorsteher für das Kinowesen erkannt hat, dass er dort Investitionen tätigen muss, im Zuge der Zeit und der Entwicklung in seiner Branche, dann werden wir ihn nicht aufhalten, noch dazu haben wir da keine erheblichen Kosten zu gewärtigen. Also, macht uns der diese Veranstaltung, Miniplexkino nenne ich sie, weil so megaplex ist es auch wieder nicht, macht jetzt der Herr Röber dort. Wenn er das tut, ist er dabei ermuntert worden, jedenfalls von mir. Das bringt einige Vorteile mit sich. Erstens, die wunderschöne Ausstellungshalle von damals ist im Zuge von mehreren Zubauten, Bühnenturm auf der einen Seite und Stadtsaal auf der anderen Seite, nicht unbedingt das geworden, was man aufmöbeln nennt und behübscht, sondern das ist eher das Gegenteil. Einige unorthodoxe architektonische Auswüchse, die nicht unbedingt das Gelbe vom Ei sind. D. h., diese Zubaumöglichkeit, die sich da ergibt, auf dem jetzigen Parkplatz, bringt die Chance mit sich, diese Architektur zu reparieren, teilweise zumindest, und eine ansehnliche Veranstaltung baulicher Natur zustande zu bringen. Das ist der Erste Vorteil.

Der zweite Vorteil: Die ehemalige Goldgrube „Froschauer“ war das in den letzten Jahrzehnten des Bestehens nicht unbedingt. Ich verspreche mir auch eine Belebung des Gastronomiegeschäftes, das dort stattfindet, wenn das so ähnlich ist, wie das anderen Orts in diesen Mini- und Megaplexkinos stattfindet.

Der dritte Vorteil: Die Leute werden in der Stadt sein und nicht am Stadtrand.

Vierter Punkt: Eine in der Nähe befindliche Citygarage wird eine wirtschaftliche Belebung erfahren.

Also das insgesamt gesehen, stimmt mich eigentlich sehr positiv dafür ein, dass dieses Geschehen stattfinden kann. Jetzt ist das natürlich nicht ganz so leicht für eine Familie, wer immer das ist, 50 Millionen oder irgend so etwas auf den Tisch des Hauses zu legen. Daher ist die Finanzierung nicht so einfach. Natürlich werden wir uns ansehen müssen, wie dieser Baurechtsvertrag, über den intensive Gespräche geführt werden, auch aussehen wird. Der Gemeinderat und die Gremien werden es zur Behandlung vorgelegt bekommen. Aber jetzt ist es soweit, dass die Einreichplanung da ist und jetzt sind die erforderlichen Beschlüsse notwendig, und dann wird es eine Bauverhandlung geben, übrigens, der Gestaltungsbeirat hat das Projekt abgesehnet, wird das eine Verbesserung auf unserer „Goldenen Meile“ werden. Ich verspreche mir sicherlich einiges davon und wir sollten dieses Projekt auch wirklich ermöglichen und die entsprechenden Beschlüsse fassen.

Das Letzte habe ich vergessen, was dort drinnen stehen, da steht auf einmal „Kongresszentrum“.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Das Wort „Kino“ kommt nicht mehr vor.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das habe ich am Anfang nicht gehört, aber es ändern sich offenbar auch Überschriften. In erster Linie wird das ein Kino sein, aber wenn bei der Bestuhlung entsprechend aufgepasst wird, dann kann man natürlich einen Gebäudekomplex, in dem eine Reihe von Sälen sind, sehr gut auch für Kongressveranstaltungen, Konferenzen, nutzen, wenn die Bestuhlung und das gastronomische Angebot passt. Das kostet uns dann alles noch nichts, oder sehr wenig, und dann muss ich sagen, ist das ein zusätzlicher, wichtiger Grund, dass das tatsächlich auch passiert. Schaden kann uns das niemals. Das Haus und der ganze Komplex wird an Wert und an Ansehen gewinnen und wir werden die Leute in der Stadt haben. Das ist eine zeitgemäße Entwicklung, die man dann in eine bestimmte Richtung mit beeinflussen kann. D. h. also irgendwo als Überbegriff, das Ausgehbedürfnis der Steyrer und der Umgebung bekommt eine neue Adresse.

Ich bitte um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Wer ist dagegen? Niemand. Stimmenthaltung? 1 Enthaltung (LIF). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Punkt betrifft die Verordnung über die Neuerlassung eines Organisationsstatutes bzw. einer Satzung für die Unternehmung Stadtwerke Steyr und eine Verordnung über die Bestellung eines Verwaltungsausschusses für die wirtschaftliche Unternehmung Stadtwerke Steyr.

Das Thema wurde über einen längeren Zeitraum mehrfach in Ausschüssen behandelt. Einwendungen wurden hier aufgenommen und es wurde am Ende, jedenfalls mit Mehrheit, mit größerer Mehrheit, eine Übereinstimmung erzielt. Es ergeht heute der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

3) Verordnung über die Neuerlassung eines Organisationsstatutes (Satzung) für die Unternehmung „Stadtwerke Steyr“; Verordnung über die Bestellung eines Verwaltungsausschusses für die wirtschaftliche Unternehmung „Stadtwerke Steyr“.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund der §§ 61 und 62 Statut für die Stadt Steyr 1992 wird für die

Unternehmung „Stadtwerke Steyr“ ein neues Organisationsstatut (Satzung) erlassen (Anlage 1).

Der Gemeinderat der Stadt Steyr bestellt gem. § 40 StS 1992 für die Unternehmung „Stadtwerke Steyr“ einen besonderen Verwaltungsausschuss (Anlage 2).

Die durch die Bereinigung der Betriebsstruktur erforderliche wertmäßige Zuordnung sowohl des Vermögens wie auch der Schulden in das Rechnungswesen der Stadtwerke wird genehmigt.

Diese beiden Verordnungen treten am 1. Juli 2000 in Kraft und sind durch 2-wöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr kundzumachen. (Beilage).

Ich bitte um Debatte und Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich Herr StR Eichhübl. Ich erteile es ihm. Bitte sehr.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Frau Vizebürgermeisterin, werte Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, geschätzte Vertreter der öffentlichen Medien. Nicht nur die Freiheitliche GR-Fraktion im Allgemeinen, sondern auch ich, als zuständiger Referent im Besonderen, und um der Wahrheit die Ehre zu geben auch Vertreter von anderen Parteien, die sich hier in diesem hohen Gemeinderat befinden, vor allen Dingen aber der Rechnungshof hat in den letzten Jahren immer wieder ein neues Statut für die Stadtwerke gefordert. Ein neues Statut, das es den handelnden Personen ermöglicht, zum einen in Eigenverantwortung und nach kaufmännischen Gesichtspunkten die Teilbetriebe der Stadtwerke zu leiten, zum anderen um endlich diese zersplitterte Kompetenzaufteilung einer klaren Regelung zuzuführen. Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich habe ihnen schon öfters am Beispiel Stadtbad klargelegt, welche Bereiche alle für diese Situation des Stadtbades zuständig sind, und es daher schwierig ist, rasch zu handeln, weil eben, wie gesagt, die verschiedenen Bereiche abgeklappert werden müssen und sich dafür dann einsetzen müssen. Eine rasche Handlungsfähigkeit ist daher in solchen Situationen, wie wir sie gerade im Stadtbad vorfinden, nicht immer möglich.

Im vergangenen Jahr wurde ja bereits auf politischer Ebene diese Vorlage des Statutes mit leichten Abänderungen in Diskussion gestellt, man war aber im Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss der mehrheitlichen Meinung, dass vorerst der Nachschaubericht des Rechnungshofes, anlässlich der Überprüfung der Stadtwerke im Jahre 1995, abzuwarten wäre, um eben zu erkennen und feststellen zu können, ob tatsächlich auch die Vorstellungen des Rechnungshofes in diese Unterlage miteingearbeitet werden. Ich kann feststellen, und habe das auch bereits bei mehreren Gelegenheiten gemacht, dass dies größtenteils der Fall ist.

Nun, meine Damen und Herren, darf ich ganz kurz auf einige wesentliche Veränderungen, die uns dieses neue Statut bringen wird, eingehen, die für mich von

besonderer Bedeutung sind. Nunmehr wird es in Zukunft so sein, dass als Unternehmen der Stadtwerke auch das Wasserwerk, Krematorium inklusive Urnenhain und Aufbahnhalle, sowie das Freibad, Hallenbad, die Sauna und die Kunsteisbahn, gelten werden. Es war ja bisher so, dass, wie gesagt, die Unternehmungen der Stadtwerke aus dem Versorgungsbetriebsverbund Gaswerk und Verkehr, der Bestattung inklusive Schreibbüros sowie Lichtpause und Kopieranstalt bestanden haben und dass die anderen Bereiche von den Stadtwerken „lediglich“ verwaltet wurden. Aber auch im § 3, was die Organe betrifft, gibt es einige Neuerungen und eine besondere neue Regelung, nämlich, dass in Zukunft der Verwaltungsausschuss zuständig sein wird und angeführt ist und dass vor allen Dingen die Direktion der Stadtwerke in diesen Organigramm aufscheinen wird. Ganz besonders hervorzuheben ist, dass nunmehr die Stadtwerke nach außen durch die Direktion den Bereich der Stadtwerke vertreten werden. Die Direktion, so heißt es in diesem § 3, besteht aus einem technischen und einem kaufmännischen Direktor. Hier darf ich eines in Erinnerung rufen, dass soll sich nämlich in einigen Jahren ändern. Ich erinnere an die Bestellung des neuen kaufmännischen Direktors, wobei der Bürgermeister damals davon ausgegangen ist, dass nach einer Umstrukturierung und nach Pensionierung vom bisherigen technischen Direktor, Herrn Wein, dann die Geschicke der Stadtwerke in die Hände eines Direktors in Zukunft gelegt werden sollen. Die Wertgrenzen, ab die der Gemeinderat zuständig ist, haben sich ebenfalls geändert. Ich darf hier auch nur ein Beispiel anführen z. B. bei Bauvorhaben ab 3 Millionen Schilling, wird dann der GR zuständig sein.

Die Verkehrsbetriebe, das ist auch ein sehr wichtiger Punkt, wirken an Verkehrsplanungen mit und werden von der Stadt Steyr durch Förderungen des öffentlichen Personennahverkehrs unterstützt, wenn möglich durch Busspuren, Ampelbeeinflussung, bedarfsgerechte Haltestellen, barrierefreien Zugang und einen zentralen Busbahnhof.

In diesem Zusammenhang kann ich eines nicht unerwähnt lassen, das ist ein Thema mit dem sich in den letzten Tagen die Presse auch wieder beschäftigt hat, und das ist die leidige Situation des Warteraumes am Stadtplatz. Diese Angelegenheit haben wir auch heute Vormittag beim Bürgermeister deponiert und es ist auch der Herr Bürgermeister der Meinung, dass diese Situation einer raschen Lösung bedarf, denn jeder kann sich daran zurückerinnern, dass ja an und für sich aus zweierlei Gründen vonseiten der Stadtwerke diese Räumlichkeit gesperrt wurde, nämlich zum einen, um einen 5-Jahres-Vertrag nicht weiter fortsetzen zu müssen, im Wissen darum, dass ja auch in den letzten Jahren dieser Standort sehr ungeeignet war, für die Kunden der städtischen Verkehrsbetriebe als nicht geeignet angesehen werden musste und zwar deswegen, weil er ständig verunreinigt wurde, weil es einfach nicht möglich ist dieser Situation, das muss ich bedauerlicherweise sagen, Herr zu werden. Sie können 5 x am Tag dort Reinigungen durchführen, es wird innerhalb kürzester Zeit, und es schaut auch innerhalb kürzester Zeit dort wieder aus. Ich habe auch den Vorschlag gemacht, dass es ja nicht unbedingt sein muss, dass jetzt, stadteinwärts gesehen, auf der linken Seite, in der Mitte dort die Haltestelle sein muss. Wir sind aber damals, darf ich in Erinnerung rufen, einem Wunsch der Stadtplatzkaufleute nachgekommen, und sind wieder von der geplanten Haltestelle etwas weiter in die Stadtplatzmitte gerückt. Aber es wäre durchaus möglich, auch auf der rechten Seite des Stadtplatzes eine Haltestelle zu errichten. Das nur als Anmerkung.

Nun aber wieder zurück zu diesem neuen Organisationsstatut, dass von ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, beschlossen werden soll. Dem neu einzurichtenden Verwaltungsausschuss soll mit Ausnahmen der Personalangelegenheit künftig jene Kompetenzen zugeordnet werden, die derzeit dem Stadtsenat zukommen. Das gilt sowohl für die subsidiäre Generalkompetenz als auch für

Dringlichkeitsbeschlüsse nach § 5. Ich darf in Erinnerung rufen, dass es eine nahezu gleiche oder gleichlautende Lösung auch im APT-Bereich gibt. Andererseits aber sollen der Direktion die internen Personalangelegenheiten, nämlich Lenkung des Personaleinsatzes und die Ausbildung sowie ein maßgebliches Mitspracherecht bei Personalaufnahmen eingeräumt werden. Das wird im § 8 geregelt. Natürlich habe ich Kritik daran geübt, bei allen Vorbesprechungen, ich äußere auch heute nochmals diese Kritik, dass die Personalhoheit nicht gleich den Stadtwerken übertragen wird. Ich nehme aber zur Kenntnis, dass dies nur dann möglich ist, wenn man eine andere Betriebsform wählt und ich nehme auch zur Kenntnis, dass die Rathausmehrheit im ersten Anlauf einer Statutenänderung noch nicht berechtigt ist, die Stadtwerke völlig aus der väterlichen Oberaufsicht, im Jugendschutzgesetz heißt es, glaube ich, aus der väterlichen Gewalt, zu entlassen. Daher halte ich diese Statutenänderung, meine Damen und Herren des Gemeinderates, als ersten Schritt in Richtung einer zukunftsorientierten Weiterentwicklung der Stadtwerke und ich darf hier vorausschicken, dass ich, so wie meine Fraktionskollegen, diesem Antrag auf Statutenänderung für die Stadtwerke die Zustimmung geben werden. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Apfelthaler.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Gäste. Was letztmalig 1992 sozusagen novelliert worden ist, wird jetzt einer neueren Überarbeitung zugeführt. Es wundert einem schon, dass es so lange gedauert hat, zumal das Winken des Rechnungshofes aus Wien nicht mehr zu übersehen war. Wir haben uns letzten Endes danach richten müssen, weil ständig und immer wieder darauf hingewiesen wurde und wir haben natürlich auch im Finanz- und Rechtausschuss recht genau erörtert, welche Neuerungen uns gefallen und welche uns weniger gefallen. Dazu gehört auch die Personalhoheitsangelegenheit, die der Herr StR Eichhübl schon ausgesprochen hat. Wenn man jetzt den ursprünglichen Akt mit dem jetzigen, vorliegenden Akt vergleicht, muss man sehr wohl aber sagen, dass die Neuerungen, die da hier eingeführt wurden, durchaus als positiv zu betrachten sind. Eine wesentliche Erneuerung hat hier stattgefunden, obwohl man sagen muss, auch in einigen Punkten ist halt nicht dem entsprochen worden, was man sich halt so wünscht, aber trotzdem, es ist ein Fortschritt zu bemerken und es ist alleine aus der Tatsache, dass dieser Kompetenzwirrwarr, wer jetzt für was zuständig ist und in welcher Höhe etc., jetzt einmal gelöst worden ist. Das ist durchaus positiv zu bemerken. Ich bin froh, ehrlich gesagt, dass das jetzt stattgefunden hat nachdem dieses Stück schon ziemlich lange abgegangen ist.

Was mir natürlich jetzt dezidiert vielleicht noch abgeht, in diesem Werk, das ist, was passiert mit diesen beiden kleinen Fraktionen, die quasi wie beim Verwaltungsausschuss des APT auch mit involviert sind. Ich denke, dass man das noch nachrüsten kann. Ich hoffe, dass das auch passiert, weil auch die Möglichkeit besteht, unter § 40 Abs. 5, hier auch sachkundige Personen mit einzubeziehen. Ich denke, wenn wir die gleiche Gepflogenheit haben wie im APT, im Verwaltungsausschuss, können wir das auch hier einsetzen.

Warum es nicht dezidiert drinnen steht, weiß ich auch nicht. De facto ist es so, es kann unter Umständen eine Kann-Bestimmung und nicht eine Muss-Bestimmung werden. Aber die Hoffnungen gehen dahingehend, dass es da in diesem Punkt keine

Schwierigkeiten gibt. Ich glaube auch, dass es gar keine besondere Voraussetzung dafür gibt, die beiden Fraktionen hier nicht mit einzubeziehen. Ergo dessen müssen wir sagen, dass, trotzdem wir uns bei der letzten Finanz- und Rechtsausschusssitzung sehr kritisch über dieses Werk geäußert haben, aber in Aussicht gestellt haben es noch einmal genau zu prüfen, wir dahingehend übereingekommen sind, dass wir diesem Werk die Zustimmung geben, mit der Hoffnung, weil das ist bloß geduldiges Papier, dass sich das auch auf die Gebarung der Stadtwerke niederschlägt, dass das auch tragend wird, was hier drinnen steht und dass es auch in Richtung einer finanziell, aber auch inhaltlich besseren Zukunft für die Stadtwerke mit beitragen kann. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächste zu Wort gemeldet ist Frau GR Frech. Bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Ja, zusammenfassend könnte man eigentlich das Ganze mit einem Sprichwort bringen - „Der Berg kreiste und gebar eine Maus“. Der Berg kreiste sehr lange, wie mein Vorredner, der Kollege Apfelthaler, schon gesagt hat. Jahrelang hat der Rechnungshof wie eine kaputte Schallplatte immer das Gleiche heruntergeleiert, die Stadtwerke sind kein Unternehmen im herkömmlichen Sinn, und zwar schon deshalb nicht, weil ihnen die wesentlichste Eigenschaft eines Unternehmens fehlt, nämlich die, unternehmerische Entscheidungen treffen zu können. Wir haben das als Stadt jahrelang ignoriert, bis zu einem Zeitpunkt wo es nicht mehr zu ignorieren war, wo der Rechnungshof einfach schon so viel an Druck ausgeübt hat wo wir nicht anders konnten, jetzt müssen wir doch endlich ein neues Statut machen. Letztlich war dann der Rechnungshof auch mit diesem neuen Statut einverstanden. Ja, aber er war nicht deshalb einverstanden, weil er überglücklich war, was die Stadt Steyr da jetzt in ihr neues Organisationsstatut hineingepackt hat, sondern weil er überglücklich war, dass sich endlich überhaupt einmal etwas tut und dass zumindest ein Schritt passiert. Nur dieser eine Schritt ist halt ein Schritt, aber 99 Schritte wahrscheinlich zu wenig, die man gehen müsste.

Ein wesentlicher Punkt, der nach wie vor fehlt, ist die Geschichte mit der Personalhoheit. Man möge sich das einmal in einem normalen Unternehmen vorstellen, wo der kaufmännische Direktor nicht einmal über seine Mitarbeiter entscheiden darf. Die Mitarbeiter der Stadtwerke werden weiterhin über den Magistrat ausgesucht. Sie haben auf Druck, ich will nicht einmal sagen auf Druck, aber unter Einwirkung des Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschusses zumindest ein bisschen mehr, zumindest hat man es in Papier verpackt, dass sie ein bisschen mehr Mitspracherecht haben, de facto ist es aber eine Gutwillangelegenheit, wie weit die Direktoren in die Personalentscheidung eingebunden werden und wie weit nicht. De facto werden sie nicht von den Direktoren ausgewählt.

Der weitere Punkt ist wieder die Angelegenheit, die Frage wurde überhaupt nicht diskutiert, brauchen wir zwei Direktoren, ist es tatsächlich nötig einen kaufmännischen und einen technischen Direktor auch weiterhin vorzusehen. Das hat man einfach auch aus dem alten Statut übernommen.

Wirklich ausgegliedert sind die Stadtwerke mit dieser Lösung überhaupt nicht. Man hat

sich nicht getraut eine GesmbH. zu machen bzw. den weiteren Schritt, für den ich mich aussprechen würde, überhaupt eine Kommunalholding, eine Kommunalholding unter deren Dach sämtliche Unternehmen der Stadt vereint sind, ich denke z. B. an die Stadtgärtnerei, ich denke an andere Einrichtungen genauso, aber diese Debatte wollte man auch gar nicht führen. Was geblieben ist, ist jetzt ein Verwaltungsausschuss aller APT. Was bedeutet das? Das bedeutet, der Kommunalausschuss ist gestorben, den gibt es nicht mehr. Einer der aktivsten Ausschüsse, und ich traue mir das zu behaupten, weil ich in jeden drinnen bin, was die politische Diskussion anbelangt hat und was vor allem die inhaltlich konstruktive Diskussion bei Verkehrsangelegenheiten anbelangt hat, ob es um die neue Buslinienführung ging, ob es um andere Bereiche wie Hallenbad usw. ging, diese Diskussionen werden überhaupt nicht mehr stattfinden, weil der Kommunalausschuss existiert nach diesem heutigen Tage nicht mehr, der ist weg. Das sollte uns auch bewusst sein. Kollege Eichhübl, das haben sie vergessen zu erwähnen, den gibt es nicht mehr. Was es stattdessen gibt, ist dieser Verwaltungsausschuss. Dieser Verwaltungsausschuss besteht zwar aus 5 Personen, lt. Verordnung. Da würde man halt annehmen, dass aus jeder Fraktion jemand dabei ist. Da soll es ja nicht um politische Stärke, um politischen Einfluss gehen, sondern da soll es wirklich darum gehen, dass einfach mehr Köpfe aus verschiedenen ideologischen Richtungen mehr wissen als vielleicht einer oder ein paar Wenige. Diese 5 Personen sind nach dem Wahlergebnis besetzt, nach dem d'hondtschen Verfahren, d. h., sie haben wahrscheinlich, nach jetzigem Stand, 3 SPÖ-Mitglieder, ein ÖVP-Mitglied und 1 FPÖ-Mitglied und man hat die Gelegenheit beim Schopf gepackt und die zwei kleinen Fraktionen rausgeschmissen, sprich, das Liberale Forum und die Grünen werden in diesem Verwaltungsausschuss nicht vertreten sein, so wie es diese Verordnung heute vorsieht.

Auf deine Frage Kurt, na ja, wir werden hoffen, dass das so sein wird wie beim APT, weil da hat man dann nachträglich sowohl das LIF als auch die Grünen hineinkooptiert, als beratendes Mitglied, ich habe heute, vormittags, mit Herrn Mag. Golda gesprochen und da hat er mir mitgeteilt, das wäre rechtlich gar nicht in Ordnung das zu machen und die jetzige Lösung beim APT ist eigentlich rechtlich auch nicht in Ordnung, aber die hat man schon so.

Unverständliche Zwischenrufe

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ja, weiß ich nicht, wenn das rechtlich nicht in Ordnung ist, dann wird man das ein zweites Mal auch nicht tun. Lt. diesem Antrag ist es jedenfalls nicht vorgesehen. In diesem Antrag steht nirgendwo drinnen, dass das Liberale Forum und die Grünen weiterhin in diesem Verwaltungsausschuss sind statt des Kommunalausschusses. Warum man das nicht will, ist mir schon auch ein bisschen klar. Wer unbequem ist, na ja, das ist nicht gerne gesehen und da waren wir sicherlich beide Fraktionen mitunter ein bisschen unbequem, wenn auch auf eine sehr konstruktive Art, wie ich hoffe.

Es wird uns da wahrscheinlich nichts anderes übrig bleiben, möglicherweise, als so die Art einer außerparlamentarischen Opposition zu übernehmen, wenn man nicht einmal mehr in den Gremien vertreten ist.

Warum das so wichtig ist in den Gremien vertreten zu sein, sage ich ihnen auch. Nicht wegen der politischen Einflussnahme, weil gerade jene zwei Fraktionen, die jetzt nicht mehr drinnen sind, haben diese ja gar nicht, weil sie gar nicht stimmberechtigt sind. D. h., das Argument, das von ihnen ja auch kommen wird, wir wollen mit diesem Modell

die politische Einflussnahme zurückstecken, stimmt ja gar nicht, weil jene Personen die überhaupt nur beratende Funktion haben, werden ja eliminiert aus der bisherigen Diskussion, die also ohnedies nicht mitbestimmen haben können.

Auf zwei Paragraphen in diesem Statut möchte ich genauer eingehen. Das eine ist, im Extremfall wird der Gemeinderat kaum mehr mit Angelegenheiten des Kommunalausschusses, des ehemaligen, konfrontiert, auch nicht der Verwaltungsausschuss, weil im Paragraphen 5 Abs. 4 sehen sie ganz genau, „der Ausschuss ist berechtigt, in Angelegenheiten der Stadtwerke Steyr, die in die Zuständigkeit des Gemeinderates fallen, anstelle des Gemeinderates zu entscheiden und zwar immer dann, wenn die Entscheidung des Gemeinderates ohne Nachteil für die Sache nicht abgewertet werden kann.“ Ja bitte, das ist dehnbar wie ein Kaugummi. Rein theoretisch kann der Verwaltungsausschuss jederzeit statt des Gemeinderates entscheiden. Aber da geht es noch einen Schritt weiter. Der Kollege Eichhübl, ich gratuliere ihnen, sie sind mit diesem Organisationsstatut ein sehr mächtiger Mann geworden, weil sie können auch jederzeit, das ist im § 7 Abs. 3 geregelt, als Stadtrat in allen Angelegenheiten entscheiden, die eigentlich den Verwaltungsausschuss betreffen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Die Kompetenz haben alle anderen auch, Frau Kollegin.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ich versuche es nur aufzuzeigen, ich versuche das nachzuholen, was sie unerwähnt gelassen haben. Ich möchte nur aufzeigen, was diese Entscheidung de facto bedeutet. Warum das alles auch so wichtig ist, hat einen Grund, wo wir heute noch einen Dringlichkeitsantrag zu behandeln haben, weil wenn sie nicht Mitglied eines Gremiums sind, dann haben sie auch keinerlei Einsichtsrecht. D. h., für die Opposition wird es unmöglich in irgendwelche Akten, Unterlagen, Einsicht zu nehmen.

Was mir ganz gut gefällt, das ist im § 5 Abs. 2, „dem Ausschuss obliegt die Aufsicht über die Vermögensverwaltung und über die Geschäftsführung“. D. h., der Verwaltungsausschuss hat auch eine Kontrollfunktion. Nur, diese Kontrollfunktion soll er wahrnehmen, dadurch, dass genau die Opposition nicht drinnen ist. Das ist herrlich, das gefällt mir. Das ist wirklich eine typisch steyrische Lösung, die man hier angegangen ist.

Ja, aus all dem können sie schon schließen, dass ich diesem Organisationsstatut in dieser Form sicher nicht meine Zustimmung geben werde.

Was ich schon festhalten möchte ist, zur Ehrenrettung, natürlich ist dieses Organisationsstatut besser als das alte Organisationsstatut, nur dazu hat nichts gehört, das war längst überfällig und mit dieser Regelung hinken wir wieder 5 Jahre hinterher, weil einfach viele Dinge in Zukunft nicht mehr so laufen werden wie z. B. die Quersubventionierung usw. und die werden wir auf diese Art und Weise auch nicht in den Griff bekommen.

Ja, das war es eigentlich so im Großen und Ganzen. Was mich schon noch interessieren würde, vor der Abstimmung, ich möchte wirklich wissen, wie ist gedacht, mit den

beiden Fraktionen vorzugehen. Wird es eine Kooptierung geben wie beim Verwaltungsausschuss im APT, wird es diese nicht geben? Wenn es diese nicht geben sollte, ist zumindest gewährleistet, dass wir ein Einsichtsrecht in Unterlagen bekommen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächste zu Wort gemeldet ist Kollegin Großalber. Ich erteile es ihr.

GEMEINDERÄTIN ROSWITHA GROSSALBER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ich bin immer wieder verblüfft, über die Inkonsequenz von ihnen, liebe Frau Frech. Auf der einen Seite möchten sie auf alle Fälle eine GesmbH., die befinden sie besser. Mir persönlich fehlen die Argumente dafür, was daran besser ist, aber das sei dahingestellt.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Personallhoheit.

GEMEINDERÄTIN ROSWITHA GROSSALBER:

Ah, es geht nur ums Personal, weil die ja jetzt schlecht arbeiten. Das 2. ist, dass sie unbedingt in jedem Gremium vertreten sein wollen und aber überall sprechen und überall dafür sind, das Ganze zu entpolitisieren. Ich verstehe das nicht, das passt für mich absolut und überhaupt nicht zusammen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Da haben sie mir nicht zugehört.

GEMEINDERÄTIN ROSWITHA GROSSALBER:

Ich habe sehr wohl zugehört und ich ärgere mich immer wieder darüber.

Außerdem, die Stadtwerke haben für mich eine große Versorgungsfunktion und für mich persönlich ist der politische Einfluss nicht so schlecht. Ich war vor einigen Jahren in England und da war der Wasserpreis damals schon S 30,- und zum Teil höher. Das kann es einfach nicht sein. Ein bisschen eine Scheuerung muss man haben. Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass die Stadtwerke, ob sie jetzt eine GesmbH. werden oder ob sie ein Statut haben, kostendeckend arbeiten könnten, weil wir eben eine Versorgungsfunktion für die Bevölkerung der Stadt Steyr haben.

Das Okay des Rechnungshofes habe ich in der Zeitung positiver gelesen, als sie das jetzt dargestellt haben. Das war absolut in Ordnung und ich kann mir nicht vorstellen, was man an dem Statut aussetzen könnte. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich danke. Wünscht noch jemand das Wort? Frau Kollegin Frech zum zweiten Mal. Bitte sehr.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Ja Frau Kollegin Großalber, ich muss schon ad hoc etwas zu ihnen sagen, auch wenn sie sich möglicherweise wieder ärgern. Es ist von ihnen inkonsequent zu sagen, ich wäre für den politischen Einfluss, weil den politischen Einfluss habe ich immer ...

GEMEINDERÄTIN ROSWITHA GROSSALBER:

Sie wollen ja unbedingt drinnen sitzen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Frau Kollegin Großalber, es ist eine Aufgabe der Opposition, Kontrolle auszuüben. Wenn sie diese Aufgabe nicht wollen, dann sagen sie es laut und deutlich, aber das ist ein Wesen der Opposition. Und, Frau Kollegin Großalber, auf Bundesebene werden sie das noch merken und sie haben es schon begonnen, dass das eine Geschichte der Opposition ist, Kontrolle auszuüben. Da werden sie das dann ganz anders sehen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Frau Kollegin Frech, erlauben sie mir einen Zwischenruf und eine Klarstellung, dann sage ich schon nichts mehr.

Sie sind Mitglied des Kontrollausschusses, daher haben sie die Kontrollmöglichkeit, auch unter dieser neuen Konstellation.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Habe ich nicht, Herr Kollege, das stimmt leider so nicht ganz. Wenn sie meine Erfahrungen mit Einsichtnahme in Akten, die auf der Tagesordnung der Prüfungsausschusssitzung sind, kennen würden, würden sie das völlig anders sehen. So

ist es nicht, weil man bekommt ja nicht einmal Einsichtnahme in Unterlagen von vollständigen Akten, die auf der Tagesordnung des Prüfungsausschusses sind. Ich versuche seit ungefähr zwei Jahren Akteneinsicht in den Vorwärts-Akt zu bekommen, obwohl ich Mitglied des Prüfungsausschusses bin. Den Gesamtakt bekam ich bis heute nicht zu Gesicht. Soviel zu ihrem Zwischenruf.

Aber zu ihnen zurück, Frau Kollegin Großalber. Jetzt habe ich einen politischen Einfluss, wenn ich nach Wahlergebnis diesen Verwaltungsausschuss besetze, weil da geht es mir nicht um die Kompetenz, weil sonst bräuchte ich ja nicht 3 SPÖ, 1 ÖVP und 1 FPÖ, da geht es mir nicht um unterschiedliche Meinungen, die können ja über eine Fraktion transportiert werden, sondern da geht es mir um politische Einflussnahme. Wenn sie sagen, diese politische Einflussnahme ist eh nicht so schlecht, ja, das ist mir schon klar, wenn sie da drinnen sitzen, dass sie das gut finden, wenn sie da diese politische Einflussnahme ausüben können. Mir geht es um politische Kontrolle, die kann damit schlechter stattfinden.

Das mit der Geschichte, sie finden politische Einflussnahme gut, na ja, gut, das ist ihre Geschichte. Ich finde es weniger gut. Nur das was wir jetzt haben, ist ja keine Ausgliederung. Ausgliederung wäre eine GesmbH. mit einem funktionierenden Aufsichtsrat, nur davon sind wir leider weit entfernt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

So, Aufklärung erfolgt. Herr Kupfer bitte.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Ich hätte nur eine Frage. Vielleicht zur Klärung, ob uns Herr Mag. Gold erklären kann, wie das jetzt nun ist, mit Experten, Sachkundenkooptierung ect. oder ob das der Herr Stadtrat machen kann.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ja, das kann ich auch machen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Du bist ein mächtiger Mann.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich habe zwar versprochen, dass ich zu dem Thema nichts mehr sage, aber selbstverständlich kann und möchte ich die Frage vom Kollegen Kupfer beantworten. Es

ist so, dass unter dem Titel „Beziehung von fachkundigen Personen in Ausschüsse“ sowohl der Ausschussvorsitzende als auch der Ausschuss selbst entscheiden kann. Wir werden selbstverständlich diese Frage bei der ersten besten Gelegenheit ...

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Sehr unpolitisch!

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

... sehr unpolitisch zu lösen versuchen, wird ein bisschen schwierig werden, Herr Kollege Hauser. Aber wie gesagt, wir werden natürlich hier eine Regelung anstreben, um nicht den Eindruck zu erwecken, dass wir irgendjemanden ausschließen möchten. Ich möchte aber, nachdem mir zwar Mächtigkeit bereits zugeteilt wurde, das Recht nicht für mich in Anspruch nehmen alleine zu entscheiden, sondern ich werde den Ausschuss entscheiden lassen. Ich danke ihnen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. So, wird ein Schlusswort gewünscht? Herr Bürgermeister bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Die Berge sind zwar nicht gekreist, aber immerhin ein neues Regelwerk für so wichtige Wirtschaftsbereiche, die doch mehrere 100 Millionen Umsatz machen und wichtigste Dienstleistungen für die Stadt bringen, brauchen ihre Zeit, zumal recht unterschiedliche Positionen unter den Fraktionen bestanden haben, die lange Zeit, mit großer Festigkeit, jeder auf seinem Standpunkt vertreten hat. Es ist auch nicht so, wie die tibetanische Gebetsmühle beim Rechnungshof, sondern der Rechnungshof hat sehr wohl angeregt, aber nicht alle und viele Jahre und jedes Jahr ist er auch nicht da, sondern die Einschauzeiten sind in Frequenzen von drei bis fünf Jahre und da haben sie gesagt, da wäre eine Änderung erforderlich. Das ist zutreffend. Unser Problem ist ja immer, dass sie alles auf der einen Seite entpolitisieren wollen, weil Politik ist ja offenbar schlecht. Wir machen zwar Wahlen und die Stadtwerke gehören uns, die Stadtwerke machen eine Serviceleistung für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt, aber das müssen wir entpolitisieren und irgendwelche Leute können das besser machen als wir, die wir vom Volk dafür gewählt wurden. Das ist also ein Widerspruch in sich, aber das ist eine Geschichte, die müsst ihr selbst auflösen.

Ich möchte dazu nur eines sagen. Der Rechnungshof ist nicht nur einverstanden, nach Betrachtung dieses Statutenwertes, sondern der kritischste Vertreter des Rechnungshofes, gerade in dieser Frage, hat diesen Entwurf als erfrischend bezeichnet. Also, er war sehr einverstanden mit diesem Entwurf. Natürlich könnte man auch eine weitergehende Lösung machen. Selbstverständlich könnte man eine GesmbH. machen, die sie unter anderem vertreten haben Frau Kollegin Frech, neuerdings nennen sie das

Holding, das sind so nette Begriffe und Sager, die uns natürlich auch geläufig sind. Wir können auch eine Holding machen und den Wirtschaftshof dort auch noch hineinfädeln und was es da noch alles gibt. Das könnten wir ohne weiteres tun, das würde dann noch eine andere Konstruktion sein als eine GesmbH., aber mit einem sehr ähnlichen Rechtsmantel. Das Problem, das sie anscheinend übersehen und wo ich den zweiten gravierenden Widerspruch orte, ist das, dass natürlich eine GesmbH. nach dem österreichischen GesmbH.-Gesetz zu organisieren wäre. Wissen sie, in einer GesmbH. ist kein Kommunalausschuss oder ein ähnliches Gebilde vorgesehen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Aber ein Aufsichtsrat.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Und glauben sie, dass sie da drinnen sind?

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wissen sie wer den bestellt? Den Aufsichtsrat bestellt der Kapitalvertreter, der Eigentümervertreter, was in unserem Fall der Bürgermeister ist. Nachdem sie davon noch einige Distanz weg sind, würden sie das auch nicht bestellen können. Verstehen sie mich? Also, wenn wir schon von demokratischen Gepflogenheiten sprechen und wenn wir die hochhalten sollen, wofür ich bin, dann bitte sollte man doch in dem Statut nicht nur etwas Kritikwürdiges sehen, wie sie das tun, sondern es ist in Wirklichkeit der Ausdruck auch demokratische Gepflogenheiten in einem Sondervermögen der Stadt, in einem Regiebetrieb, oder wie immer wir das nennen, auch diese Gepflogenheiten beizubehalten und die Mitwirkungsrechte des Gemeinderates durch Delegierte aus diesem Kreis sicher zu stellen. Um diese Frage auch gleich zu beantworten, die gestellt worden ist, ob man daran denkt, auch die kleinen Fraktionen einzuladen und sie in dem neuen Verwaltungsausschuss mitwirken zu lassen. Ich möchte sagen, ich bin nicht dagegen, es wird dann dort der Ausschuss zu entscheiden haben. Aber unter dem Titel „Sachkundige Experten,“ ist das also mit den kleinen Fraktionen nicht sehr leicht möglich, ohne dass ich da irgendjemanden nahe treten möchte, weil das würde ja bedeuten, dass die ordentlichen Delegierten nicht sachkundig sind, wenn sie euch zwei dazu brauchen, sozusagen um sich beraten zu lassen, sondern unter dem Titel ...

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Das ist eine Polemik, Herr Bürgermeister.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wieso? Da trete ich jederzeit den Wahrheitsbeweis an. Würde ich ...

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Das bezieht sich auf das, ist gleich Mitglieder des Gemeinderates die nicht Ausschussmitglieder sind. Da gibt es zwei so Geschichten, sachkundige Personen die nicht Mitglieder des Gemeinderates sind und Mitglieder des Gemeinderates, die nicht Ausschussmitglieder sind.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, über was reden sie da jetzt?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wir machen eine neue Verordnung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Was haben sie da jetzt zitiert?

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Das ist der § 40, Ausschüsse, heißt das.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ausschüsse des Gemeinderates? Um so etwas handelt es sich dort nicht, Herr Kollege. Es handelt sich um einen Verwaltungsausschuss, nicht im Sinne eines gemeinderätlichen Ausschusses. Ich sage ja nur, um diese Unterschiedlichkeiten zu erläutern, würde ich als Eigentümerversorger zwei sachkundige Personen bestellen müssen, da fallen mir als erste nicht sie ein, Frau Kollegin Frech und auch nicht sie, Herr Kupfer oder Herr Apfelthaler und auch sonst niemand, sondern da würde mir ein Steuerberater ...

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Aus ihrer Partei fallen ihnen drei Personen ein!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Schauen sie, lassen sie mir doch sagen, was mir einfällt. Mir würde ein Steuerberater, ein Wirtschaftsfachmann einfallen, und in Anbetracht des größten Geschäftsfeldes mit dem größten Abgang, ein Verkehrsfachmann. Die beiden würden mir einfallen, wenn ich zwei sachkundige Experten mit einem zielführenden Einsatz in diesem Verwaltungsausschuss zusätzlich hineinschicken müsste. Damit glaube ich, ist logisch erwiesen, dass unser guter Wille, die kleinen Fraktionen dort einzuladen und mitwirken zu lassen, aus demokratiepolitischen Motiven heraus geschehen wird. Können sie mir folgen, Frau Kollegin?

Gelächter

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Lesen sie die Protokolle des Kommunalausschusses.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Da war gar nichts Böses damit gemeint.

Die zweite Frage - „Brauchen wir dort zwei Direktoren“ - möchte ich so beantworten. Zur Zeit haben wir zwei Direktoren. Wir können wahrscheinlich schlecht unter dem Aspekt hineinschreiben, die Stadtwerke haben einen Direktor, müssen wir einen entfernen, das wollen wir natürlich nicht tun. Meine Vorstellung ist die, ich habe das auch schon öfters kundgetan, dass uns dort auf längere Sicht ein Direktor genügen sollte. Diese Überlegung ist auch bereits ventiliert worden, als wir die letzte Bestellung in der Direktionsebene gemacht haben.

Zum Dritten möchte ich noch sagen, das ganze Problem ist wirklich so, dass wir das im starken Einflussbereich des Gemeinderates behalten wollen und auch nicht einen unzulässigen Einfluss ausüben wollen, wahrscheinlich aus ihrer Sicht unzulässigen Einfluss. Würde man nämlich die GesmbH. machen, muss ich nämlich die Aufsichtsräte als Kapitalvertreter bestellen, ich kann sie auch wieder abberufen, so steht das nämlich im Gesetz. Da nehme ich fünf Experten und mache dann den Aufsichtsratsvorsitzenden oder bestelle den auch und die Stadtwerke Direktoren bekommen einen 3-Jahres-Vertrag oder einen 5-Jahres-Vertrag, und es wird ihnen kundgetan, wenn sie nicht spüren, dann sind sie beim nächsten Mal nicht mehr dabei. So spielt sich das in der Wirtschaft ab und da kann man viel direkter eingreifen, wie man sich das je in unserem Bereich vorstellen kann. Natürlich könnte man dann noch ein paar Sachen machen, die wir, das sage ich jetzt als Sozialdemokrat, auch nicht wollen. Natürlich könnte man den Busfahrern einen Kollektivvertrag, Handel, Transport und Verkehr, auf das Auge drücken und eine Lohnsenkung von 30 %. Das wollen wir eigentlich auch nicht. Daher ist diese Vorgangsweise, wenn sie wollen ein Kompromiss. Ein solcher, über den sehr lange verhandelt wurde und einer, bei dem ich glaube, dass sich eine breite Mehrheit damit einverstanden erklären soll.

Eines möchte ich noch sagen. Diese „Einschaugeschichten“, die werden wir heute noch einmal bei dem F-Antrag diskutieren. Ich möchte sagen, wissen sie, ich bin an und für sich sehr begeistert und interessiert daran, dass sich Gemeinderäte ausführlich mit den Unterlagen beschäftigen, mit dem Hintergrund auch von Tagesordnungspunkten die zur Behandlung stehen. Es gibt allerdings da ein paar Einschränkungen. Die Beschäftigung sollte bei der Entscheidungsfindung und bei der Diskussion zur Meinungsbildung und bei der Abstimmung beendet sein und nicht schon im Vorfeld oder in der Nachbetrachtung dazu führen, dass authentische Unterlagen aus diesen Akten eins zu eins in die Redaktionsstuben wandern, und zwar dann seitenweise aus dem streng geheimen Prüfungsbericht in den OÖ Nachrichten zitiert werden, letzthin wieder einmal geschehen. Nicht wahr? Das ist in Wirklichkeit das Problem, mit dem wir es zu tun haben, weil sich die Herrschaften oftmals zu wenig an die Vertraulichkeit halten. Ich will da gar keinen konkret beschuldigen, und ich kann keine Beweise antreten, das ist bekanntlich sehr schwierig, aber bitte schön, man kann sich einiges hier und da zusammenreimen und wird so falsch damit nicht liegen.

Insgesamt gesehen, zum Statut, möchte ich sagen, ich bin froh, dass wir diesen Schritt tun. Das erste Mal haben wir das mit der GWG geschafft, jetzt wollen wir das also mit den Stadtwerken tun. Ich bin überzeugt, dass das eine zeitgemäße Reform ist. Ich will auch gar nicht sagen, dass das der letzte Schritt ist. Die Zeit ist raschlebig, die Veränderungen sind sehr intensiv und es kann durchaus noch zu weiteren Veränderungen kommen. Aber entscheidend ist schon auch, dass die Stadt auf ihr Sondervermögen oder auf ihre Unternehmungen gewissen Einfluss behält, weil ganz leicht ist es nicht den Leuten, den Bürgern zu erklären, dass die Stadtwerke tun was sie wollen und wir als Gemeinderat darauf keinen Einfluss haben. Das sollte man sich bei der Gelegenheit schon auch überlegen.

Ich ersuche um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich danke für das Schlusswort. Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung gibt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. 33 (SPÖ, FPÖ, ÖVP, GAL). Wer ist dagegen? 1 Gegenstimme (LIF). Wer übt Stimmenthaltung? Niemand. Danke. Nächster Tagesordnungspunkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Zwei Anträge habe ich noch in meinem Portefeuille.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Drei Anträge.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich habe geglaubt zwei, aber wie ich sehe, dauert alles seine Zeit.

BMD Systemhaus GmbH., eines der sich großartig entwickelnden Softwarehäuser in Steyr, blendend unterwegs mit einer Zielbeschäftigung gegen Jahresende von 130 Personen, hat hier eine beträchtliche Erweiterung ihres Betriebsobjektes vorgenommen, hat auch uns im Bauausschuss beschäftigt. Nunmehr liegt uns der Antrag vor, dieses Projekt auch zu fördern. Die Investitionen haben 35,7 Millionen betragen. Es soll ein Zinsenzuschuss in der Höhe von 1 % aufgrund des fiktiven Tilgungsplanes hier gewährt werden, auf die Dauer von 5 Jahren. Das sind insgesamt S 715.000,--. Derzeit geht es um die Freimachung eines Betrages von S 200.000,-- in diesem Rechnungsjahr.

Ich bitte um ihre Zustimmung.

4) Fin-195/99

BMD-Systemhaus GmbH, Sierninger Straße 190, 4400 Steyr, Gewerbeförderung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 06. März 2000, wird der Firma BMD Systemhaus GmbH, Sierninger Straße 190, 4400 Steyr, für die anlässlich der Unternehmenserweiterung getätigten Investitionen in der Höhe von S 35,7 Mio. (exkl. MWSt.), ein 1%-iger Zinsenzuschuss, berechnet anhand eines fiktiven Tilgungsplanes (Kapital: S 30 Mio., Laufzeit: 5 Jahre, halbjährliche Kapitalraten), auf die Dauer von fünf Jahren gewährt. Dies bedeutet eine Gewerbeförderung in der Höhe von ca. S 715.000,-- verteilt auf fünf Jahre.

Zu diesem Zweck wird bei VASSt 5/782000/755000 ein Betrag in der Höhe von S 200.000,-- für das Rechnungsjahr 2000 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Frau Kollegin Frech bitte sehr.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen. Ich hätte schon ein paar Anmerkungen zu diesem Antrag. Das eine ist, es freut mich, wenn sich ein Unternehmen dermaßen gut unternehmerisch entwickelt, seine Investitionskosten in Steyr tätigt und die auch noch zur Gänze aus dem Cashflow finanzieren kann. Finanzieren zur Gänze aus dem Cashflow bedeutet, dass es einen großen Einnahmensüberschuss gibt und dass es sich hierbei um ein Unternehmen handelt, wo ich nicht unbedingt die Notwendigkeit sehe, hier aus Steuergeldern Subventionen zu erteilen, und zwar deshalb nicht, weil diese Subventionen mir woanders wieder fehlen werden und das sind immerhin S 715.000,--. Wenn ich so viel Geld habe, dass ich es mir als Stadt leisten kann überall den Goldtopf auszuschütten, dann ist das überhaupt kein Thema. Wir werden aber heute noch sehen, dass wir für sehr viele Dinge überhaupt kein Geld haben. Z. B. um stundenweise flexible Kinderbetreuung zu finanzieren. Da höre ich dann immer, das geht nicht oder um mehr noch zu machen als bereits passiert im Bereich von Seniorenbetreuung usw. Das ist immer irrsinnig schwierig. Im

Sozialbereich hört man immer, das geht nicht, wir würden es gerne machen, wir können es uns nicht leisten. Das Geld hat aber kein Mascherl. D. h., die S 715.000,-- Gewerbeförderung fehlen uns woanders. Bei 35,7 Millionen Investitionssumme, ist es im Prinzip für BMD unerheblich, ob sie S 715.000,-- von uns bekommen oder nicht. Noch dazu, wo sie es aus dem Cashflow finanzieren. Für uns sind aber die S 715.000,-- enorm viel Geld.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Das ist ein echter Klassenkampf.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Das ist kein Klassenkampf, sondern das ist ein setzen von Prioritäten. Ich sehe die Aufgabe von Wirtschaftspolitik in einer Stadt Grundinfrastruktur bereit zu stellen, wie Verkehrsanbindungen zu schaffen Ich sehe die Aufgabe einer Stadt darin, ein serviceorientiertes Behördenwesen zu haben, das gleiche Rahmenbedingungen für alle Unternehmer schafft und nicht die einen Unternehmer die dann eine Förderung bekommen und die anderen, die keine Förderung bekommen. Förderungen sind kein Selbstzweck. Sie sollen immer dann gewährt werden, wenn Not am Mann ist. Hier ist sicherlich nicht Not am Manne und deshalb werde ich mich hier sicherlich nicht dafür aussprechen. Meine Entscheidung hat überhaupt nichts mit BMD zu tun. Sie können sich erinnern, ich habe mich in dieser Runde schon einmal unbeliebt gemacht, wie ich gegen die Förderung für BMW gestimmt habe, mit dem gleichen Argument. Auch BMW hat damals artikuliert, sie haben die Gesamtinvestition aus dem Cashflow finanziert, haben ihr bestes Geschäftsjahr gehabt. Es freut mich, aber es zeigt mir, dass sie diese Subventionen nicht brauchen. Ich bin um jeden froh der die Subvention nicht braucht, damit ich sie einem geben kann, der sie tatsächlich braucht.

Ein anderer Punkt ist für mich noch, ja, wie es überhaupt mit Richtlinien zur Gewerbeförderung aussieht. Wir haben jetzt einen Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss, nur ich habe auch noch nicht bemerkt, dass wir da jetzt auch wirklich über Richtlinien tatsächlich einmal näher diskutieren.

Zu ihrer Information noch etwas, was nicht im Amtsbericht steht, es bleibt nicht bei der Summe von S 715.000,-- aus Steuergeldern, sondern es gibt noch eine Landesförderung von

S 1,250.000,-- und eine Bundesförderung von 1,250.000,--. Schön für BMD, aber für mich ist immer die Frage, das, was ich dem einen gebe, kann ich dem anderen nicht geben oder muss ich ihm wegnehmen und da ist es für mich eine Sache von Prioritäten.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil. Bitte sehr.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sehr geehrte Frau Frech! Ihr wirtschaftlicher Realitätsverlust treibt in letzter Zeit

wirklich manch merkbare Blüten. Sie haben ja schon angekündigt, damals, gegen die BMW-Subvention zu stimmen, jetzt wollen sie eine Firma bestrafen, die erfolgreich unterwegs ist. Das kann doch nicht sein, dass man nur diejenigen unterstützt, und das wundert mich wirklich, wenn das liberale Wirtschaftspolitik sein soll, dann sind sie mit Recht weg aus dem Nationalrat und haben dort nichts zu suchen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Das ist Marktwirtschaft.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das ist wirklich Klassenkampf pur und hat mit einer realen Wirtschaftspolitik, wie es im Jahre 2000 ist und dann noch weiter ins nächste Jahrtausend, nichts zu tun. Ich bin wirklich überrascht. Sie unterrichten doch Wirtschaftkunde, wenn ich richtig informiert bin?

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Singen!

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Mir tun die Kinder Leid.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nächster zu Wort gemeldet ist Kollege Payrleithner. Bitte sehr.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Noch einen Satz zu den Ausführungen von Herrn Vzbgm. Pfeil. Es ist mir wirklich ein Anliegen, nicht nur dass ich das manchmal nicht verstehe Frau Kollegin Frech, ich glaube, und das ist auch wichtig, dass man das hier herinnen einmal sagt. Es ist sehr wohl, und zum Unterschied von ihnen, bin ich zumindest der Meinung, eine der ganz wichtigen Aufgaben der Stadt, der Kommunen und der Gemeinden und wer immer auch, der politisch tätig ist und Verantwortung für die Bürger übernommen hat, dass er sich dafür einsetzt, dass natürlich Arbeitsplätze entstehen. Sie wissen ganz genau, dass es halt so ist, dass man auch Geld in die Hand

nehmen muss. Es genügt nicht nur das gute Facharbeiterpotential, das Umfeld und die Infrastruktur usw., aber es ist halt leider heute so, dass man auch Geld in die Hand nehmen muss. Erstens gehen die Betriebe dort hin, wo sie dann vielleicht noch mehr Geld bekommen, aber das ist leider heute so. Wir haben ja diese Beträge, ich habe das auch schon ein paar Mal gesagt, die wir im BMW oder im MAN oder im SNF oder SKF oder wie sie alle heißen, die hier Gott sei Dank in den letzten Jahren in Steyr investiert haben, ja bitte schon um ein vielfaches längst wiederum hereinbekommen und der Finanzminister hätte ich fast gesagt ...

Gelächter

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

... weiß sicher davon ein Lied zu singen, dass es auch oft ganz schön im Geldsackerl klingelt, wenn wieder aufgrund der guten Konjunktur und die 400 Leute, die wir alleine bei SNF in den letzten Monaten eingestellt haben, ja ordentliche Beträge wieder hereingekommen sind. Wenn ich mir den Herrn Peter, der einmal Abgeordneter bei euch war, oft so anhöre was der so über die liberale Wirtschaftspolitik predigt, der soll einmal da herkommen und sich anhören, was sie da „verzapfen“.

Gelächter

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Der weiß das, der kennt mich.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Der hat einmal vor nicht allzu langer Zeit, ich habe den Artikel glaube ich sogar herinnen, da war er noch im Parlament tätig, den öö LIF Abgeordneten Mandataren, recht viele sind es ja eh nicht, also nehme ich an, dass da sie auch dazu gehören, empfohlen, dass sie zuerst darüber nachdenken sollen und dann erst den Mund aufmachen sollen. Ich glaube, in diesem Zusammenhang kann man da wirklich den Herrn Peter nur noch einmal zitieren.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Hoflehner. Bitte.

GEMEINDERAT ING. KLAUS HOFLEHNER:

Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kollegen. Die freiheitliche Partei ist selbstverständlich für die Unterstützung dieser Firma. Was soll denn der Herr Mag. Lemmerer auch sagen

- „Ihr seid zu erfolgreich!“ - oder was soll er denn sagen? Was glaubt du, Michaela, wenn er ihnen das Geld nicht gibt, was dann ist? Was werden die machen? Die gehen woanders hin, wo sie eben Förderungen bekommen. Natürlich werden sie das machen, das ist ganz klar. Ich muss wirklich sagen, ich bin sprachlos, jetzt haben wir 4 Punkte. Du bist wie eine pathologische Hasserin aller unserer Punkte, die wir heute besprochen haben.

Gelächter

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

GEMEINDERAT ING. KLAUS HOFLEHNER:

Das ist unfassbar. Mir fehlen wirklich die Worte. Ich habe einmal mit dir gemeinsam etwas gemacht und ich frage mich wirklich, warum ich das gemacht habe. Da geht es um Forum, da will Braunsberger, Röber, Millionen investieren und du bist grundsätzlich dagegen. Da werden Arbeitsplätze geschaffen. Die sollen das verschieben, auf irgendwelche Verkehrskonzepte, bis die irgendwann einmal gemacht werden. Was ist denn das bitte? Wir sind doch als Politiker da um Probleme zu lösen und nicht irgendwelche zu machen. Wir müssen welche lösen, wir müssen mit der Schaufel wegbaggern, aber nicht den Unternehmen, die etwas investieren, Probleme hinlegen, so wie du es machst bei Punkt 1) und 2), Röber und Forum. Genauso der Punkt 3), das geht absolut in die richtige Richtung, diese Neuerlassung der Statute. Das geht in die richtige Richtung. Da kann ich doch nicht dagegen sein. Natürlich könnten wir es noch viel besser machen, aber der Schritt ist der richtige Schritt in die richtige Richtung und am Mond sind sie auch nicht an einen Tag geflogen. Da haben sie viel entwickelt und dann, irgendwann, waren sie dort und das ist der richtige Schritt. Das wäre es im Wesentlichen. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Frau Kollegin Frech zum zweiten Mal.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen. Also, gegen eines möchte ich mich schon sehr verwehren lieber Klaus Hoflehner, erstens einmal kenne ich das Wort „Hass“ nicht im Zusammenhang von Gemeinderatsanträgen, sondern mir geht es darum, einfach wirklich Tagesordnungspunkte von allen Aspekten zu sehen. Es ist halt nicht immer alles so schwarz oder alles so weiß. Ich versuche halt ein bisschen die Grautöne hineinzubringen. Das ist sehr unangenehm da herinnen. Das habe ich auch schon bemerkt. Manche Diskussion wäre heute wahrscheinlich gar nicht geführt worden, wenn ich mich nicht zu Wort gemeldet hätte. Aber das ist auch Demokratie. Demokratie kostet Zeit, Demokratie kostet Geld und bedeutet auch Diskussion. Das ist der eine Punkt.

Der andere Punkt ist, ich glaube, ganz im Gegenteil, es wäre sehr naiv zu glauben, dass BMD, hätten sie diese S 715.000,- von uns nicht bekommen, tatsächlich seine 35,7 Millionen Schilling woanders investiert hätte. Für BMD sind diese S 715.000,- völlig irrelevant. Warum sie trotzdem darum ansuchen ist, weil man es einfach machen muss und weil man es tut. Ich kann ihnen nur eines sagen, oder dir, lieber Klaus, im Anschluss damals an die große Debatte mit BMW, hatte ich ein langes Gespräch mit dem Vorstandsdirektor, wo wir genau über dieses Thema diskutiert haben, wo er mich persönlich zu sich zitiert hat, warum ich gegen diese Förderung bin, bin ich leicht gegen BMW. Am Schluss dieses ungefähr einstündigen Gespräches hat er eigentlich gesagt, na ja, im Prinzip haben sie eh Recht, aber man muss es halt probieren und man muss halt Subventionen auch ausschöpfen, aber im Prinzip habe ich Recht, man muss sich auch Gedanken darüber machen, ob nicht das Geld auf der anderen Seite fehlt. So ungefähr in die Richtung ist das Gespräch verlaufen. Wortwörtlich kann ich es sicherlich nicht mehr zitieren.

Ich finde es sehr bedenklich, Kollege Payrleithner, auf ihre Äußerung möchte ich gar nicht näher eingehen, nur soviel, es ist völlig klar, gerade bei liberaler Wirtschaftspolitik, dass es nicht um Förderungen geht, nicht um Subventionen geht, sondern, dass es um klare, einheitliche, positive Rahmenbedingungen für alle Unternehmen geht. Da sind wir sicherlich als Gemeinde nicht das geeignete Gremium, da wäre sehr viel Handlungsebene auf Bundesebene.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Herr StR Mayrhofer hat sich auch noch zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich muss jetzt wirklich auch einmal Stellung nehmen, weil sonst sieht es aus, dass die Wirtschaft von mir, als Vertreter, überhaupt nicht verteidigt wird. Für mich ist die ganze Diskussion, seid mir nicht böse, so sinnlos und verrückt, dass es fast schade ist darauf zu antworten. Weil so kann es ja bitte nicht gehen. Sie haben bis jetzt bei allen Punkten, wo Private oder eine Firma investiert und gutes Geld in Steyr investiert und nicht nur Arbeitsplätze im eigenen Betrieb schafft, sondern natürlich auch in den Zulieferfirmen, die den Bau machen, welche die Installationen usw. machen, dagegen gestimmt. Wenn sie glauben, dass wir uns als Betriebsstandort, und vor allem jetzt im Hinblick auf den Gewerbepark in Dornach, bitte schön profilieren können mit der Methode, wer einen Gewinn macht bekommt keine Unterstützung von öffentlicher Hand, von unserer Seite, ja bitte, wer soll den investieren, wenn nicht Betriebe die Gewinn schreiben und die gut dastehen. Marode Firmen bitte schön können nicht investieren, das ist vielleicht ein Verlängern des Leidens. Hier spreche ich mich auch gegen eine Subvention aus. Eine Subvention gehört dann bitte schön, wenn solides Fundament in einer Firma da ist, auf dem aufgebaut werden kann. Das ist eine vollkommene Verkennung von einer gesunden Wirtschaftspolitik.

Man muss ehrlich sagen, wenn so etwas Wirtschaftskunde unterrichtet, bitte schön mit so einer Meinung, dann ist das vollkommen falsch.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich finde es auch sehr positiv, wenn ein Unternehmen positiv arbeitet, dass das Unternehmen dafür etwas bekommt. Wenn es zusätzliche Arbeitsplätze schafft, und Bautätigkeiten macht, dann ist das für die allgemeine Wirtschaft, für alle Professionisten, wertvoll und das kann ich nicht kritisieren. Dafür gehört eine Belohnung. So werden sich auch Betriebe ansiedeln. Betriebe können sich nur ansiedeln, wenn sie ein Rückgrat haben, d. h., wenn sie positiv wirtschaften und nicht negativ, weil dann sind sie unglaubwürdig. Aber das Schlusswort kommt glaube ich noch. Bitte, Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren, ich habe gar nicht geglaubt, dass das so eine tiefschürfende Diskussion wird. Also, grundsätzlich würde ich mir als Finanzreferent der Stadt wünschen, dass alle Betriebe so gut dastünden, wie der betreffende gegenständliche Betrieb, für den wir heute eine Förderung beschließen werden. Wären nämlich alle so gut drauf, dann bräuchten wir die Wirtschaftsförderung nicht machen, weil dann hätte die Frau Frech Recht. Nachdem das aber nicht der Fall ist und die meisten Betriebe sehr wohl darauf angewiesen sind, sozusagen als Einstiegsdroge, als Mithilfe und als Türöffner für solche Investitionen auch die öffentliche Förderung, die es dafür gibt, in Anspruch zu nehmen, werden wir das wohl beibehalten müssen. Auch dann, wenn es ein paar Betriebe, Gott sei Dank, gibt, die hier eben gute Erträge haben. Wenn wir nämlich die jetzt ausnehmen würden, dann kommt es wirklich zu der von irgendeinem Kollegen gesagten Bestrafung derer, die gut unterwegs sind. Abgesehen davon weiß man ja eh nicht, wie lange die positive Strähne anhält, weil selbst die renommiertesten Unternehmungen kommen von Zeit zu Zeit möglicherweise in Schwierigkeiten. Wir haben gerade so eine, an sich unerlaubte, Diskussion gehabt, während da noch die Debatte gelaufen ist. BMW z. B., Sterbehilfe wäre das, hat Herr Dr. Pfeil gesagt, wenn wir es einem geben, der eh schon sozusagen so schlecht beieinander ist. BMW hat z. B. eine solche Phase gehabt, so blühend und prächtig sie dastehen bei uns in Steyr und Gott sei Dank, aber ich kann mich lange genug erinnern. Ich habe mich von Berufswegen mit dieser Materie beschäftigt. BMW war einmal so klein beieinander, dass sie einen Kabinenroller gebaut haben, wo wir beide, Frau Kollegin Frech, schlecht Platz gehabt hätten, so klein war der.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

So klein war der und nicht solche Aufsteigerautos und Karossen wie sie heute bauen. Damals hat der Franz Josef Strauss, da bin ich nicht verdächtig einen Partefreund zu haben, vom Bayrischen Staat 600 Millionen Mark locker gemacht und das ist jetzt fast 30 Jahre aus und das war damals ein „Schweinegeld“. Zusammen mit einem richtigen Konzept und mit dem Durchstarten dieses Unternehmens kann man sagen, im übertragenen Sinn, sind wir zu einem Motorenwerk, Jahre später, in Steyr gekommen. Es ist nicht so einfach und schwarz-weiß kann man die Dinge nicht sehen. Ich glaube, dass wir eine Freude daran haben können, dass es zwei Softwarehäuser in Steyr gibt,

Systema auf der einen Seite und am anderen Eck der Stadt die BMD, die in einem ungeheuer zukunftsorientierten Bereich so die Nase vorne haben und das Geschehen erfasst haben und so expandieren und natürlich auch sehr gute Steuerzahler sind. Wissen sie, gerade diese beiden Unternehmen bringen uns die S 715.000,-- schnell wieder herein, das können sie mir glauben. Es ist also aus der wirtschaftlichen Sicht einer Investition, die wir in Form dieser Förderung für diesen Betrieb tätigen, durchaus sinnvoll und daher glaube ich also, dass man das von der Seite auch sehen muss.

Ein Ding möchte ich noch zurechtrücken, weil sie mit dem zweiten Fuß auf die Tränendrüse im Sozialbereich gedrückt haben. Ich muss schon sagen, wir sollten uns über die Größenordnungen im Klaren sein. Wir geben also für die Wirtschaftsförderung, einschließlich der Großförderung, im Durchschnitt im Jahr, etwa 10 Millionen aus, einschließlich der Großförderungen, BMW, Ausbaustufen und solche Dinge mehr. Wir geben im Sozialbereich ungefähr ein Drittel unseres Budgets aus und das sind also hunderte Millionen. Also, wenn man sagt, wir haben gerade nicht das Geld für diese Betreuung oder für jenes noch, dann stimmt das vielleicht schon, weil uns ja ununterbrochen was Neues einfällt. Aber die Gesamtschau sollte man nicht verlieren. Wir geben weitaus die größeren Beträge im sozialen Bereich aus, gemessen an unserem Budget, gegenüber der Wirtschaftsförderung. Das muss also in aller Deutlichkeit bei dieser Gelegenheit auch einmal gesagt werden und ich bitte nunmehr um ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Wer ist dagegen? Wer übt Stimmenthaltung? 1 Stimmenthaltung (LIF). Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Danke, der nächste Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag beschäftigt sich mit der Übertragung nicht beanspruchter, beschlossener Vorhaben vom Finanzjahr 1999 in das Finanzjahr 2000. Es ist hier der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat zu beschließen.

5) Fin-120/99

Übertragung nicht beanspruchter, beschlossener Vorhaben vom Finanzjahr 1999 in das Finanzjahr 2000.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung Buchhaltung, Kassa und Lohnverrechnung vom 6. März 2000 werden die in der Beilage angeführten Kreditüberschreitungen im ordentlichen Haushalt in Höhe von S 13,216.300,-- und im außerordentlichen Haushalt in Höhe von S 50,140.400,--, in Summe S 63,356.700,-- genehmigt.

Die Deckung der Kreditüberschreitungen erfolgt durch die im ursprünglichen Antrag vorgesehenen und beschlossenen Mittel. (Beilage)

Ich bitte auch hier um allfällige Debatte bzw. um ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Stimmenthaltung? Eine Enthaltung (LIF). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Letzter Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag beschäftigt sich mit dieser sehr attraktiven neuen Veranstaltung, zum zweiten Mal, europäische Wissenschaftstage 2000 in Steyr. Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

6) Präs-372/99

Europäische Wissenschaftstage 2000 in Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund der im Amtsbericht der Magistratsdirektion beinhalteten Darstellung über die diesjährige Durchführung der „Europäischen Wissenschaftstage in Steyr 2000“ wird entsprechend dem vereinbarten Finanzierungsschlüssel zwischen dem Bund, dem Land Oberösterreich und der Stadt Steyr dem Anteil der Stadt in Höhe von öS 1.000.000,-- zugestimmt. Zur Auszahlung dieses Finanzierungsbeitrages wird bei der VASSt. 1/289000/757200 ein Betrag in der Höhe von öS 900.000,-- freigegeben und ein Betrag in der Höhe von öS 100.000,-- als Kreditüberschreitung genehmigt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Um der Frage nach dieser Kreditüberschreitung, im Ausmaß eines Zehntels dieses Betrages, gleich vorzugreifen, möchte ich sagen, dass natürlich die Budgetierung eine Sache ist, bei dem Betrag von 6 Millionen Schilling, die oberhalb unseres Ferns basiert, und dass die Grundsatzvereinbarung auf diesem Sechstel basiert. D. h. nicht, dass wir jede Entwicklung da sozusagen stillschweigend und duldend mitmachen, aber es hat sich nach der ersten Veranstaltung ergeben, dass diese Größenordnung erforderlich ist und ich bitte sie sehr, im Hinblick auf die Ausbaufähigkeit dieser Veranstaltung, die erst in Wirklichkeit ihre volle Wirkung entfalten wird, wenn wir sie mehrmals durchführen, diesem Antrag ihre Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Frau Mag. Frech bitte sehr.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Selbstverständlich werde ich diesem Antrag meine Zustimmung geben, begrüße ich es doch sehr, dass diese Wissenschaftstage stattfinden. Eine Frage möge mir aber trotzdem gestattet sein, nachdem dieser Antrag in keinem Gremium vorbehandelt worden ist. Auch wenn sie finden, Herr Kollege Mayrhofer, dass so etwas wie ich nicht Wirtschaft unterrichten sollte, so weiß ich doch über Budgetgrundsätze Bescheid. Einer der Budgetgrundsätze lautet an sich, dass man jene Einnahmen und Ausgaben, die im nächsten Voranschlagsjahr, im nächsten Geschäftsjahr, stattfinden, in voller Höhe angibt, wenn man schon weiß, dass sie in dieser Höhe stattfinden. Ich frage mich eigentlich, warum ist nicht gleich eine Million Schilling in den Voranschlag 2000 hineingekommen, weil ich bereits, ich selbst sogar, als kleine Mandatarin, seit Anfang Juli weiß, dass die Wissenschaftstage für das Jahr 2000 eben genau 6 Millionen Schilling ausmachen werden. Auch damals gab es schon diese Lösung mit der Beteiligung. D. h., bereits Anfang Juli letzten Jahres wusste man, dass die Kosten für die Stadt eine Million Schilling sein werden. Da ist nur einfach meine Frage: „Warum hat man das nicht in das Budget hineingenommen?“

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ein kurzes Schlusswort bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Frau Kollegin Frech, ich habe ja voriges Jahr, wenn sie sich erinnern, da haben sie ja auch damals diese ähnliche Frage gestellt, wie wird das dann weiter gehen, dann wird ja immer wieder usw., gesagt, natürlich, weil eine Serienveranstaltung geplant ist. Das ist ja der Vorteil. Für eine Veranstaltung würde ich nicht plädieren, einen so großen Betrag von 1 Million locker zu machen, sondern wir streben ja an, eine Veranstaltung zu haben, obwohl man das nicht direkt in den Mund nehmen sollte und auch keine Vergleiche praktizieren sollte, als eine ähnliche Veranstaltung, die in Tirol seit Jahrzehnten stattfindet, so etwas daraus zu machen. Die Chancen sind durchaus gegeben und immerhin sind die größten Wissenschaftler die Patrone dieser Veranstaltung. Das haben wir alles diskutiert. Ich glaube, dass das eine großartige Chance für unsere Stadt ist und dass es das Geld wert ist, dass wir da einsetzen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Das stellt niemand außer Frage.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ihre Frage kann ich nur so beantworten. Ich habe es eh versucht. Aber zu dem Zeitpunkt, als wir das Budget gemacht haben, haben wir das von den 6 Millionen noch nicht gewusst, sondern da war ein Betrag von etwa 5,6 Millionen Schilling im Gespräch, so wie im vergangenen Jahr. Es hat sich erst zu einem späteren Zeitpunkt das ergeben,

sonst hätten wir eine Million hineingeschrieben. Das hätte ja keiner wahrscheinlich als Stein des Anstoßes beim Budget empfunden. Wir haben aber jetzt festgestellt, dass dieser Betrag erforderlich ist und daher bleibt uns gar nichts anderes übrig, als eben auf diese Million aufzustocken. Das tun wir so zeitgerecht wie möglich, weil wir nicht den Eindruck erwecken wollen, an uns soll die Veranstaltung vielleicht scheitern und wegen den S 100.000,- vielleicht eine große Streiterei da beginnen. Ich bin schon herzlich froh, sage ich bei der Gelegenheit, wenn uns die großen Wissenschaftler, die da aus dem Ausland erwartet werden, Starvorträge halten, wie der aus Großbritannien, welcher der Weltbiologenkongressvorsitzende ist, oder so etwas und über Gentechnik reden wird, wenn die hoffentlich alle kommen. Ich werde also keinen Beitrag leisten, dass das nicht passiert, sondern alles tun, damit das ja passiert. Daher bitte ich das zu verstehen und dem Antrag zuzustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nun kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

Ich bedanke mich beim Bürgermeister für die Berichterstattung und würde dem Gemeinderat eine Pause von 20 Minuten vorschlagen.

PAUSE VON 17.00 BIS 17.30 UHR

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren, wir nehmen unsere Sitzung wieder auf. Nächste am Wort ist Frau Vizebürgermeisterin Mach. Ich erteile es ihr.

BE: VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. In meinem ersten Antrag geht es um die Verlustabdeckung des APT im Jahr 2000. Ich möchte gleich zu Beginn allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des APT für ihre Leistungen danken. Ich glaube, es ist auch im Jahr 1999 wieder sehr viel zum Positiven geschehen. Sie haben eine Liste gehabt, die sie sich vorgenommen haben und es sind auch alle Punkte umgesetzt worden. Ich glaube, es gebührt wirklich ein großes Dankeschön vom Heimleiter über die Pflegedienstleitung und allen Mitarbeiterinnen.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

7) Fin-100/99

APT; Maßnahmen zur Verlustabdeckung 2000.

Zur Liquiditätssicherung des Alten- und Pflegeheimes Tabor werden die im Budget 2000 vorgesehenen Mittel zur Verlustabdeckung des o. H. bei der Voranschlagsstelle 1/420000/759200 in Höhe von S 17.000.000,-- und des ao. H. bei der Voranschlagsstelle 5/420000/775000 in Höhe von S 2.000.000,-- grundsätzlich freigegeben. Grundsätzlich hat die Auszahlung nur im für die Liquidität erforderlichen Ausmaß, in Abstimmung mit dem Geschäftsbereich für Finanzen, zu erfolgen.

Ich ersuche um Zustimmung für diesen Antrag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen. Natürlich werden wir dem Antrag notgedrungen, über die Verlustabdeckung, S 19.000.000,-- APT im Jahr 2000, zustimmen. Wir haben heute schon einmal an einer anderen Stelle gesprochen, dass ca. 1/3 unseres Haushaltes im Sozialbereich oder in Sozialbereiche fließen, Tendenz stark steigend. Wir haben auch schon vor Jahren auf diesen Umstand hingewiesen, und auch hier, besonders bei der Ausgliederung im Bereich APT darauf hingewiesen, dass eine Verselbstständigung des Bereiches APT notwendig wäre um auch hier wirtschaftlich zu denken, nicht nur sozial, sondern auch wirtschaftlich. Wenn man hier private Anbieter und öffentliche Anbieter in diesem Bereich vergleicht, so kommt man auf die Tatsache, dass private Anbieter zum gleichen Tagessatz anbieten können wie die öffentliche Hand. Wenn man noch die Sozialhilfebeiträge dazu gibt, dann kann ein privater Anbieter bei gleicher Qualität kostendeckend arbeiten. Dieses Ziel müsste die Stadt Steyr vor Augen haben. Auch im Sozialbereich muss man hier notwendige Umstrukturierungen vornehmen und auch diesbezügliche Aktivitäten setzen. Im Steyrer APT ist es nicht geschehen. Es gibt heute Standards über die Qualität, gerade im Alten- und Pflegebereich, daher kann man leicht über die Qualität diskutieren und hier Vergleiche heranziehen. Wir haben heute schon sehr viel über Dringlichkeit gesprochen. Es wurde zum Vorwurf gemacht, dass wir einen Dringlichkeitsantrag einbringen. Ich erinnere mich daran, dass die SPÖ einen Dringlichkeitsantrag zum APM hier eingebracht hat, ohne dass er irgendwo vorbereitet gewesen wäre. Ein Dringlichkeitsantrag im GR. Ich erinnere auch daran, dass die Vergabe der sogenannte Wartehäuschenverträge an den SP-nahen Werbering im StS in dieser Form vergeben worden ist. Ich erinnere auch daran, dass ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Das hat ja mit dem APT nichts zu tun.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich komme gleich wieder auf das APT zurück - dass auch hier Reithofferankauf S 10.000.000,- mit Dringlichkeit beschlossen worden ist. Ich erinnere auch daran, dass der Vertrag mit dem LKH, Parkdeck, vorher nicht eingesehen werden konnte und die ganzen Probleme im Umfeld mit diesem Vertrag nicht vorher besprochen werden konnten. Insofern ist es absolut notwendig, wenn man solche Verlustzuweisungen gibt, dass man auch vorher darüber diskutiert. Gerade im Sozialbereich ist es absolut notwendig, dass man sich hier neue Strukturen überlegt, weil gerade im Hinblick auf APM, und wir werden heute noch darauf zurückkommen, was mir beim APM bis heute fehlt, eine Kostenrechnung, mit welcher Summe die Stadt Steyr, der Steuerzahler, damit belastet ist. Ich hoffe, dass ich heute hier eine Antwort bekomme.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Da hast du dir aber das Buch nicht angesehen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Kollegin Freimund bitte.

GEMEINDERÄTIN MONIKA FREIMUND:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ich wollte mich eigentlich heute überhaupt nicht zu Wort melden, weil schon sehr viele Wortmeldungen gefallen sind, aber der Herr Dr. Pfeil reizt mich immer wieder dazu, ein Wort zu sagen. Es fasziniert mich immer wieder, ich denke mir, es geht doch um den Wert des Menschen und nicht um Zahlen und Fakten. Es ist schon wichtig, dass man einen Abgang von einem Alten- und Pflegeheim so gering als möglich halten soll. Ich weiß nicht, wann sie das letzte Mal im APT waren. Ich habe vor kurzem das Vergnügen gehabt, statt der Frau Vzbgm. Mach, Geburtstagsglückwünsche dort zu überbringen, an einen 80jährigen Herren und an eine 85jährige Dame. Die Dame war leider im Krankenhaus. Es hat mich einfach wirklich sehr gefreut, dass sich die Menschen dort wohl fühlen, aufgrund des Heimpersonales die wirklich sehr engagiert und auch in ihrer Freizeit mit den alten Menschen dort etwas unternehmen, die oft nämlich auch keine Angehörigen mehr haben. Die nehmen ihre eigene private Freizeit dafür her, dass sie etwas planen, damit sie am Wochenende mit ihnen Ausflüge usw. machen. Da halte ich sehr, sehr wenig davon, alles zu privatisieren, alles in fremde Hände zu geben. Ich denke mir, die Leute sind dort wirklich sehr, sehr gut aufgehoben und wir sollten es ein bisschen mehr mit den Grundsätzen halten, wie es z. B. in einem anderen Kontinent, in Afrika, üblich ist. Da werden nämlich die alten Menschen als die weisen Menschen behandelt und würdig behandelt. Das geht mir da wirklich ab und zu ab. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlusswort Frau Referentin.

VICEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Fakt ist für mich, dass eigentlich der Herr Vizebürgermeister immer das Wort zur Sache vergisst. Es geht nur um das APT, es geht um kein Parkhaus, er verwechselt wirklich Äpfel mit Birnen. Ich hab es letztes Mal gesagt, da haben wir von der Jugend gesprochen und er hat über die Vorwärts gesprochen. Da ist es auch eigentlich um die Abdeckung für Jugendangelegenheiten gegangen. Ich würde schon sagen, die Menschen dort oben haben einen Altersdurchschnitt von 83 bis 85 Jahren. Wir haben ein Sozialhilfegesetz, das sagt, Leute auf Pflegestufe 3. Wir wissen alle, dass zur Zeit sehr schwere Fälle im Hause sind. Wenn ich nur ein bisschen rechne, auch die mit der höchsten Pflegestufe 7, da gibt es einen Pflegeschlüssel, da brauche ich nur rechnen, was verdient eine Person und wie viele Stunden muss ein Mensch betreut werden, wenn ich das 1:1 sehe. Da brauche ich nicht viel rechnen, sondern ich weiß, dass mir eine Person zu wenig ist, weil der Mensch muss viele, viele Stunden betreut werden. Das höchste Pflegegeld sind S 21.074,- und das bekommt die Person zwölfmal. Wenn man nur das hochrechnet, was eine Mitarbeiterin kostet, dann weiß ich, dass ich bei einer Person, bei einer Bediensteten, einen gewissen Abgang habe, weil das kann ich mir rechnerisch festlegen. Darum ergibt sich auch der Abgang, weil wir immer schwerere Pflegefälle im APT haben.

Eines ist natürlich auch so, kostendeckend kann ein privates Haus auch nicht arbeiten. Die Sozialhilfeverbände, und das ist halt der Bezirk Steyr Stadt selbst, muss den Abgang bei jedem decken. D. h., ich habe jetzt sehr viele ältere Menschen die Mindestpensionisten sind, mit der Ausgleichszulage, ich brauche euch auch nicht sagen, was heute die Pension ist, dass da natürlich der Tagessatz ein anderer ist. Ich möchte gerne einmal das Beispiel sehen, wie ein Mindestpensionist in ein Haus gehen kann und selbst

S 25.000,- Monatssatz zahlen kann. Das geht einfach nicht und das muss der Sozialhilfeverband ganz einfach abdecken. Da kann ich hin und her rechnen, wir sind verpflichtet, das ist die andere Seite. Das Sozialamt deckt den Abgang. Es hebt sich halt auf, es bleibt eben bei uns in der Stadt Steyr hängen.

Eines möchte ich natürlich auch sagen, dass notwendige Maßnahmen, Unvorhergesehenes, getätigt werden müssen, wenn etwas kaputt wird. Wir haben wirklich eine ausführende Aufklärung vom Verwalter im Ausschuss gehabt. Also, es ist nicht so, dass man nicht weiß, woher sich der Abgang auf einmal bewegt. Er hat es uns im Verwaltungsausschuss mitgeteilt, wir haben lange darüber diskutiert und jeder, der im Verwaltungsausschuss tätig ist, ist informiert worden. Es ist nicht aus dem heiteren Himmel gekommen. Es war auch für mich nicht angenehm, wie ich das gehört habe, aber wir sind aufgeklärt worden, warum sich das so zusammensetzt.

Eines muss man auch noch sagen, dass der Heimleiter auf die Wirtschaftlichkeit bedacht nimmt. Das möchte ich auch in diesem Raum sagen und alle, die im Verwaltungsausschuss tätig sind, können das bestätigen. Er schaut, wo sind Einsparungsmaßnahmen möglich, ohne dass ein Qualitätsverlust vorhanden ist. Ich glaube das ist auch wichtig, dass die Qualität nicht darunter leidet, wenn ich heute Einsparungen vornehme.

Die Kollegin Freimund hat es schon gesagt, man sollte die Würde des Menschen nicht vergessen. Dass die Menschen wirklich zum Teil eine Begleitung brauchen die keine Angehörigen mehr haben, die sich um sie kümmern oder Angehörige haben, die halt sehr wenig auf Besuch kommen. Die Menschen sind wirklich sehr dankbar, wenn man sie besucht. Ich kann wirklich sagen, ich bin jede Woche am Freitag im APT oben und ich gehe auch sehr viel durch das Haus. Die Menschen sind motiviert, sie sind gut

aufgelegt und fühlen sich im Hause wohl. Das ist für mich das Faktum wo ich sagen muss, wenn ich heute ein Haus betreibe, wo ich alte Menschen als Bewohner habe, dann ist es oberste Priorität, dass sie sich im Hause wohl fühlen.

Ich ersuche den Gemeinderat um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen. Nr. 8) bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Der nächste Antrag behandelt die alljährliche Brennstoffaktion für einkommensschwache Personengruppen für das Jahr 2000.

Der Antrag des Stadtsenates an den GR lautet:

8) SH-58/2000

Brennstoffaktion für einkommensschwache Personengruppen im Jahr 2000.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Zur Durchführung der Brennstoffaktion 2000 wird der Betrag von

S 850.000,--

(Schilling achthundertfünfzigtausend)

aus den bei der VSt. 1/429100/403000 präliminierten Mitteln freigegeben.

Die Brennstoffaktion ist nach Maßgabe des Amtsberichtes der Fachabteilung für Soziales vom 10. Februar 2000 durchzuführen. Die stadträtliche Referentin ist ermächtigt, wie in den Vorjahren in berücksichtigungswürdigen Fällen bei Richtsatzüberschreitungen Sondergenehmigungen zu erteilen.

Ich ersuche auch hier um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der Antrag steht zur Debatte. Wünscht jemand das Wort? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke, das war einstimmig. Nr. 9) bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Im nächsten Antrag geht es um die Aufstockung der Mobilen Hilfe und Betreuung. Es wurde auch im Sozialausschuss behandelt. Ich möchte vorab sagen, wir haben ja eine Vorschreibung vonseiten des Landes und die beinhaltet, dass wir im heurigen Jahr insgesamt 18 Altenbetreuerinnen in Steyr haben sollen. Die Aufstockung ist für 2 Personaleinheiten im Budget vorgesehen. Die Verteilung ist so vorgenommen worden, dass die drei vorhandenen Organisationen jeweils eine 30-Stundenkraft bekommen. Das ist im Amtsbericht auch ausführlich beschrieben.

Der Antrag lautet:

9) SH-Erl.-2200/90

Mobile Hilfe und Betreuung, Aufstockung der Personalkapazitäten.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Soziales vom 02.03.2000 wird eine Personalaufstockung im Ausmaß von je 30 Stunden pro Woche bei den drei Anbietern der Mobilen Hilfe und Betreuung:

dem Verein Miteinander/Mohi, Arbeiterstraße 39,

der Steyrer Heimhilfe und Hauskrankenpflege, Hanuschstraße 1,

sowie der Volkshilfe OÖ, Punzerstraße 39,

ab 01.04.2000 genehmigt.

Ich ersuche auch hier um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Ist eine Wortmeldung gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr, das ist einstimmig beschlossen. Nr. 10) bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nr. 10) betrifft den Verein Tagesmütter, Subvention für das Jahr 2000.

Der Antrag lautet:

10) Fin-109/99

Verein „Aktion Tagesmütter“, Subvention für das Jahr 2000.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Jugendangelegenheiten vom 23.02.2000 sowie nach Beschlussfassung im Sozialausschuss wird dem Verein „Aktion Tagesmütter“ für das Jahr 2000 eine Subvention im Ausmaß von S 2.000,-- pro betreutem Kind und Monat, höchstens jedoch S 900.000,-- gewährt. Die monatliche Auszahlung richtet sich nach der Betreuungsdauer und der Anzahl der Kinder unter 3 Jahren.

Zu diesem Zweck wird bei der VSt. 1/439000/757000 ein Betrag von

S 900.000,--

(neunhunderttausend)

freigegeben.

Ich ersuche auch hier um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der Antrag steht zur Debatte. Ich sehe keine Wortmeldung. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr, der Antrag ist ebenfalls einstimmig beschlossen. Nr. 11) bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Im nächsten Antrag geht es um den Verein „Drehscheibe Kind“, um das Subventionsansuchen 2000.

Der Antrag des Stadtsenates an den GR lautet:

11) Fin-194/99

Verein „Drehscheibe Kind“; Subventionsansuchen 2000.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Jugendangelegenheiten vom 1.03.2000 sowie nach einstimmiger Beschlussfassung im Ausschuss für Soziale Angelegenheiten wird dem Verein „Drehscheibe Kind“ für den laufenden Betrieb der im Standort Steyr, Promenade 12, bestehenden „Kindergruppe Elefant“ für das Jahr 2000 eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention in der Höhe von

S 350.000,--

(Schilling dreihundertfünfzigtausend)

gewährt.

Zu diesem Zweck wird bei der VSt. 1/439000/757000 ein Betrag von

S 350.000,--

(Schilling dreihundertfünfzigtausend)

freigegeben.

Ich bitte auch hier um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wünscht hier jemand das Wort? Frau Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Zum einen möchte ich einmal betonen, wie wertvoll es ist, dass es auch private Kinderbetreuungseinrichtungen in Steyr gibt, die sehr, sehr viel wesentliche Arbeit leisten. Ich freue mich, dass die „Drehscheibe Kind“ die S 350.000,-- bekommen wird und stimme diesem Antrag selbstverständlich zu. Was mich weniger freut ist, das ist auch diese Debatte gewesen die wir im Sozialausschuss geführt haben, und ich möchte nicht, dass der Eindruck entsteht, dass ich diesem Amtsbericht vollinhaltlich zustimme, weil im Amtsbericht steht nämlich auch drinnen, dass nach Einvernehmen mit der Frau Vizebürgermeisterin sowie nach einstimmiger Beschlussfassung im Sozialausschuss vorgeschlagen wird, für die „Drehscheibe Kind“ keine Subvention zu gewähren, was die stundenweise flexible Betreuung anbelangt in der Kinderkrabbelstube. Da erkläre ich mich selbstverständlich nicht einverstanden damit, weil ich wäre sehr froh, wenn diese stundenweise flexible Kinderbetreuung auch seitens der Stadt Steyr finanziert werden würde. Deshalb, weil gerade die Kinderkrabbelstube eine Möglichkeit ist, Eltern sehr viele Sorgen abzunehmen, die gerade in Notsituationen kommen, die eben in der Früh plötzlich ein krankes Kind haben und nicht wissen, was sie mit dem kranken Kind tun sollen und sehr froh sind, wenn dann jemand kommt beispielsweise vom Verein „Drehscheibe Kind“ und das Kind zu Hause betreut. Das kann ein Kindergarten niemals leisten, das könnte er auch gesetzlich gar nicht. Von da her wäre ich sehr dafür, wenn wir es irgendwann einmal schaffen würden, wenn auch heuer nicht, so doch im nächsten Jahr, diese stundenweise, flexible Kinderbetreuung auch finanzieren zu können. Was für mich kein Argument ist, was im Amtsbericht drinnen steht, die S 350.000,-- deshalb zu gewähren, weil auch die vergleichbare Kindergruppe Kuschelbär die S 350.000,-- bekommt. Nichts gegen die Krabbelstube Kuschelbär, aber sie ist insofern nicht vergleichbar, weil sie, wie gesagt, diese stundenweise, flexible Betreuung nicht anbietet.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Frau Kollegin Reznar bitte.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Geschätztes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Die Frau Frech nimmt mir immer meine Themen, nehme ich an, weil ich wollte das im nächsten Sozialausschuss bringen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Das tut mir aber jetzt Leid!

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Es ist nämlich wirklich so, dass der Beschluss nicht einstimmig gewesen ist und es war eher eine unterschwellige Unterstellung, dass die stundenweise Betreuung der Kinder nicht subventioniert werden soll. Ganz im Gegenteil, ich habe mich immer dafür eingesetzt, dass die stundenweise Betreuung ein Thema ist und bei dem sollte es auch bleiben. Ich nehme schon an, dass irgendwann einmal diese Betreuung finanziert wird.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Schlusswort Frau Referentin.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Betreffend Sozialausschuss: Ich habe das im Stadtsenat schon gehört, dass es nicht einstimmig war. Ich hätte das Thema heute nicht mehr im GR angeschnitten. Moment. Die Frau Frech ist ja nicht stimmberechtigt. Ich möchte jetzt schon sagen, Frau Reznar, der Herr Vizebürgermeister hat gesagt, im Sozialausschuss wird drübergefahren und wird nicht abgestimmt. Faktum ist, dass das eine Lüge ist. Ich habe mir das Band angehört. Wir haben eine Diskussion gehabt, das stimmt. In der Diskussion haben wir gesagt, für die stundenweise Betreuung ist kein Geld beinhaltet, es ist rein das Geld für die Kindergruppe, für die Vorkindergartengruppe. Mit dem war dann die Diskussion beendet.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Dann dürfen sie es aber nicht in einen Topf werfen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich habe mir dann das Band angehört und da ist wörtlich mein Schlusswort drinnen: „Gibt es sonst noch eine Wortmeldung? Nein, damit kommen wir zur Abstimmung über

den Betrag von S 350.000,--. Wer damit einverstanden ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Einstimmig angenommen, danke.“ Das war wortwörtlich vom Tonband. Sie können es sich ruhig anhören. Darum lasse ich mich nicht hinstellen, dass ich nicht abgestimmt habe. Es ist schlichtweg eine Lüge und das nehme ich einfach nicht hin.

Zu der stundenweisen Betreuung. Ich habe gestern z. B. mit der Frau Niedler ein konstruktives Gespräch geführt. Ich habe ihr auch meine Situation dargelegt und habe gesagt, Frau Niedler, verstehen sie mich bitte, wir sind auch gezwungen Einsparungsmaßnahmen in verschiedenen Bereichen vorzunehmen. Dann hat sie gesagt, ich weiß, dass sie sich sehr für die sozialen Belange einsetzen, aber, ich bin auch bemüht, einen anderen Weg jetzt zu finden. Sie hat mir da etwas anderes vorgestellt. Ich habe gesagt, ich mache sie aber darauf aufmerksam, ich kann etwas Neues nicht mehr subventionieren, weil ich habe wirklich jetzt Bereiche, wo ich wahrscheinlich kein Geld mehr bekomme. Ich sage es da genauso, wie ich es ihr beim Sprechtag gesagt habe. Dann hat sie mir das geschildert was sie umsetzen möchte und wo sie eine Möglichkeit sieht, dass sie das auch wirtschaftlich führen kann. Ich habe gesagt, sie wissen, ich bin für ihre Einrichtungen immer sehr positiv eingestellt und es freut mich, wenn es von anderer Seite auch so ist. Es war nicht immer so, ich denke da am Anfang zurück, wo ich sehr Negatives gehört habe, gerade von der F-Fraktion. Wir haben das Gespräch jetzt so geführt, dass sich die Frau Niedler, wie bei den Mobilien Diensten, auch mit den Vorkindergärteneinrichtungen, das ist der Kuschelbär und die Tagesmütter, eigentlich alle, die privaten Organisationen, dass sie so eine Art Zusammenkunft machen, die Probleme besprechen. Ich habe sogar dazu angeregt, da war der Herr Reder dabei, dass auch vonseiten des Jugendamtes jemand dabei ist, für Jugendangelegenheiten, damit wir alle am gleichen Wissensstand sind. Ich glaube, man kann das in einem ordentlichen Gespräch alles auf die richtigen Beine stellen. Soweit sind wir verblieben, dass ich gesagt habe, man muss eine Möglichkeit finden, dass man auch Leute motiviert, die ehrenamtlich mitarbeiten und sie hat sehr viele Leute. Ich möchte dem hohen Gemeinderat mitteilen, auch das Jugendamt hat einen Aufruf für ehrenamtliche Mitarbeiter gestartet. Mir hat der Herr Reder einen kurzen Bericht geschickt und da heißt es, dass sich 24 Personen freiwillig gemeldet haben, die ehrenamtlich für Jugendangelegenheiten mitarbeiten wollen, die stundenweise Betreuung vornehmen können. Manche sind schon in Pension, haben aber alle im Bereich Kindergärtnerinnen und Lehrkräfte gearbeitet, haben die pädagogische Ausbildung und ich glaube 4 Personen sind bereits tätig und stellen sich zur Verfügung wenn jemand in dringenden Fällen für ein Kind stundenweise jemanden braucht. Also, man sieht, dass Leute bereit sind, auch im Sozialbereich wirklich ehrenamtlich zu arbeiten. Wir können diesen Leuten nur dankbar sein, dass sie sich zur Verfügung stellen zum Wohle unserer Kinder. Ich bin darüber sehr froh. Ich möchte keine Einrichtung hervorheben, ich sehe alle als Einheit an und ich möchte sie auch gleichbehandelt haben. Jeder bekommt die selbe Summe und ich möchte ersuchen, dass wir auch weiterhin diese Vorkindergartengruppen unterstützen, auch die Tagesmütter unterstützt, weil das sind Einrichtungen die notwendig sind. Es gibt natürlich Wünsche und Begehren nach oben, wo man keine Grenzen setzen kann, aber wir müssen uns auch dazu bekennen, wie sollen wir das alles finanzieren.

Auf der einen Seite heißt es, beim Altersheim, das geht so nach oben, ein eigener Betrieb wäre besser, auf der anderen Seite heißt es, die böse Sozialreferentin gibt denen kein Geld. Also, es kann nicht so gehen, man darf nirgends die Wirtschaftlichkeit vergessen. Ich glaube, ich bin wirklich für alle unterstützend und versuche für jede Einrichtung, die wirklich zum Wohle unserer Bevölkerung tätig ist, einen Weg zu finden, damit diese Einrichtungen auch aufrechterhalten werden können. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag Nr. 11) stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr, das ist einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Im nächsten Antrag geht es um den Verein „Miteinander - MOHI“ - Finanzierung des Wochenend- und Feiertagsdienstes. Es steht ja im Amtsbericht auch ausführlich drinnen, dass die anderen Vereine die Wochenend- und Feiertagsdienste im Vertrag beinhaltet haben, nur der MOHI hat das noch nicht drinnen, darum lautet der Antrag:

12) Fin-26/2000

Verein „Miteinander - MOHI“; Finanzierung des Wochenend- und Feiertagsdienstes 2000.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Soziales vom 02.03.2000 wird dem Verein „Miteinander - Mobiler Hilfsdienst“, 4400 Steyr, Arbeiterstraße 39, zur Deckung des Aufwandes für den Wochenend- und Feiertagsdienst im Jahr 2000 eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von

S 532.987,-

(Schilling fünfhundertzweiunddreißigtausendneunhundertachtzigseven)

gewährt.

Die erforderlichen Mittel werden bei der VSt. 1/424000/757100 freigegeben.

Ich ersuche auch hier um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es eine Wortmeldung zu diesem Antrag? Das ist nicht der Fall. Wir kommen daher zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr, das ist einstimmig beschlossen. Nr. 13) bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nr. 13) ist zwar in meinem Bereich, zuständig für diesen Antrag ist ja der Stadtsenat, ich

weiß gar nicht, was dieser Antrag im GR machen soll, aber ich werde selbstverständlich diesen Antrag vorlesen und der Herr Vzbgm. Dr. Pfeil wird dann dazu Stellung nehmen, weil ich möchte dem GR mitteilen, dass ja bereits im StS diese Studie beschlossen worden ist, nach einer Aufklärungsarbeit vom Mag. Hochgatterer. Ich trage heute eigentlich einen Antrag vor, wo die Zuständigkeit wirklich beim StS liegt, aber ich werde dem auch nachkommen.

Der Antrag der Freiheitlichen GR-Fraktion lautet:

13) Präs-85/2000

Antrag der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion betreffend öffentliche Ausschreibung der Vergabe einer Studie für den Küchenbereich des Alten- und Pflegeheimes Münchenholz.

Die unterzeichnenden Mandatäre des Stadtsenates der Stadt Steyr stellen gemäß § 6 (3) der GO folgenden Antrag:

Der Gemeinderat von Steyr möge beschließen:

Die Vergabe einer Studie für den Küchenbereich des Alten- und Pflegeheimes Münchenholz, betreffend Varianten von Küchensystemen, unter möglicher Berücksichtigung der bestehenden Zentralküche, soll laut beiliegendem Ausschreibungstext öffentlich ausgeschrieben werden. (Beilage)

Ich ersuche um Stellungnahme und Diskussion.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Herr Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich danke. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist wirklich ein Antrag der besonderen Art, das muss ich schon zugeben, aber man muss auch die Vorgeschichte dazu kennen. Es war im StS vor einer Sitzung, also im vor-, vorigen Stadtsenat, dieser Antrag drauf. Es wurde diesbezüglich, weil ja dieser Antrag nirgends vorherberaten worden ist, Kontakt mit dem zuständigen Sachbearbeiter aufgenommen und er hat mir dann, nach Rückfrage beim Magistratsdirektor, versichert, ich habe hier kein Einschaurecht in diese Akten. Daraufhin haben wir intensiv im StS darüber diskutiert. Der zuständige Sachbearbeiter war damals für eine Stellungnahme im StS nicht greifbar. Diese Angelegenheit ist dann einstimmig verschoben worden. Währenddessen haben wir einen GR-Antrag gemacht und, unabhängig davon, dass es schon auf einer GR-Tagesordnung rechtzeitig und gesetzeskonform eingebracht worden ist, dieser Antrag ist wiederum in der letzten StS-Sitzung auf der Tagesordnung gestanden und hat so dort die Mehrheit von Rot und auch von Schwarz gefunden.

Zur Sache selbst muss man hier schon ganz klar Stellung beziehen. Erstens, wie ich schon eingangs erwähnte, ist diese Angelegenheit in keinem Gremium vorherberaten worden. Das Einsichtsrecht ist hier verweigert worden. Im Architektenwettbewerb, der

stattgefunden hat und ausgeschrieben worden ist, ist bezüglich Küche ein offenes Verhältnis. Wie können hier Architekten planen, wenn nicht klare Vorgaben für die Küchen vorhanden sind? Zudem ist die Vergabeordnung der Stadt Steyr nicht eingehalten worden. Nachdem hier auch lokale Anbieter für solche Studien sind, hätten die zumindest einbezogen werden können. Nachdem dieser Tagesordnungspunkt nun erfreulicherweise auf der Tagesordnung des GR steht, habe ich jetzt natürlich in diesen Beschlussakt Einsichtsrecht bekommen. Dieser Beschlussakt hat offensichtlich eine etwas eigenartige Wandlung erfahren, so nehme ich das einmal ein, weil außer in 10facher Ausfertigung des StS-Beschlusses sind 2 Prospekte einer Firma drinnen gewesen und eine Empfehlungsliste einer einzigen Firma. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das Grundlage für diese Vergabe von dieser Systemplanung sein kann. So fahrlässig kann man auch in Steyr nicht arbeiten. Ich kann mir das einfach nicht vorstellen. Hier muss es mehr Unterlagen dazu geben, dass man hier zu einer Meinungsbildung kommt, dass diejenigen oder derjenige beauftragt wird, sich mit dieser Systemplanung zu beschäftigen. Ich verstehe nicht, warum man hier unserem Antrag nicht nähergekommen ist, weil was ist hier das Grundlegende daran. Weil hier vermengt wird, dass man in der ursprünglichen Ausschreibung die Küche im APT wohl zwingend miteinbezieht, aber nicht darauf eingeht, ob die überhaupt für diese Varianten, die man untersucht, geeignet ist. Es geht hier im Wesentlichen um das herkömmliche Schöpfsystem und das neuere System, das Cook- and Chill-System. Jetzt muss man unbedingt im Vorhinein klären, ob unsere Küche im APT überhaupt für beide Systeme dazu geeignet ist. Wenn sie nicht geeignet ist, dann muss ich mir überlegen, ob man sie umrüsten kann und des Weiteren, was kostet eine Umrüstung. Das war Ausgangspunkt für unsere Überlegungen und wir haben einen sehr informativen und ich denke einen sachlich richtigen Antrag eingebracht, der leider nicht mehr diskutiert und abgestimmt werden konnte, weil man diesen einfachen Antrag im StS mit Mehrheit angenommen hat und dass hier die Systemplanung bereits jetzt vergeben ist. Ich halte es für einen nicht richtigen Weg, ich halte es auch für nicht richtig, wenn man mit den Kosten von S 35.000,- argumentiert, dass das sehr, sehr preiswert ist und dass hier ein Refundierungspotential drinnen ist, weil man bindet sich ja damit an eine Firma. Wenn wir wissen was da für Folgekosten drinnen sind, bei einer Lebensdauer von ca. 20 Jahren, was so eine Großküche heutzutage hat, das sind Millionen, die da drinnen sind. Wenn ich das falsche System habe, kann ich wirklich sehr, sehr viel Geld verlieren oder nicht verlieren und gewinnen. Ich danke ihnen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Kollege Lengauer bitte.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Herren Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, sehr geehrte Presse.

Auch wir waren anfangs der ähnlichen Meinung, wie sie jetzt der Herr Vizebürgermeister vorgebracht hat, weil uns da und dort einige Informationen gefehlt haben. Inzwischen aber haben wir das genauer studiert und haben nun folgende Meinung dazu: Wir denken, dass diese Ausschreibung, die im StS beschlossen ist, eine Vorbereitung sein soll zu all dem, was wir dann im Lenkungsausschuss beraten und nach Beratung des Lenkungsausschusses wird dann überlegt, wie die Ausschreibung

sein soll und wie man das dann machen soll. Wir haben ja zuerst noch die Arbeit im Lenkungsausschuss, all die Erfahrungen, die Darlegungen zu überprüfen und zu besprechen. Es wurde ja schon erarbeitet und als Grundlage dargelegt, Standardküche auf Basis Schöpfsystem, dann ist das Tablettssystem schon bearbeitet und jetzt muss man einfach noch dieses Cook- and Chill-System genauer anschauen. Hier finde ich es richtig, das nicht in der weiten Welt auszuschreiben, sondern eine Firma, die diese Art und Weise genauer beschreiben kann, weil es ja eine Beratungsgrundlage für uns im Lenkungsausschuss sein soll, denn wir haben uns doch des Langen und Breiten mit diesem Konzept für das APM beschäftigt, wir haben da ein großes Konzept erarbeitet, sind in der Grobterminplanung fast am Weg. Was vielleicht eine Rüge, unter Anführungszeichen, sein muss, ist, dass der Lenkungsausschuss zu wenig oft einberufen ist, wahrscheinlich jetzt in der Bearbeitung aller fünf Unterlagen, dass man gesagt hat, bevor nicht alle 5 Unterlagen da sind, hat das nicht viel Sinn, das mag sein. Hätte man den Lenkungsausschuss zwischendurch einmal einberufen, dann hätte man wahrscheinlich dieses Missverständnis, so bezeichne ich das, einfach nicht haben müssen. Aber im Grunde sind wir am Weg und ich denke, dass der StS-Beschluss der richtige Weg war, weil es eine Vorberatung für uns im Lenkungsausschuss sein soll.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es weitere Wortmeldungen? Frau Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Ja, dieser Antrag ist insofern ein bisschen skurril, nicht nur in seiner Geschichte, sondern auch mit dem heutigen Antrag der da ist, und zwar deshalb, weil wir im Prinzip einen gültigen StS-Beschluss vorliegen haben, wo diese Auftragsvergabe bereits erfolgt ist. D. h., das was jetzt hier im GR ist, dafür ist eigentlich der GR gar nicht zuständig und an sich müsste auf diesem Antrag stehen, dass der GR praktisch einen Antrag an den StS stellt. D. h., mit diesem Beschluss, selbst wenn er mehrheitlich zustande kommt, ist nicht automatisch die öffentliche Ausschreibung verbunden, sondern das geht in den StS zurück. Nachdem sich die Besetzung des StS seit der letzten Sitzung nicht geändert hat, nehme ich an, dass im StS die Entscheidung dann wieder sein wird, das nicht zur Kenntnis zu nehmen, sondern bei der bereits erfolgten Auftragsvergabe zu bleiben, wo das auch schwierig ist, davon Abstand zu nehmen. D. h., die Geschichte ist ein bisschen schwierig, sie ist leider eigentlich zum falschen Zeitpunkt und nicht Gegenstand an sich des Gemeinderates.

Davon abgesehen tu ich mir persönlich ein bisschen hart bei der ganzen Geschichte, weil wie sie bereits gehört haben, geht es hier um eine Stadtsenatsangelegenheit. In Angelegenheiten des StS habe ich kein Akteneinsichtsrecht, was ich auch verstehe, weil ich nicht Stadtsenatsmitglied bin. Ich habe aber auch jetzt nicht für die Gemeinderatstagesordnung ein Akteneinsichtsrecht, weil ja nicht ein Antrag des Stadtsenates jetzt zum Gemeinderatstagesordnungspunkt geworden ist, sondern sie einen Antrag gestellt haben, Herr Dr. Pfeil, den natürlich sehe ich, aber die Unterlagen, die eigentlich zu der Entscheidung geführt haben, sehe ich nicht. Da ist es ihnen jetzt besser gegangen als mir, ich bekam da keinerlei Einsichtsrecht.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sie haben nichts versäumt.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Na gut, aber wie soll ich mir eine Meinung bilden, wie soll ich entscheiden, wenn ich die Unterlagen gar nicht kenne. Da tu ich mir ein bisschen hart. Prinzipiell bin ich bei ihnen, dass die Geschichte ausgeschrieben gehört, dass man auch möglichst Ausschreibungen sehr offen und weit macht. Ich frage mich nur, beim konkreten Antrag, wie viel es Sinn macht, wenn bereits ein Beschluss gefallen ist, der Auftrag vergeben worden ist, wir heute einen Beschluss fällen, Antrag an den Stadtsenat, was eigentlich oben stehen müsste, der StS wieder sagt, na gut, wir entscheiden ja und wir haben uns ja schon entschieden. D. h., das ist im Prinzip ein Blatt Papier zum falschen Zeitpunkt.

Was ich nicht ganz verstehe, und da bitte ich um Aufklärung, ist für mich jetzt wirklich das Faktum, zwei Punkte, die verstehe ich nicht. Das eine ist, wo liegt jetzt eigentlich wirklich der Unterschied von der Studie her. Wir haben in beiden Fällen jetzt eine Studie. Eine Studie ist in Auftrag gegeben worden. Wo liegt jetzt tatsächlich der Unterschied zwischen der Studie die lt. StS-Beschluss durchgeführt wird und der Studie, die sie vorschlagen? Das möchte ich noch gerne ...

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Im Preis ist der Unterschied.

Gelächter

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Du hast mir das Stichwort gegeben, Kurt, jetzt bin ich beim zweiten Punkt. Ich weiß zumindest, was im StS beschlossen worden ist, das ist eine Studie um S 35.000,-- exkl. MWSt. Meine Frage ist, in diesem Antrag steht ja auch Gesamtaufwand für diese Studie, da weiß ich nicht, was diese Studie kostet. Bevor ich aber sage, ich möchte diese Studie, ja oder nein, möchte ich ungefähr wissen, was der Kostenrahmen ist. Da würde ich sie noch um Aufklärung bitten und auch wo der Unterschied zwischen den beiden Studien liegt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Kollege Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren im Gemeinderat. Wenn sie sich zurücklehnen wollen und quasi für die Entscheidungsfindung notwendigen Materialien über eine Studie herbeischaffen wollen, dann müssen sie wahrscheinlich in diesem Fall sehr, sehr viel Geld in die Hand nehmen. Als Beamter, denke ich mir, hat man unter Umständen auch eine andere Möglichkeit und die besteht darin, dass man die bestehenden Systeme, die schon funktionieren, einmal hinterfragt, wie es denen geht, wie die Systeme funktionieren, ob es ähnliche oder vergleichbare Einrichtungen in der näheren oder fernerer Umgebung gibt und deren Erfahrungen mit diesen Einrichtungen. Dann haben wir ja schon einen gewissen Teil, der notwendig für den Verwaltungsausschuss ist oder überhaupt für unser Gremium, vorweggenommen. Dann ist das nämlich auf den Fleiß der zuständigen Beamten oder der Beamtinnen zurückzuführen, dass wir uns eine Menge Geld ersparen. Das ist ja an und für sich auch hier ersichtlich, weil es geht primär darum, und der Kollege Dir. Lengauer hat es eh schon gesagt, dass wir für die Systemfindung einmal die Entscheidungsgrundlagen haben und das können wir einerseits so machen, indem wir fragen, hat das schon einmal wo funktioniert und wie geht das bei euch oder ob wir hergehen und uns zurücklehnen und sagen, über das machen wir eine Studie, allvergleichend, was ist besser, was ist nicht besser, was weiß ich, Fertigungstiefen betrachten, Produktionsmerkmale, ect. Dann täte ich ihnen raten, schauen sie einmal auf das Konto wo der Unterschied liegt. Da werden sie schön schauen, wie der Herr Bürgermeister, ab und zu, zu sagen pflegt. Das denke ich mir ist auch der Unterschied zwischen diesen beiden Anträgen. Ich finde es auch sehr toll, da muss ich sie einmal loben, Herr Dr. Pfeil, dass sie sich die Mühe gemacht haben, das einmal in diesem Umfang darzustellen. Das wäre auch für mich sehr interessant, welcher Hintergrund hier vorhanden ist. Andererseits muss ich auch sagen, es steht ja ganz genau im Amtsbericht drinnen, es geht um den Vergleich einer Standardküche, eine neue Produktionsmethode Cook and Chill aufzuzeigen, ect. Es geht um die Grundlage. Eines muss ich immer wieder sagen, was wollen sie denn bitte um S 35.000,-- haben. Ein allumfassendes Werk oder können wir auch auf das zählen, was Beamte und Beamtinnen vorrecherchiert haben. Das ist mir, ehrlich gesagt, auch um einiges lieber. Das wäre die erste Geschichte.

Primär finde ich es gut, dass es diese Aufstellung gibt, die wir da haben. Es ist wirklich sehr, sehr detailliert. Nur, da kann man jetzt auch herauspicken, z. B. im Punkt Fertigungstiefe. Ich denke mir, dass man auch dem Koch, wenn wir noch nicht einmal wissen, welches System wir nehmen, freistellen soll, ob er heute unter Umständen eingefrorene Knödel zubereitet oder ob er die Marillenknödel heute selbst kocht. Also, das ist ein ziemlich einfacher Vergleich. Aber das mit der Fertigungstiefe in der genauen Schärfe darstellen zu wollen, ich weiß nicht, ob das nicht wieder S 50.000,-- mehr kostet, bis wir dann letzten Endes wieder ein dickes Papier haben.

Oder die Investitionskosten. Wenn wir nicht einmal wissen, welches System wir bevorzugen, wissen wir auch nicht, was wir letzten Endes investieren sollen. Eines bleibt uns ja überhaupt nicht erspart. Sollten wir uns im Verwaltungsausschuss, und das hoffe ich auch, über ein System einigen, ja natürlich gehört dann die Planung ausgeschrieben. Natürlich gehört das so gemacht und dann ist ja alles klar. Aber bitte, wenn wir einen fachlichen Vergleich haben wollen der auch für jeden Gemeinderat und jede Gemeinderätin stichhältig sein soll und wenn er auch kostengünstig sein soll, dann soll man doch bitte mit wehenden Fahnen auf diesen Amtsbericht zugreifen und sagen, sind wir doch ganz ehrlich froh, wenn wir es um S 35.000,-- bekommen. Danke sehr.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Herr Dr. Pfeil die zweite Wortmeldung bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich hoffe ich kann auf die gestellten Fragen Auskunft geben. Natürlich kann mein eine Studie mit der anderen überhaupt nicht vergleichen, weil ich muss zuerst einmal überlegen, was will ich denn durch eine Studie untersucht haben. Davon hängen natürlich auch die Kosten ab. Bei einem Tagessatz von hochbezahlten Studienverfassern, von etwa S 18.000,- haben wir letztes Mal diskutiert, sind diese Leute wert, wird man um S 35.000,- nicht allzu viel verlangen können. Aber, wenn man hier im ursprünglichen Amtsbericht die Varianten, die beurteilt werden sollen, sieht, dann fehlen mir einige Dinge dabei und deshalb bin ich auf die Studie wirklich gespannt, weil wenn hier untersucht werden soll, Umstellung unter Einbeziehung vom APT, auf das Cook and Chill, Anlieferung von der Zentralküche, dann muss ich sagen, die Zentralküche im APT ist höchstwahrscheinlich nicht für das System Cook and Chill geeignet. Man kann auch sagen, sie ist nicht geeignet. Das wäre meine Überlegung gewesen. Ich weiß das aus beruflicher Erfahrung, weil ich auch im Rahmen für das österreichische Bundesheer solche Untersuchungen auch mitverfolgt habe. Solche Untersuchungen sind nicht jetzt von heute auf morgen per Zuruf zu bekommen. Ich muss zuerst einmal wissen, ob unsere Zentralküche für dieses System überhaupt geeignet ist. Was machen wir denn, wenn wir jetzt draufkommen, wir machen das neuzeitliche und aktuelle, auch hygienisch einwandfreie System Cook and Chill, wir haben keinen Caterer in unserem Bereich, der das kann? Was machen wird dann? Mit welchen Kosten ist dann, und das wäre Grundlage der anderen Untersuchung gewesen, zu rechnen, wenn ich jetzt die Küche am Tabor auf Cook and Chill aufrüste? Das sind sehr hohe Kosten und nebenbei muss man wahrscheinlich gerade im Großküchenbereich auch in nächster Zeit gewaltige Investitionen tätigen müssen, auch in unserem Bereich, weil wir haben ja Verordnungen von der EU, Richtlinien 1997, die durch Österreich 1998 verschärft worden sind, aber niemand in Österreich, scheint es, hält sie ein. Das ist eine österreichische Mentalität. Auf Dauer werden wir uns nicht davonstehlen können, auch von der Verantwortung her, auch das ernst zu nehmen, was wir und unsere übergeordneten Gremien beschließen.

Zu den Kosten noch einen Satz. Natürlich wird so eine umfangreiche Untersuchung teurer sein. Ich habe von Kostenschätzungen gehört, dass so eine Untersuchung zwischen S 100.000,- und S 150.000,- kostet.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Ich bitte die Frau Referentin um ihr Schlusswort.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Mein sehr geehrten Damen und Herren. Wir haben das im StS zwei Stunden diskutiert. Im ersten StS eine Stunden, ich habe auch nicht mehr Bescheid gewusst, darum haben wir das zurückgestellt und im zweiten StS sind wir dann vom Mag. Hochgatterer wirklich in allen Details aufgeklärt worden. Das ist eine Studie, die uns eigentlich das Ergebnis bringt, was sind die Folgekosten, was kostet der Küchenumbau, was kosten die Lieferungen, was kostet die Küche im Münchenholz. Wir haben einen Lenkungsausschuss. Ich muss auch gestehen, ich habe ein paar Mal rückgefragt, sollen wir einen einberufen. Der Herr Mag. Hochgatterer hat gesagt, er möchte uns Unterlagen präsentieren. Wir haben ja im Lenkungsausschuss drei Projektleiter beschlossen. D. h., einen wirtschaftlichen, einen fachlichen und einen baulichen Leiter. Diese drei Projektleiter haben gesagt, wenn ihr uns bestimmt habt, haben wir angenommen, wir sollen ein Ergebnis präsentieren über das wir diskutieren können. Ich habe gesagt, selbstverständlich bin ich mit dem einverstanden, wenn ein Ergebnis vorhanden ist, dass wir darüber alle diskutieren. Können wir uns die Umbauarbeiten in der APT-Küche leisten und was entstehen und für Kosten im APM. Wir haben ja in dem Konzept vom APM die Folgekosten drinnen, was uns eine 300 m² große Küche kostet. Es steht drinnen, wie viele Personen wir brauchen, was für Folgekosten uns auch im Pflegebereich entstehen. Über das haben wir ja heute auch schon diskutiert, dass wir nicht wissen, auf was wir uns hinbewegen.

Im StS hat der Mag. Hochgatterer diese Unterlagen mitgenommen und hat sie Herrn Dr. Pfeil noch einmal überreicht und hat gesagt, damit er auch sieht, dass die Folgekosten berechnet worden sind. Mag. Hochgatterer hat auch erklärt, wenn einer im Privatunternehmen arbeitet, würde ihm vom Chef, wenn er wo ein Manager wäre, auf die Schulter geklopft und gelobt werden. Aber er hat nicht gewusst, wenn man wo einen guten Preis herausholt, dass man dann noch, auf Deutsch gesagt, eine auf den Deckel bekommt. Ich habe das auch so gesehen, dass er sich wirklich bemüht hat. Er hat verschiedene Firmen angerufen, hat sich schlau gemacht. Eines hat er mir und den StS-Mitgliedern erklärt. Es gibt dieses System, die neuen Systeme, ca. ein halbes Jahr, wo sie greifen. Er hat jeden von uns eine Referenzliste gegeben, wo die Firma, welche die Studie erbringt, die Firma CNS, bereits gearbeitet hat und auch festgestellt hat ob dort so ein Caterersystem sinnvoll ist oder nicht. Es muss natürlich eine Portionsanzahl Essen hergestellt werden.

Mir ist schon eines klar, im StS habe ich keine Bühne, wenn ich heute Kritik übe. Im GR habe ich eine Bühne, mehr Zuhörer und man kann alles an den GR verweisen, wenn man eine Bühne sucht. So kommt mir das vor. Herr Mag. Hochgatterer hat sogar Herrn Vizebürgermeister Dr. Pfeil eingeladen, wenn er das Ergebnis der Studie hat, dass er gerne bereit ist, seine fachlichen Kompetenzen mit einzubeziehen und dass er für seine Unterstützung um Mithilfe sehr dankbar ist. Auch darüber ist gesprochen worden. Der Gemeinderat bekommt ja bitte ganz einen falschen Eindruck über das, was wir beschlossen haben. Wir haben weder Umbauarbeiten am Tabor beschlossen, wir haben weder ein System beschlossen. Wir haben eine Studie, die uns ein Ergebnis bringen soll beschlossen, wie sieht es in Zukunft mit den Kosten aus, wenn ich das System, das System oder das System nehme. Das Ergebnis vom Mag. Hochgatterer war so, damit auch der GR den Wissenstand hat, dass Herr Mag. Hochgatterer alles telefonisch gemacht hat, auch mit verschiedenen Leuten, über andere Systeme Kontakt aufgenommen hat, bis auf einmal die gesagt haben, der horcht uns ja aus und will unentgeltlich viel Information haben, was ihm nichts kostet. Die haben sich dann bereit erklärt und haben gesagt, wir haben ihnen schon sehr viel erzählt und jetzt werden wir es einmal so machen, dass wir sagen, okay, wenn wir einen Auftrag bekommen, dann befassen wir uns damit, dann besichtigen wir die vorhandene Küche, damit wir das alles einfließen lassen können. Wenn wir das haben, da gebe ich den Herrn Dir. Lengauer Recht, werden wir auch den Lenkungsausschuss damit befassen. Dann sind alle Mitglieder des Lenkungsausschusses gefordert, dass wir uns darüber Gedanken machen,

was uns das System oder das System kostet. Dann sind wir auch gefordert, dass wir eine Empfehlung an den Stadtsenat und dann weiter an den Gemeinderat abgeben und dann können wir beschließen, was wir uns leisten wollen, wie viel Geld haben wir zur Verfügung und was können wir uns leisten. Auch wenn für die Küche bereits der Architektenwettbewerb war, ist noch nicht festgelegt, dass wir die 300 m² für die Küche im Münichholz auch tatsächlich umsetzen müssen, weil es war ja ein Grundsatzbeschluss des Lenkungsausschusses ursprünglich vorhanden, wir wollen dort unten eine Großküche für die 120 Bewohner haben. Man hat inzwischen umgedacht, weil wir gesagt haben, die Kosten, wenn wir die Küche nicht ausgelastet haben, ist es doch sinnvoller, wenn wir uns zuerst schlau machen und eine neues Konzept auf den Tisch legen, bevor das Ganze baureif gemacht wird und zur Umsetzung ausgeschrieben wird. Eigentlich war das so, dass jeder gesagt hat, das ist sehr gut und Herr Mag. Hochgatterer gelobt hat, dass er sehr gute Arbeit geleistet hat. Er hat sich wirklich bemüht, für die Firma Magistrat das Beste herauszuholen und ist eigentlich negativ hingestellt worden. Ich glaube, so kann es nicht gehen, wenn man Mitarbeiter hat, die wirtschaftlich denken und das Beste wollen, dass man die dann eigentlich negativ hinstellt und sagt, es wird da irgendetwas gemacht. Es ist nichts gemacht worden. Es wird erst etwas gemacht, aufgrund der Studie. Darum ersuche ich alle um Verständnis. Ich habe jetzt eine kurze Aufklärung gegeben, wie wirklich die tatsächliche Vorgangsweise war. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Eines möchte ich noch hinzufügen. Der Stadtsenat hat rechtskräftig beschlossen, die Studie zu vergeben und der StS ist auch bei dieser Größenordnung das geeignete Gremium und kann das auch so machen, damit wir da nicht auch noch irgendeine Legendenbildung haben, dass S 35.000,- der Stadtsenat vielleicht nicht beschließen dürfte. Das könnte ja fast ich machen, um S 10.000,- ist es zu viel, S 25.000,- könnte ich alleine vergeben. So sieht die Welt aus. Jetzt haben wir den Antrag da und jetzt interessiert mich eigentlich, ob ich den in der Form abstimmen lassen soll. Möchten sie das gerne?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich denke schon.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Es ist nur eines, wir haben ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sie haben ja gewusst, vor der letzten StS-Sitzung, dass der Gemeinderatsantrag vorliegt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir haben aber auch eines gewusst, und das haben wir beschlossen, jetzt sehen sie ja, wie einfühlsam wir sind. Sie haben letztes Mal protestiert, dann haben wir das diskutiert, dann haben wir gesagt, na bitte, für uns ist das keine Fahnenfrage, dass wir das heute beschließen, lassen wir uns das noch einmal erklären, haben es mit der Maßgabe zurückgestellt, das dem StS wieder vorzulegen, was auch geschehen ist. Dort hat eine Information stattgefunden die ausführlich von der Kollegin Mach und anderen erläutert wurde, dann ist die Meinungsbildung abgeschlossen worden und eine Beschlussfassung ist rechtskräftig erfolgt und die Studie ist draußen. Wenn wir jetzt das hier beschließen, sind das in Wirklichkeit Leerkilometer. Aber bitte sehr, man kann das natürlich gerne tun. Man könnte ja auch den Antrag zurückziehen, aber das wollen sie ja nicht und diese Frage habe ich eben gestellt. Daher kommt es zu einer Abstimmung und ich frage jetzt wer dem Antrag der Freiheitlichen GR-Fraktion, betreffend öffentliche Ausschreibung der Vergabe einer Studie für den Küchenbereich des APM, zustimmt. 8 (FPÖ). Danke. Wer ist gegen diese Vergabe? 25 (SPÖ, ÖVP, GAL). Wer enthält sich der Stimme? 1 (LIF). Gut, der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Schade.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist nicht schade, dann müssten wir ja eine zweite Ausschreibung machen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Aber dann wäre etwas Gescheites daraus geworden. Auf die Studie bin ich wirklich schon gespannt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Das ist eine Abwertung der Firma, die diese Studie macht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der Weg ist verschlungen und mühsam, aber wir werden das Licht suchen.

Nächster Tagesordnungspunkt Nr. 14), Berichterstatter Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil. Ich erteile ihm das Wort.

BE: VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im nächsten Antrag hoffe ich auf einhelligere Diskussion. Wahrscheinlich werden wir hier besser diskutieren können. Es geht um einen eigenen Antrag, um die bessere Verkehrsanbindung der Region Steyr an den öö Zentralraum zu sichern. Aktueller den je könnte dieser Antrag ja nicht sein, denn, nachdem die Stadt Steyr in den letzten Jahren durch intensive Zusammenarbeit von allen Fraktionen, politischen Vertretern, Wirtschaftleuten sich die Aufgabe gemacht hat, nicht durch eine unterschiedliche Diskussion und Positionsbereitschaft das ganze Projekt zu verhindern, und wir wirklich überall einstimmig und vehement aufgetreten sind, ist gerade in den letzten Wochen wieder Sand ins Getriebe gekommen. Insbesondere im Bereich Dietach hat es gerade in den letzten Tagen wieder Pressemeldungen gegeben, dass die Gemeinde Dietach hier einer Umfahrung des Ortes im Bereich Ostumfahrung, also, sie verlangen die Ostumfahrung bzw. der Baulandesrat sagt, auf gar keinen Fall und keinen Schilling setzt der dafür ein. Was mich besonders wundert, nach einem Vorgespräch mit dem Bürgermeister dort vor einigen Monaten, hat es geheißen, dass die Gemeinde Dietach einstimmig hinter dem geplanten Projekt im Bereich Westumfahrung steht. So mein Erinnerungsstand. Heute scheint man das wieder etwas anders zu diskutieren. Ich habe gerade heute mit dem Bürgermeister dort telefoniert und er hat mir mitgeteilt, dass dieses Problem heute in einer Woche im Dietacher GR besprochen, diskutiert und abgestimmt werden soll. Lt. Auskunft vom dortigen Bürgermeister sind 80 % der Bürger für eine Ortsumfahrung und er versucht eine Westumfahrung schmackhaft zu machen. So hat er mir heute am Telefon gesagt. So kann es ja nicht gehen. Ich denke, wir diskutieren jetzt Jahrzehnte über die Anbindung der Region, wo wir jetzt Trassen haben, einhellig diskutiert, dass jetzt wiederum eine Gemeinde ganz von vorne anfängt. Darum bin ich auch sehr froh und ich bin auch gerne bereit dazu den Vorschlag des Herrn Bürgermeisters aufzugreifen, dass wir eine Abänderung machen in Richtung eines gemeinsamen Schriftstückes, dass diese Resolution nicht nur an die Landesregierung geht, sondern auch an die Gemeinde Dietach, dass wir auch dort diesen Gemeinderäten in einer Woche etwas in die Hand geben. Vielleicht hat der eine oder andere von ihnen Zeit, ich weiß es noch nicht, aber wenn ich Zeit habe, werde ich sicherlich dort, ich nehme an, dass die Sitzungen auch öffentlich sind, bei dieser Diskussion teilnehmen. Ich glaube es ist wichtig, dass wir uns auch diese Argumente dort anhören.

Es kommt ja nicht nur von der Seite her etwas Ungemach auf uns zu, sondern in letzter Zeit haben sich auch wiederum negative Stimmen gegen diese Trassenführung von der Enns-Seite breit gemacht. Insbesondere von Gemeindevertretern in Enns ist es eine vehemente Umplanung der Anbindungstrasse beim Eckmayrknoten gefordert worden. Es sind hier noch immer drei Varianten zur Auswahl, aber nach neuestem Stand ist hier auch wiederum nicht die richtige Variante dabei.

Zum anderen haben die Hagelsberger dann gesagt, wenn die in Enns nicht zufrieden sind, dann sind wir auch nicht zufrieden. Das ist alles dieses Woche passiert. Ich möchte verhindern, dass jetzt wiederum eine Grundsatzdiskussion zulasten der Stadt Steyr und der Region Steyr hier anfängt und dass hier auch besonders der Bürgermeister gefragt wird, dass er auch mit den betroffenen Gemeinden Kontakt aufnimmt, dass sie sich hier möglichst bald zu einer Einigung bereit erklären und dass hier das Projekt, bessere Anbindung der Region Steyr, bald auf der Zielgeraden ist.

Ich ersuche um Diskussion bzw. Zustimmung.

14) Präs-73/2000

Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Resolution der Stadt Steyr an die OÖ Landesregierung zur raschen Verwirklichung der Umfahrung Dietach.

ANTRAG

gemäß § 6 der Geschäftsordnung des Gemeinderates

zum Beschluss einer gemeinsamen Resolution der Stadt Steyr an die OÖ Landesregierung zur raschen Verwirklichung der Umfahrung Dietach.

Begründung:

Wie allseits bekannt, wird Ende des Jahres die Steyrer Nordspange fertig. Leider befindet sich 50 m nach der Ausbaustrecke das Nadelöhr Dietach, wo sich täglich 14.000 Fahrzeuge durchwälzen, darunter tausende Lastkraftwagen.

Die Gemeinde Dietach bemüht sich seit Jahren um eine Ortsumfahrung. Man darf aber das Problem nicht nur bei der Gemeinde Dietach sehen. Auch unsere Stadt muss großes Interesse daran haben, dass die

Verkehrsanbindung an den oberösterreichischen Zentralraum

nationalen und internationalen Maßstäben entspricht.

In Steyr tätige Weltkonzerne wie BMW, mit einem Umsatz von 20 Milliarden Schilling, zeigen sich zunehmend enttäuscht über weitere Verzögerungen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Resolution der Stadt Steyr an die OÖ Landesregierung mit dem Ziel, den Bau der Umfahrung Dietach so rasch wie möglich zu beginnen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Herr Kollege Mayrhofer hat sich als nächster zu Wort gemeldet. Bitte sehr.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Herr Dr. Pfeil, ich gebe ihnen vollkommen Recht, diese Anbindung an den Zentralraum ist eine eminent wichtige Angelegenheit, nicht nur für uns Steyrer, sondern für die gesamte Region Steyr, für die Entwicklung und für die Zukunft. Die Variantenstudie, die jetzt gemacht wurde, vor allem im Bereich Dietach, hat ganz klar eines gebracht, dass die Ostumfahrung, so wie es von der Gemeinde Dietach gewünscht wird, so nicht machbar ist und es hat eine sehr klare des LR Hiesl bei der letzten Pressekonferenz gegeben, der gesagt hat, die Ostumfahrung ist nicht möglich und er gibt keinen Schilling für diese Variante aus. Es gibt zwei Möglichkeiten; entweder die Westumfahrung oder das

Projekt ist auf Eis gelegt. Hier bin ich vollkommen bei ihnen, so kann es nicht gehen, hier muss Druck ausgeübt werden. Hier geht es um das Interesse einer Region mit über 100.000 Personen und das kann nicht blockiert werden von einer Gemeinde, die sich eine für sie genehme Lösung wünscht. Ich habe allerdings Verständnis für die Bevölkerung von Dietach, die Ängste und Befürchtungen hat, aber auch hier gibt es schon das Eingeständnis vom LR Hiesl, dass er weitestgehenden Maßnahmen zustimmen wird, die Bevölkerung von Dietach zu schützen.

Ich glaube allerdings, dass diese Resolution den Adressanten verfehlt, dass nicht so sehr die Landesregierung der richtige Adressat ist, denen gehört natürlich auch eine Durchschrift dieser Resolution, allerdings sollte der Adressat die Gemeinde Dietach sein. Gerade wenn es nächste Woche im GR behandelt wird, dann ist das der richtige Zeitpunkt, auch den Gemeinderäten und dem Gemeinderat von Dietach zu zeigen, was der Nachbar sich vorstellt und wünscht und vor allem auch die gesamte Region. Ich bringe daher einen Abänderungsantrag.

Abänderungsantrag

Der Gemeinderat möge folgende Resolution an die Gemeinde Dietach beschließen:

Seit Jahrzehnten bemühen sich die Vertreter der Stadt Steyr und die großen Industriebetriebe der Stadt um eine schnelle Straßenanbindung an den öö Zentralraum. Die Landesbaudirektion des Amtes der öö Landesregierung hat zur Realisierung dieser Straßenanbindung bereits Trassierungsverhandlungen mit den Grundstückseigentümern zwischen Dietach/Heuberg und Enns aufgenommen.

Nach Fertigstellung der Nordspange mit der Umfahrung Dornach im Oktober 2000 müssen täglich ca. 14.000 Fahrzeuge durch das Nadelöhr Dietachdorf. Für die Umfahrung gibt es bereits einige Variantenuntersuchungen durch die Landesbaudirektion.

Die Gemeinde Dietach bemüht sich zwar seit Jahren um eine Ostumfahrung des Ortsteiles Dietachdorf. Diese Trassenführung ist für die Stadt Steyr jedoch aus Gründen des Grundwasserschutzes nicht akzeptierbar.

Die Stadt Steyr ist daher für eine Westumfahrung des Ortsteiles Dietachdorf, jedoch unter möglicher Wahrung der Interessen der Bewohner der Gemeinde Dietach.

Der Gemeinderat der Stadt Steyr ersucht daher den Gemeinderat von Dietach, seine bisherige Auffassung zu überdenken und einer Westumfahrung des Ortsteiles Dietachdorf zuzustimmen, damit ehest mit der Planung und dem Bau der für die Region Steyr äußerst wichtigen Straßenverbindung begonnen werden kann.

Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Abänderungsantrag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der Antrag steht nunmehr in der Form, auch mit dem Abänderungsantrag, zur weiteren Debatte. Zu Wort gemeldet ist die Frau Kollegin Frech. Bitte sehr.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ich bin sehr dankbar, Herr Kollege Mayrhofer, dass sie diesen Abänderungsantrag eingebracht haben, denn damit kann ich mir meinen sparen. Was mir nämlich bei dieser Resolution gefehlt hat, so wie sie dagestanden ist, hätten wir heute nur beschlossen, dass wir eine Resolution machen, es gab aber keinen Text dazu. Jetzt gibt es den Text dazu und Gott sei Dank auch an den Adressaten, den es im primären Fall betrifft, die Gemeinde Dietach. Aber das Land möchte ich nicht so einfach aus der Verantwortung entlassen. Gerade heute komme ich mir ziemlich veräppelt vor, wenn nicht Schlimmeres, wenn ich in der Steyrer Rundschau lesen muss, dass der LR Hiesl sagt, wortwörtlich, „In Steyr ist in den letzten Jahren zu wenig geschehen.“ Das stimmt schon, aber da war die Stadt Steyr nicht daran schuld, sondern das Land war säumig. Ich denke mir, wir haben da keine allzu große Schuld gehabt.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Das war eh ein Schuldeingeständnis

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ich hoffe es war ein Schuldeingeständnis. Es hat so geklungen, na ja, von der Stadt ist halt wenig passiert. Gut, dann nehmen wir das dankend zur Kenntnis und hoffen, dass die Verkehrsanbindung an den öö Zentralraum wirklich so rasch als möglich verwirklicht wird, weil ein Punkt, und den haben wir heute schon einmal diskutiert, ist der, es ist vordergründig vielleicht ein Grund für Unternehmen sich wo anzusiedeln, wenn der Geldtopf auf sie über geht, es ist aber ein wesentlicher Faktor aber, ob die Infrastruktur passt und diese Infrastruktur sind wir schon sehr, sehr lange säumig, ich möchte nur an BMW erinnern, denen man das damals zugesichert hat bei ihrer Ansiedelung, dass Steyr eine gute Verkehrsanbindung bekommen wird und wir haben sie bis heute nicht. Insofern bin ich selbstverständlich auch dafür, dass man den Antrag in Form des soeben gestellten Abänderungsantrages unterstützt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gut. Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Kollege Fürweger bitte.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Im Oktober oder im November wird es so weit sein, es wird eine Eröffnung geben, die Eröffnung der Nordspange und es werden dort alle wichtigen Leute anwesend sein. Alle werden froh sein darüber und kurze Zeit nachher wahrscheinlich wird einem klar werden, dass irgendetwas in der Verlängerung der Nordspange fehlt und zwar die Dietacherumfahrung. Ich sage jetzt absichtlich nur Dietacherumfahrung. Es hat seit ungefähr einem Jahr pressemäßig Meldungen gegeben, quer durch alle Parteien. Es ist der Bürgermeister von Dietach sehr gefordert und man sollte ihn dort nicht alleine im Regen stehen lassen, deswegen auch dieser Antrag. Ich sage nur ein paar Zitate.

Bürgermeister Schweinschwaller hat gesagt: "Die Entscheidung soll bis Jahresende fallen." StR Mayrhofer hat im Dezember gesagt: „Was nützt uns die Nordspange, wenn 50 Meter nachher das nächste Nadelöhr ist.“ Unser Bürgermeister hat im Mai des vorigen Jahres gesagt: „120.000 Menschen brauchen die Straße, gerade BMW, SNF.“ Er hat zum LR Hiesl gesagt: „Wir warten sehnlichst.“ Auch die Landtagsabgeordnete Schreiberhuber hat gesagt, spricht sich am 27. Mai 1999 gegen ein von LR Hiesl angekündigtes Schneckentempo aus. Es hat auch Nationalrat Murauer seine Stellungnahmen dazu abgegeben. Man sieht, es geht durch alle Fraktionen. Ziel, glaube ich, sollte auch sein, dass wir alle Nationalräte aus unserer Region einbinden, alle vier, die im RTV auch zu sehen waren. Es geht einmal um die Region, es geht hier nicht nur um Dietach, es geht, wie unser Bürgermeister gesagt hat, um 120.000 Menschen. Es war auch in der ÖAMTC-Zeitschrift, in der Februarausgabe, zu lesen: „Auch in Steyr reißt bald der Geduldssaden. Die Wirtschaftsregion Enns Steyr ist damit enorm in ihrer Entwicklung behindert.“ Man darf überhaupt nicht die Enttäuschung von BMW vergessen. Der Geschäftsführer von BMW, DI Kropf, hat schon mehrmals darauf hingewiesen. Es kann nicht oft genug gesagt werden, wie wichtig es ist, dass ein Betrieb wie BMW, mit 20 Milliarden Umsatz, oder Steyr Nutzfahrzeuge mit 88 Lastwagen pro Tag, die dort erzeugt werden, eine Verkehrsanbindung brauchen, die internationalen Maßstäben entspricht.

Ich bitte sie daher dieser Resolution, in welcher Form auch immer, die Zustimmung zu geben, damit morgen schon der Bürgermeister mit den Fraktionsobfrauen und -obleuten diese Resolution weiterleiten kann. Danke sehr.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich danke herzlich. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ich möchte dazu noch eines sagen, wir fangen natürlich nicht bei Null an, sondern wir haben ja vor zwei Jahren ein Plattform gegründet, alle politischen Fraktionen, alle Abgeordnete des Bezirkes und dazu die Wirtschaftsbesse und haben dort vorstellig werdend beim Landeshauptmann, beim Stellvertreter und beim Straßenreferenten das sehr klar zum Ausdruck gebracht, auch schriftlich, dass wir dieses Ding brauchen. Daraus resultiert in Wirklichkeit das erste Mal, weil wir uns nämlich einmal einig sind, was wir ja früher nicht waren und was ja ein Versäumnis auch in der Region darstellt, so ehrlich muss man ja auch sein. Solange wir untereinander streiten, können sie leicht 40 verschiedene Varianten machen und dann gar keine zur Durchführung bringen. Insofern sind wir leider an dieser ganzen Entwicklung beteiligt. Dieses Mal sind wir uns einig, es war ein mühseliger Prozess diese Einigung, aber sie ist geschehen und seitdem gibt es einen Trassierungsvorschlag, auch darüber sind wir uns einig, dass wir das wollen. Jetzt ist es eine Frage des Tempos und jetzt ist plötzlich in Dietach immer noch dieses Ost-West-Umfahrungsgeschichte offen. Leider haben sich dort Mehrheiten der Bevölkerung, unter dem Eindruck bevorstehender Wahlen, für eine Philosophie St. Florian zündet das Haus an, aber bitte das von nebenan, haben sich da gefunden. Natürlich kann man leicht sagen, es muss eine Straße sein, aber beim Nachbar soll sie vorbeigehen. Das ist nämlich in Wirklichkeit der Punkt. Wir wissen, dass natürlich das für unser Grundwasser unerträglich ist, dass es ein Bringschuld der öffentlichen Hand ist, für die großen Betriebsansiedlungen die stattgefunden haben und dass wir es jetzt vorantreiben müssen.

Ich glaube, dass die Resolution in der vorliegenden Form, und zwar an die Gemeinde Dietach mit Kopie an das Land OÖ geschlossen werden sollte, weil es das erste Mal auch eine starke, deutliche Position des Steyrer Gemeinderates ist für den Bürgermeister

Schweinschwaller, mit dem ich natürlich mehrfach gesprochen habe und auch mit dem von Enns und dem von Hagelsberg, die hier Betroffene sind, dass er sieht, die Stadt Steyr steht dahinter. Daher wird er sich bei diesem Schwenk, den er vornehmen muss, ein bisschen leichter tun. Ich bitte auch alle Kollegen, die vielleicht hier Querverbindungen zu GR-Mitgliedern der Gemeinde Dietach haben, ihren Einfluss geltend zu machen. Ich habe das mit meinen Parteifreunden dort bereits getan. Damit wir helfen, eine Lösung zu finden und nicht dort einen politischen, endlosen Disput abführen.

Wird ein Schlusswort gewünscht? Bitte sehr.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ein kurzes Schlusswort noch, weil ja doch einige Fragen offen geblieben sind. Eines ist bei den letzten Pressemeldungen aus dem Hause LR Hiesl erfreulich, weil ich habe mich zuerst auch etwas eigenartig gefühlt, gerade aus seinem Munde zu hören: „In Steyr ist in letzter Zeit zu wenig geschehen.“ Wenn man das so liest, dann komme ich mir auch wirklich sehr, sehr komisch vor, insbesondere, weil ich ihn auch schon mehrfach aufmerksam gemacht habe, es genügt nicht, in jährlichen Abständen nach Steyr zu kommen, hier ein paar Leute einzuladen, großartig zu reden und dann wieder nach Hause zu fahren und in einem Jahr das Gleiche wieder zu machen. Das haben wir jetzt, glaube ich, vier Mal gehabt. Er erinnert sich nicht an die letzte Diskussion hier im Festsaal, hier im Rathaus, wo man stundenlang diskutiert hat, ich glaube es war Kronstorf, wo man bei einem Baum links oder rechts vorbeifährt. Das ist etwas plakativ ausgedrückt, aber es hat nicht wirklich die wahren Probleme wie hier auf den Punkt getroffen.

Eines ist auch noch erfreulich an der Diskussion, in den letzten Tagen, darum bin ich der Meinung es rührt sich wirklich im Moment etwas und es ist Bewegung in der Sache, dass das erste Mal auch aus der Landesregierung Zahlen gekommen sind. Zahlen, die ja bis jetzt immer verweigert worden sind. Das war ja auch das Gespräch letztes Mal. Heute hören wir zumindest, also das Problem Dietach soll 2007 gebaut sein und die B 115 soll 2010 fertig gebaut sein. Das ist ja einmal etwas, wo man sich anhalten kann. Bis jetzt hat man immer gesagt, man weiß nicht, irgendwann wird es einmal sein, wenn ihr euch einigt.

Zur Frau Frech auch noch ein Wort. Frau Frech, ich weiß nicht welchen Antrag sie wiederum gelesen haben? Selbstverständlich ist auf unserem Antrag auch ein Adressat dabei gewesen und es war auch ein Inhalt dabei, wenn sie lesen: „Antrag zur Geschäftsordnung des Gemeinderates, zum Beschluss einer gemeinsamen Resolution der Stadt Steyr an die OÖ Landesregierung zur raschen Verwirklichung der Umfahrung Dietach.“ Das war es, das ist es in aller Kürze in aller Wichtigkeit und dann kommt die Begründung. Aber ich möchte auch hier jetzt sagen, wir tun jetzt nicht Haare spalten, sondern wir sind gerne bereit, dass wir gleich über den Antrag in abgeänderter Form abstimmen, wenn das rechtlich möglich ist.

Ich bedanke mich und hoffe, dass wir breit Zustimmung haben.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Also, meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag in der Form des Abänderungsantrages die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Wie schön, einstimmig angenommen. D. h., schnelle Abverfügung und Übermittlung, wenn die Dietacher Gelegenheit haben sollen, ihre Diskussion sozusagen einzubringen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 15). Kollege Vzbgm. Tatzreiter hat das Wort.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, liebe Kolleginnen und Kollegen. In meinem ersten Antrag geht es um die Verleihung der Feuerwehr-Verdienstmedaille der Stadt Steyr an Angehörige der Betriebsfeuerwehren und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr. Das Kommando hat uns ein Schreiben mit der Vorschlagsliste vom 13. 12. 1999 überreicht und hat folgende Namen angeführt:

Brandinspektor Biringer Thomas DI, Hauptfeuerwehrmann Gross Rudolf, Hauptamtswalter Praxmarer Gerhard jun., Brandmeister Ecker Gerhard

Löschmeister Sandmayr Helmut

Diese Medaillen sollten im Rahmen der Feuerwehrevollversammlung oder Jahresversammlung am Freitag den 7. April, ich bitte, den Termin zu korrigieren, überreicht werden. Ich bitte hier um Zustimmung.

15) FW-1/2000

Antrag auf Verleihung der Feuerwehr-Verdienstmedaille der Stadt Steyr“ an Angehörige der Betriebsfeuerwehren und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Dem Antrag auf Verleihung der „Feuerwehr-Verdienstmedaille der Stadt Steyr“ an die im Amtsbericht der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 20.01.00 genannten Personen wird zugestimmt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der Antrag steht zur Debatte. Wird das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wenn sie diese Medaillen zuerkennen wollen, dann bitte ich sie ein Zeichen zu geben. Danke, der Antrag ist einstimmig angenommen worden. Nächster Punkt bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Im zweiten Antrag geht es um den Verkauf einer Teilfläche des städtischen Grundstückes 653, KG Steyr an die Styria, Gemeinnützige Steyrer Wohn- und Siedlungsgenossenschaft mbH. Wie im Amtsbericht dargestellt geht es hier um eine Fläche in der Größenordnung von knapp 1.500 m², also 1.471 m², genau zur Parkplatzmisere bzw. Situation der Styria im Bereich der Fabrikstraße 84 - 94, im Zuge auch der privaten Vermehrung der Autos, der Häuser, der Kleinbauten, der Siedlungsbauten usw., dem Abhilfe zu schaffen. Ich bitte auch in dem Zusammenhang den vereinbarten Preis, der dann zustande gekommen ist, auf höchster Ebene verhandelt, mit S 650,-- je m², somit 1.471 m² mal S 650,-- = S 956.150,--. Ich bitte um Zustimmung.

16) ÖAG-36/98

Verkauf einer Teilfläche des städtischen Grundstückes 653, KG Steyr an die Styria, Gemeinnützige Steyrer Wohn- und Siedlungsgenossenschaft mbH.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Privatrechtsangelegenheiten vom 7. März 2000 wird dem Verkauf einer Teilfläche der städtischen Parzelle 653, KG Steyr, im Ausmaß von 1.471 m² an die Styria Gemeinnützige Steyrer Wohn- und Siedlungsgenossenschaft mbH, 4400 Steyr, Preuenhuberstraße 3, zur Errichtung einer Tiefgarage und eines Wohnhauses zum Kaufpreis von S 650,-- je Quadratmeter, insgesamt demnach zum Kaufpreis von S 956.150,-- (Schilling neuhundertsechsfünzigtausendeinhundertfünfzig) zugestimmt. Die Styria hat sämtliche im Zusammenhang mit dem Rechtsgeschäft stehenden Kosten, Steuern, Abgaben und Gebühren zu tragen.

Weiters wird der Auflösung der bestehenden prekaristischen Rechtsverhältnisse soweit diese die Kauffläche betreffen, zugestimmt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der Antrag steht zur Debatte. Wer wünscht das Wort? Frau Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Mitglieder des Gemeinderates, werte Gäste. Es ist halt so, das ist ein Antrag, der aufgrund seiner Größenordnung in den Gemeinderat muss. Wäre es ein Stadtsenatsantrag klarerweise könnte ich mich eh nicht zu Wort melden, aber er muss im Gemeinderat behandelt werden. Was ich dann etwas seltsam finde ist, wenn so ein Antrag nicht in einem gemeinderätlichen Gremium vorberaten wird. In diesem Zusammenhang möchte ich wiederum darauf hinweisen, dass es längst überfällig wäre, auch im Wohnungsausschuss über Liegenschaftsangelegenheiten vorzubereiten. Was mir in der Geschichte ein bisschen Leid tut, dass man zwar auf der einen Seite ein Gutachten hat und das Ergebnis des Gutachtens auch bei Berücksichtigung eines 30%igen Preisabschlages bereits auf

S 840,-- pro m² kommt, der Verkaufspreis aber diese S 650,-- sind und die Differenz immerhin S 279.490,-- sind, die wir damit weniger lukriert haben und das tut mir

eigentlich Leid. Also, ich bezweifle ein bisschen, ob nicht vielleicht mehr drinnen gewesen wäre.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Frau Kollegin Frech, das war jetzt eine Feststellung. Hätten sie eine Frage gestellt, hätte ich die Frage beantwortet. Sonst muss ich zu der Feststellung sagen, natürlich wäre das möglich gewesen. Die Frage ist, ob sie es vielleicht dann gekauft hätten. Aber wenn man das noch weiter betrachtet und das muss man wohl, dann kommt man zu dem Ergebnis, dass es im höchsten Maße wünschenswert ist und im öffentlichen Interesse, wenn eine Wohnbaugesellschaft oder eine Wohnbaugenossenschaft, die in diesem Bereich einen erheblichen Wohnungsbestand hat, dort eine Tiefgarage für 40 Autos macht und in diesem sehr beengten Bereich der äußeren Fabrikstraße eine Erleichterung schafft, für andere dort Wohnende, gerade in letzter Zeit, die dort zugezogen sind, im Zuge der Revitalisierung verschiedener Häuser, eine Erleichterung im Bereich des ruhenden Verkehrs bringt. D. h., es handelt sich bei diesem Angebot an die Wohnungsgenossenschaft Styria durchaus um einen, wenn sie so wollen, geförderten Preis, aber es sind S 279,--, dass die eine Tiefgarage bauen. So gesehen, wenn sie das so betrachten, kommen sie zu dem Ergebnis, dass das eine glückliche Fügung in dem Viertel ist und dass sie getrost diesem Antrag die Zustimmung erteilen können.

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Willst du noch ein Schlusswort machen Poldi?

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Ich brauche dem nichts mehr hinzuzufügen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Wenn sie dem Antrag die Zustimmung geben, dann bitte ich sie um ein entsprechendes Zeichen. Ist jemand gegen diesen Antrag? Das ist nicht der Fall. Ich war offenbar sehr überzeugend.

Ich danke dem Kollegen Vzbgm. Tatzreiter. Anstelle des heute entschuldigten Kollegen Bremm möchte ich den Herrn Kollegen StR Spanring bitten, die Anträge des Kollegen Bremm zum Vortrag zu bringen.

BE: STADTRAT ING DIETMAR SPANRING:

Es handelt sich in beiden Anträgen um Subventionen von Sportvereinen. Im ersten Antrag geht es um die SK-Amateure Steyr - Ansuchen um Gewährung einer außerordentlichen Subvention zur Errichtung eines Kabinengebäudes. Es handelt sich dabei um die zweite Rate.

17) Fin-170/98

SK Amateure Steyr; Ansuchen um Gewährung einer außerordentlichen Subvention zur Errichtung eines neuen Kabinengebäudes, 2.Etappe.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Schule und Sport vom 6. März 2000 wird dem SK Amateure Steyr für den Neubau des Kabinentraktes als zweite Rate im Jahr 2000 eine außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention von ATS 400.000,-- gewährt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

ATS 400.000,--

(iW vierhunderttausend)

werden bei der VASSt. 1/269000/777000 freigegeben.

Die Auszahlung der oa. Betrages erfolgt erst nach Einreichung der Förderungserklärung bzw. des Verwendungsnachweises samt Originalrechnung.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der Antrag steht zur Debatte. Wünscht jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wenn sie einverstanden sind, geben sie bitte ein Zeichen. Danke sehr. Gegenstimmen sehe ich nicht auch keine Stimmenthaltung. Der Antrag ist einstimmig angenommen worden.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Im zweiten Antrag geht es ebenfalls um die Auszahlung einer zweiten Rate für den ASKÖ-Bezirk Steyr/ATSV Steyr, zur Errichtung von Club- und Schulungsräumen.

18) Fin-283/98

ASKÖ-Bezirk Steyr/ATSV Steyr; Ansuchen um Gewährung einer außerordentlichen Subvention zur Errichtung von Club- und Schulungsräumen, 2. Etappe.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Schule und Sport vom 6. März 2000 wird dem ASKÖ-Bezirk Steyr und dem ATSV Steyr für die Aufstockung bzw. Neuerrichtung und die erforderlichen Sanierungsmaßnahmen als zweite Rate im Jahr 2000, eine außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention von ATS 400.000,-- gewährt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

ATS 400.000,--

(iW vierhunderttausend)

werden bei der VAS. 1/269000/777000 freigegeben.

Die Auszahlung des oa. Betrages erfolgt erst nach Einreichung der Förderungserklärung bzw. des Verwendungsnachweises samt Originalrechnungen.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Ich darf die Frage richten, ob sich jemand an der Debatte beteiligen möchte? Das ist nicht der Fall. Wir kommen auch in dem Fall gleich zur Abstimmung. Wenn sie für diesen Antrag stimmen, bitte ich sie ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Gegenprobe, Stimmenhaltung. Auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen worden. Ich danke dem Kollegen Spanring.

Nächster Berichterstatter ist Herr Kollege StR Eichhübl, er eile an das Pult.

BE: STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Ich möchte ihnen natürlich selbstverständlich dasselbe Angebot unterbreiten, wie vor kurzem dem Stadtsenat, dass ich ihnen nämlich, nachdem ich nur einige wenige Anträge habe, nicht nur den Antragstext zur Verlesung bringe, sondern Wort für Wort die zugehörigen Amtsberichte verlese und natürlich dann auch noch ein Schlusswort halte.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Danke für den Beifall, ich habe gemerkt, dass es kein guter Vorschlag war. Ich werde mich natürlich jetzt sehr kurz halten.

Ich komme bereits zum ersten Antrag, betreffend das Städtische Gaswerk. Der Antrag lautet:

19) Stw-12/2000

Städtisches Gaswerk; Lieferung von Kunststoffdruckrohrmaterialien, Armaturen und Zubehör für den Verbrauchszeitraum 2000; Auftragsvergaben.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion vom 17. Jänner 2000 wird im Zusammenhang mit der Lieferung von Kunststoffdruckrohrmaterialien, Armaturen und Zubehör für den Verbrauchszeitraum 2000 der Vergabe an nachstehend vorgeschlagene

Unternehmen zugestimmt.

1. Lieferung Kunststoffdruckrohre und Formstücke

Fa. Pipelife GmbH, Wr. Neudorf

S 514.865,87 (exkl. USt.)

2. Lieferung Armaturen, Installationsmaterialien sowie Zubehör

Fa. Kontinentale HG, Wels

S 159.151,80 (exkl. USt.)

3. Ankauf Hauseinführungskombinationen

Fa. Ing. Paul Unger GesmbH, Wien

S 88.985,-- (exkl. USt.)

Die erforderlichen Mittel wurden im Investitionsplan 2000 des Steyrer Versorgungsbetriebsverbundes Gas und Verkehr unter A (Rohrnetz) berücksichtigt und werden aus der laufenden Gebarung des Teilbetriebes Gaswerk erbracht.

Herr Bürgermeister, ich bitte die Abstimmung oder die Diskussion durchzuführen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird zum Antrag 19) das Wort gewünscht? Frau Kollegin Frech bitte sehr.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ich werde mich sehr kurz fassen, nur zum Verständnis, warum ich mich bei diesen Auftragsvergaben der Stimme enthalten werde. Der Grund ist nicht in den konkreten Projekten zu sehen, sondern darin, dass ich nicht mehr länger gewillt bin, dass die Vergabeordnung ignoriert wird. Sie wissen, dass ich das bereits des Öfteren das hier in diesem Kreise zum Thema gemacht habe, Herr Dr. Pfeil hat heute auch schon einmal festgestellt, dass die Vergabeordnung, die wir uns selbst gegeben haben, nicht immer eingehalten wird. Inzwischen gibt es dazu auch schon eine Stellungnahme vonseiten des Kontrollamtes. Pkt. A) ist, wir verstoßen ständig gegen unsere eigene Vergabeordnung, nämlich gegen den § 4 Abs. 2, wo drinnen steht, dass generell öffentlich auszuschreiben ist und in ganz, ganz speziellen Fälle beschränkt auszuschreiben ist. Wir haben diese Norm eigentlich in der Praxis umgedreht, d. h., wir schreiben ständig beschränkt aus und nur in Ausnahmefällen öffentlich. Die Gründe dazu sind mir sehr gut bekannt, nur auch wenn man gute Gründe hat, kann das nicht ein Grund sein, gegen die eigene Vergabeordnung zu verstoßen, dann muss man sie halt ändern, wenn sich die als unpraktikabel erwiesen hat, aber ich kann nicht ständig gegen meine eigene Verordnung verstoßen, ich erwarte von meinen Bürgern ja auch, dass sie sich an Verordnungen

halten.

Der zweite Punkt ist, dass es inzwischen auch eine Stellungnahme vonseiten des Kontrollamtes gibt, nämlich dahingehend, dass Preisverhandlungen nicht zulässig sind. Wir haben derzeit eine Bestimmung drinnen, dass wir mit den drei Bestbietern Preisverhandlungen machen, das ist jedenfalls nicht haltbar. Preisverhandlungen haben, die Meinung des Rechnungshofes, gar nicht stattzufinden und wenn sie tatsächlich stattfinden sollten, dann höchstens in der Form, dass sie mit allen Bietern stattfinden, weil alles andere ist die Verletzung des gleichen Rechts für all und widerstrebt also auch EU-Recht. Inzwischen gibt es die Stellungnahme Schwarz auf Weiß, auch hatten wir im letzten Prüfungsausschusses, seitens des Kontrollamtes, das widerspricht, was wir derzeit tun, wirklich der ÖNORM A 2050, es widerspricht EU-Recht und wir widersprechen unserer eigenen Vergabeordnung. Aus diesem Grund werde ich mich hier in diesen Punkten der Stimme enthalten, weil ich nicht gewillt bin, die Weisungen oder die Wünsche des Kontrollamtes zu ignorieren. Ich hoffe, sie nehmen das irgendwann in nächster Zeit zum Anlass, dass wir unsere Vergabeordnung auch tatsächlich reformieren, da ist längstens der Zug eigentlich schon abgefahren, da sollten wir endlich einmal daran gehen. Vor allem deshalb, weil auch das Land inzwischen ein neues Landesvergabegesetz in Beschlussfassung hat.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich habe inzwischen den Vorsitz übernommen. Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ein kurzes Schlusswort des Referenten.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Danke. Nachdem sich der StS bereits sehr eindringlich mit diesem Antrag beschäftigt hat und wie die Frau Kollegin Frech selbst mitgeteilt hat, besteht die Möglichkeit aufgrund unserer Vergabeordnung öffentlich oder beschränkt auszuschreiben, darf ich sie bitten, meine Damen und Herren des Gemeinderates, dem Antrag die Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Stimmenthaltung? 1 (LIF). Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Der nächste Antrag betrifft das Städtische Wasserwerk. Der Antrag lautet:

Städtisches Wasserwerk; Lieferung von Kunststoffdruckrohrmaterialien, Armaturen und Zubehör für den Verbrauchszeitraum 2000; Auftragsvergaben.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion vom 17. Jänner 2000 wird im Zusammenhang mit der Lieferung von Kunststoffdruckrohrmaterialien, Armaturen und Zubehör für den Verbrauchszeitraum 2000 der Vergabe an nachstehend vorgeschlagene Unternehmen zugestimmt.

1. Lieferung Kunststoffdruckrohre und Formstücke

Fa. Kontinentale HG, Wels

S 564.913,80 (exkl. USt.)

2. Lieferung Armaturen, Installationsmaterialien sowie Zubehör

Fa. Kontinentale HG, Wels

S 943.436,11 (exkl. USt.)

Die erforderlichen Mittel wurden im Investitionsplan 2000 der Stadtwerke Steyr unter A (Rohrnetz) berücksichtigt und werden aus der laufenden Gebarung des Teilbetriebes Wasserwerk erbracht.

Ich bitte die Diskussion bzw. die Abstimmung durchzuführen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Stimmenthaltung? 1 (LIF). Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Im Zusammenhang mit der Erdgasaufschließung in der Landarbeitersiedlung ergeht folgender Antrag:

21) StW-9/2000

Erdgasaufschließung Landarbeitersiedlung einschließlich Erneuerung
Trinkwasserleitungen; Bauarbeiten; Auftragsvergabe.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion vom 15. Februar 2000 wird im Zusammenhang mit der Erdgasaufschließung Landarbeitersiedlung einschließlich der

Erneuerung der Trinkwasserleitungen der Vergabe an nachstehend vorgeschlagene Unternehmen zugestimmt:

1. Tiefbauleistungen Gasleitungsbau

ARGE Nograsek BauGesmbH - Steindl-Bau GesmbH

Anteil S **1,407.694,83** (exkl. USt.)

2. Tiefbauleistungen Wasserleitungsbau

ARGE Nograsek BauGesmbH - Steindl-Bau GesmbH

Anteil S **938.450,--** (exkl. USt.)

Die erforderlichen Mittel für den Gasleitungsbau wurden im Investitionsplan 2000 des Steyrer Versorgungsbetriebsverbundes Gas und Verkehr unter A III 1 berücksichtigt und werden aus der laufenden Gebarung des Teilbetriebes Gaswerk erbracht. Die Aufwendungen für die Erneuerung der Trinkwasserleitungen wurden im Investitionsplan 2000 der Stadtwerke Steyr unter A IV 4 und 5 berücksichtigt und werden aus der laufenden Gebarung des Teilbetriebes Wasserwerk erbracht.

Ich bitte um Diskussion bzw. Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir können daher gleich zur Abstimmung schreiten. Wer für den Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Stimmenthaltung? 1 (LIF). Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Danke, der nächste Punkt bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Im Zusammenhang mit der Verlegung von Erdgasleitungen in der Resthofstraße, 2. Teil, sowie in der Posthofstraße ergeht folgender Antrag:

22) Stw-6/2000

Verlegung von Erdgasleitungen Nieder- und Hochdruck in der Resthofstraße (2. Teil) sowie Posthofstraße; Bauarbeiten; Auftragsvergabe.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion vom 16. Februar 2000 wird im Zusammenhang mit der Verlegung von Erdgasleitungen (ND und HD) in der Resthofstraße (2. Teil) sowie Posthofstraße der Vergabe an nachstehend vorgeschlagene Unternehmen zugestimmt:

1. Tiefbauleistungen

Fa. Alpine BaugesmbH, Steyr

S 2,128.092,-- (exkl. UST)

2. Ankauf Sphärogußrohre für Erdgashochdruckleitung

Firma Kontinentale HG, Wels

S 827.522,-- (exkl. UST)

Die erforderlichen Mittel wurden im Investitionsplan 2000 des Steyrer Versorgungsbetriebsverbundes Gas und Verkehr unter A IV 1 und 2 berücksichtigt und werden aus der laufenden Gebarung des Teilbetriebes Gaswerk erbracht.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Stimmenthaltung? 1 Stimmenthaltung (LIF). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Der nächste Antrag kommt aus dem städtischen Gaswerk.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

23) Stw-7/2000

Städtisches Gaswerk; Erneuerung der Versorgungsleitung Schlüsselhofgasse (Teil); Bauarbeiten; Auftragsvergabe.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion vom 15. Februar 2000 wird im Zusammenhang mit der Erneuerung der Versorgungsleitung Schlüsselhofgasse (Teil) der Vergabe an nachstehend vorgeschlagenes Unternehmen zugestimmt:

TIEFBAULEISTUNGEN

Fa. Ilbau GesmbH, Linz

S 1,321.970,-- (exkl. UST)

Die erforderlichen Mittel wurden im Investitionsplan 2000 des Steyrer Versorgungsbetriebsverbundes Gas und Verkehr unter A IV 3 berücksichtigt und werden aus der laufenden Gebarung des Teilbetriebes Gaswerk erbracht.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Gibt es eine Wortmeldung? Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? 1 Stimmenthaltung (LIF). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Im Zusammenhang mit der Trinkwasserversorgungsleitung in der Ottokarstraße ergeht folgender Antrag:

24) Stw-3/2000

Städtisches Wasserwerk; Erneuerung der Trinkwasserversorgungsleitungen in der Ottokarstraße (Teil), Sudetenstraße (Teil) sowie im Straßenzug Im Föhrenschacherl; Bauarbeiten; Auftragsvergabe.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion vom 16. Februar 2000 wird im Zusammenhang mit der Erneuerung der Trinkwasserversorgungsleitungen in der Ottokarstraße (Teil), Sudetenstraße (Teil) sowie im Straßenzug Im Föhrenschacherl der Vergabe an nachstehend vorgeschlagenes Unternehmen zugestimmt:

TIEFBAULEISTUNGEN

Fa. Auinger BaugesmbH, Stift
Ardagger

S 1,149.066,-- (exkl. UST)

Die erforderlichen Mittel wurden im Investitionsplan 2000 der Stadtwerke Steyr unter A IV 1, 2 und 3 berücksichtigt und werden aus der laufenden Gebarung des Teilbetriebes Wasserwerk erbracht.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es eine Wortmeldung? Ist jemand gegen den Antrag? Stimmenthaltung? 1 Stimmenthaltung (LIF). Auch dieser Antrag wurde mehrheitlich angenommen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Der Hochbehälter Ennsleite soll saniert werden. Aus diesem Anlass ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

25) Stw-15/2000

Städtisches Wasserwerk; Sanierung Hochbehälter Ennsleite; Projektierungs-,

Fliesenlege- und Installationsarbeiten; Auftragsvergabe.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion vom 23. Februar 2000 wird im Zusammenhang mit der Sanierung des Hochbehälters Ennsleite der Vergabe an nachstehend vorgeschlagene Unternehmen zugestimmt:

1. Verfließungsarbeiten

Fa. Gilly's Fliesenladen, Dietach

S 2,263.040,-- (exkl. UST)

2. Installationsarbeiten

Fa. Meisl GesmbH, Grein

S 736.410,-- (exkl. UST)

3. Erstellung der Ausschreibungsunterlagen sowie SIGE-Plan

DI Brunner, Steyr

S 74.938,-- (exkl. UST)

Die erforderlichen Mittel wurden im Investitionsplan 2000 der Stadtwerke Steyr unter B 1 berücksichtigt und werden aus der laufenden Gebarung des Teilbetriebes Wasserwerk erbracht.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es eine Wortmeldung? Ist jemand gegen den Antrag? Stimmenthaltung? 1 Stimmenthaltung (LIF). Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Gemäß Voranschlag 1999 der Stadt Steyr ergeht ein Antrag bezüglich des Teilverlustersatzes aus dem genannten Jahr.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

26) Stw-20/2000

Stadtwerke Steyr - städt. Bäder und Eislaufplatz; Teilverlustersatz 1999.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke Steyr vom 11. 02. 2000 wird

dem teilweisen Ersatz der im Rechnungsjahr 1999 in den Teilbetrieben städt. Bäder und Eislaufplatz entstandenen Betriebskosten, welche zu einem Gesamtverlust von ATS 8,4 Mio. führen, zugestimmt.

Zum genannten Zweck wird ein Betrag in der Höhe von

ATS 4.000.000,--

(in Worten: Schilling vier Millionen)

bei der VSt. 1/879000/759200 (Rechnungsjahr 1999) freigegeben.

Der restliche Teil der nicht gedeckten Betriebskosten Stadtbad und Eislaufplatz wird aus den Rücklagen Wasserwerk gedeckt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Gibt es eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Mein nächster Antrag betrifft die Sanierung des Hallenbades, man kann mit ruhigem Gewissen die gelungene Sanierung des Hallenbades sagen.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

27) Bau 5-3862/88

Sanierung Hallenbad, 2. Bauetappe, 2. Teil; Ausfinanzierung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III, FA Hochbau, vom 3. 3. 2000 wird der Freigabe der im Rechnungsjahr 2000 vorgesehenen Mittel in Höhe von

S 9.500.000,-- für das Hallenbad

unter VST 5/833000/010140

und

S 1.000.000,-- für das Freibad

unter VST 5/831000/050100

zugestimmt:

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von S 8.000.000,-- für das Hallenbad und S 1.000.000,-- für das Freibad notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Frau Vizebürgermeisterin, ich darf sie bitten, die Diskussion bzw. Abstimmung durchzuführen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Der Versorgungsbetriebeverbund der Stadtwerke Steyr ersucht um die Kapitaleinlage 2000.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

28) Stw-1/2000

Stadtwerke Steyr - Versorgungsbetriebeverbund Gas und Verkehr; Kapitaleinlage 2000.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke Steyr vom 18. 02. 2000 wird dem Versorgungsbetriebeverbund Gas und Verkehr zwecks Realisierung der im Jahre 2000 vorgesehenen Investitionsvorhaben ein Investitionskostenzuschuss in der Höhe von ATS 8.000.000,-- als Kapitaleinlage gewährt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

ATS 8.000.000,--

(in Worten: Schilling acht Millionen)

bei der VST 5/8790/779000 freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von ATS 8.000.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonstruktion wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

Ich darf nur in Erinnerung rufen, dass es da um die Budgetvereinbarung für 1999 geht, wo ja vom Gemeinderat der Ankauf von 3 Midibussen genehmigt wurde, diese auch

tatsächlich angeschafft wurden und auch von den Stadtwerken vorläufig bezahlt wurden, denn das steht nicht im Amtsbericht drinnen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Der letzte Antrag betrifft die Wasserversorgung unserer Stadt, nämlich die Refundierung für Reinhaltungsmaßnahmen. Es steht im Amtsbericht auch drinnen, dass bei dieser Aufstellung, die ihnen vorliegt, die Kosten für die Perchlorethylenuntersuchung nicht enthalten sind. Nachdem alles so schnell gegangen ist, erlaube ich mir, ein paar Worte zu diesem sehr wichtigen Antrag zu sagen, weil wie gesagt die Perchlorethylenverunreinigung angesprochen wurde. Ich habe dem hohen Gemeinderat bereits berichten können, dass die Stripanlage zur Reinigung des Grundwassers, im Zusammenhang mit dem Perchlorethylenunfall, bereits am 2. 12. 1999 ausgeschaltet werden konnte, weil eben die Kontaminierung so gering war. Aber es wird noch notwendig sein den Grundwasserstrom ca. 1 Jahr lang zu überprüfen, um dann, wie ich hoffe, endgültig feststellen zu können, dass wir diese Stripanlage abmontieren können. Wir ersparen dadurch natürlich sehr viele Kosten, wobei man korrekter Weise sagen muss, dass uns die Kosten von mehr als 30 Millionen Schilling vom Bundesministerium refundiert wurden, zwar noch nicht vollständig, aber wir haben etwa 26 Millionen Schilling schon zurück bekommen, aber es ist schlussendlich trotzdem Steuergeld, das hier für diese sehr wichtige Maßnahme verwendet wird. Im Bereich der Verursachersuche sind ebenfalls bisher Kosten von etwa 9 Millionen Schilling entstanden. Es werden zur Zeit 2 Bereiche untersucht, wobei der eine Bereich, eine Putzerei betreffend, folgendes Ergebnis zu Tage gebracht hat. Es wurden aus diesem Bereich, aufgrund von Abluftabsaugungen in einer Tiefe von etwa 50 Meter, 200 kg Perchlorethylen hochgefördert. Man vermutet aber, aufgrund dieser sehr intensiven und massiven Untersuchungen, dass es bedauerlicher Weise noch weitere Verursacher gibt. Ich habe es für sehr wichtig empfunden, sie kurz über diese Situation Perchlorethylenunfall zu unterrichten. Aber trotzdem darf ich jetzt zu dem Antrag kommen.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

29) Stw-2/2000

Reinhaltung der Wasserversorgung; Refundierung der Kosten 1999.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke Steyr vom 1. 02. 1999 wird der Refundierung der Kosten zum Zwecke der Reinhaltung der Wasserversorgung für das Jahr 1998 in der Höhe von

S 711.000,--

(in Worten: Schilling siebenhundertelftausend)

an die Stadtwerke Steyr zugestimmt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von S 711.000,-- bei VSt. 1/8790/728000.7 freigegeben.

Bitte Frau Vizebürgermeisterin, ich darf sie bitten, die Diskussion bzw. Abstimmung durchzuführen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

Ich danke dem Stadtrat Eichhübl für seine Berichterstattung. Ich kann nur gratulieren, 11 Punkte in Rekordzeit.

Ich würde dem Gemeinderat jetzt eine Pause von 10 Minuten vorschlagen.

PAUSE VON 19.20 UHR BIS 19.35 UHR

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Der nächste Berichterstatter ist Herr Stadtrat Mayrhofer.

BE: STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Im ersten Antrag geht es um die jährliche, nicht rückzahlbare, außerordentliche Subvention für den Tourismusverband.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

30) Für-175/99

Tourismusverband Steyr; Jahressubvention 2000.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Büros des Bürgermeisters vom 14. Jänner 2000 wird dem Tourismusverband Steyr, eine einmalige, nicht rückzahlbare, außerordentliche Subvention in Höhe von S 1.700.000,-- gewährt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 1.700.000,--

**(in Worten: Schilling einemillion-
siebenhunderttausend)**

bei der VASSt. 1/771000/757000 bewilligt.

Ich ersuche sie, diesem Antrag zuzustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Im nächsten Antrag geht es um die Bebauungsplanänderung Schlüßlmayrsiedlung.

31) BauGru-48/98

Bebauungsplanänderung Nr. 34/4.1; Schlüßlmayrsiedlung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Gegenständliche Bebauungsplanänderung Nr. 34/4.1 - Schlüßlmayrsiedlung - wird entsprechend den Plänen der Fachabteilung Stadtentwicklung und Stadtplanung des Magistrates der Stadt Steyr vom 4. März 1999 sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der Fachabteilung Baurechtsangelegenheiten vom 7. Februar 2000 gemäß § 33 und 36 des OÖ. Raumordnungsgesetzes. LGB 1. Nr. 114/1993 idgF., beschlossen.

Ich ersuche um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall, kommen wir zur Abstimmung. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Im nächsten Antrag geht es um das Neuplanungsgebiet Reithoffer - Aignergründe. Sie wissen, wir haben hier einen Wettbewerb über die Gestaltung der Bebauung dieses Areals gemacht. Die Verordnung über dieses Neuplanungsgebiet ist notwendig, damit

wir sicher stellen, dass zwischenzeitlich eine Bebauung nur in unserem Interesse möglich ist. Ich ersuche sie, dem Antrag die Zustimmung zu geben.

32) BauGru-591/93

Neuplanungsgebiet Nr. 1, Reithoffer - Aignergründe.

Der Gemeinderat wolle nachstehende Verordnung betreffend die Erlassung des Neuplanungsgebietes Nr. 1 - Reithoffer - Aignergründe - beschließen:

V e r o r d n u n g

des Gemeinderates der Stadt Steyr vom

Das im Plan der Fachabteilung für Stadtentwicklung und Stadtplanung vom 1. September 1999 bezeichnete Gebiet der Reithoffer - Aignergründe wird als Neuplanungsgebiet der Stadt Steyr gemäß § 46 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr verordnet:

I. Gemäß § 45 Abs. 1 der OÖ. Bauordnung, LGB1. Nr. 66/1994 idGF., wird für das im Plan des Stadtbauamtes vom 1. September 1999 bezeichnete Gebiet ein zeitlich befristetes Neuplanungsgebiet verhängt.

Das Neuplanungsgebiet betrifft die Grundstücke NR. 690/1, 690/2, 690/4, 690/6, .255/1, .255/2, .255/3, .255/4, .145/1, .689/2, 688/1, 688/10, 688/11, 688/13, 688/14, .284 und 887/1, alle Kat. Gem. Sarning.

Entsprechend der Legende des Neuplanungsgebietes sollen im künftigen Bebauungsplan im wesentlichen Objekte in geschlossener Bauweise mit maximal 3 Geschosse als zulässig definiert werden. Vereinzelt soll an markanten Stellen im Ausmaß bis zu 10 % der bebauten Fläche eine maximale Geschossanzahl von 4 möglich sein. Die Baufluchtlinien sind so festzulegen, dass geringfügige Erweiterungen bei den geplanten Objekten vorgenommen werden können. Als Maß der baulichen Nutzung soll eine Geschossflächenanzahl von ca. 1,0 festgelegt werden. Insbesondere soll durch die Bebauungsplanfestlegung die künftige Nutzung durch Gewerbe, Wohnbau und öffentliche Einrichtungen bestmöglich abgestimmt werden und im Sinne der Gemeinschaft die Verbindung zwischen Arbeiten und Wohnen bzw. öffentlichen Einrichtungen gefördert werden.

Das Neuplanungsgebiet hat die Wirkung, dass Bauplatzbewilligungen, Bewilligungen für die Änderung von Bauplätzen und bebauten Liegenschaften sowie Baubewilligungen, ausgenommen Abbruchbewilligungen, nur ausnahmsweise erteilt werden dürfen, wenn anzunehmen ist, dass die beantragte Bewilligung die Durchführung des künftigen Flächenwidmungsplanes bzw. Bebauungsplanes nicht erschwert oder verhindert.

II. Die Kundmachung der Verordnung erfolgt gemäß § 65 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr 1992, LGB1. Nr. 9 idGF., im Amtsblatt der Stadt Steyr. Die Planunterlagen liegen vom Tage der Kundmachung an in der Fachabteilung für Baurechtsangelegenheiten sowie in der Fachabteilung für Stadtplanung und

Stadtentwicklung des Magistrates der Stadt Steyr durch 2 Wochen zur öffentlichen Einsichtnahme auf. Der Plan liegt auch nach Inkrafttreten während der Amtsstunden zur Einsichtnahme für jedermann auf.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall, kommen wir daher zur Abstimmung. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Die Stadt Steyr unterstützt natürlich wie jedes Jahr die Interessen der kirchlichen Ensembles in Steyr.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

33) BauH-203/96

BauH-115/99

Kirchliche Ensembles in Steyr: Pfarre Christkindl, Loretto-Kapelle, Brunnenstube, Gesamtanierung; Renaissancefriedhof Steyr, Gesamtanierung;

Stadtpfarrkirche, Friedhofsmauersanierung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III vom 24. Jänner 2000 wird einer Förderung in Höhe von insgesamt

S 1.025.000,- für die Sanierungsmaßnahmen an kirchlichen Ensembles zugestimmt.

Zum genannten Zweck wird für „Kirchliche Ensembles in Steyr“ bei der VA-Stelle 5/363000/7771000 ein Betrag in Höhe von **S 1.025.000,-** freigegeben.

Ich ersuche um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall, kommen wir daher gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Im nächsten Antrag geht es um Maßnahmen zur Ortsbildpflege.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

34) K-1/2000

BauH-208/98

Maßnahmen zur Ortsbildpflege 2000 - 1. Teil; „Innere Stadt“ und „Ennsdorf“ - „Steyrdorf“ und „Wehrgrabengebiet“.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III vom 24. Jänner 2000 werden für die Subventionierung von Maßnahmen zur Ortsbildpflege Mittel wie folgt freigegeben:

„Innere Stadt“ und „Ennsdorf“

„Steyrdorf“ und „Wehrgrabengebiet“

S 2.675.000,--

Bauforschung und Baudokumentation

S 200.000,--

insgesamt bei VSt. 5/363000/778000

S 2.875.000,--

Ich ersuche um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall, kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der nächste Antrag bezieht sich auf die Vergabe des Neubaues Kalkofenbrücke.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

35) BauBrü-1/98

Kalkofenbrücke; Vergabe des Neubaues.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 14. Februar 2000 wird der Vergabe des Neubaus der Kalkofenbrücke, des Baues einer Fußwegrampe unter der Brücke vor dem Tunnel hinauf zur Schweizergasse und der Geländeerneuerung auf der Schwimmschulbrücke im Ausmaß von S 10.440.838,08 an die Fa. Stern & Hafferl, Gmunden zugestimmt.

Die Mittelaufbringung im Jahr 2000 erfolgt bei der vorgesehenen VAST. 5/612000/002270 „Gemeindestraßen, Straßen- und Brückenerhaltung im Wehrgraben“ in Höhe von S 4.740.000,--. Die Finanzierung des Restbetrages von S 5.701.000,-- wird im Jahr 2001 bei gleicher Voranschlagstelle durchgeführt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von S 4.740.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Ich bitte um ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es hier eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall, kommen wir daher gleich zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe. Stimmenthaltung? 1 Stimmenthaltung (LIF). Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Danke.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der nächste Antrag betrifft die Errichtung Kanalisation Ennsdorf, Nebenkanal Haratzmüllerstraße. Hier geht es um die Vergabe der Kanalbauarbeiten, Kreditüberschreitung und einen Dringlichkeitsbeschluss. Der Dringlichkeitsbeschluss ist deshalb notwendig, weil nach Gesprächen mit den Anrainern die Bitte an uns herangetragen wurde, die Bauarbeiten jetzt durchzuführen, weil das eine Zwischensaison ist, und hier die geringsten wirtschaftlichen Einbußen zu erwarten sind. Wir kommen diesen Bitten natürlich gerne nach und haben darum das Bauvorhaben vorgezogen. Wenn hier die Zustimmung erfolgt, wird am Montag mit dem Bau begonnen.

Es ergeht daher der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

36) BauT-3/2000

Errichtung Kanalisation Ennsdorf; NK Haratzmüllerstraße 1, S1A (RHV) - S7; Vergabe der Kanalbauarbeiten.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 6. März 2000 werden die **Erd-, Bau- und Rohrverlegungsarbeiten** zur Errichtung des **NK Haratzmüllerstraße 1 von Schacht 1A (Nebensammler C2 des RHV) - Schacht 7** einschließlich der Straßenwiederherstellung an die **Fa. Leithäusl**, 4632 Pichl bei Wels, Inn 9, zum Preis

von S 833.000,-- exkl. MWSt. Übertragen.

Die **erforderlichen Mittel** werden in der Höhe von **S 200.000,--** exkl. MWSt. (Budget 2000) bei der VSt. 5/851000/004390 „Kanal Ennsdorf“ und **S 633.000,--** exkl. MWSt. bei der selben VSt. im Wege einer **Kreditüberschreitung** bereitgestellt.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von S 833.000,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Ich ersuche um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es hier eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe. Stimmenthaltung? 1 Stimmenthaltung (LIF). Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen.

Der nächste Punkt bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der nächste Punkt betrifft die Ennsbrücke - Nordspange. Hier wurde aufgrund von Anrainervorsprachen eine Lärmschutzmaßnahme beschlossen. Diese Lärmschutzmaßnahmen werden nicht vom Land bezahlt, sondern sind von uns zu übernehmen. Es wurde hier aber eine sehr günstige Variante gewählt.

Es ergeht daher der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

37) VerkR-302/94

Ennsbrücke - Nordspange; Lärmschutz.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 3. Februar 2000 wird der Vergabe der Lärmschutzmaßnahmen an der Ennsbrücke/Nordspange durch das Amt der OÖ Landesregierung, Abteilung Brückenbau, an die ARGE Ennsbrücke Steyr (Fa. Mayreder- Fa. Ferro-Betonit-Werke) im Ausmaß von S 670.935,56 sowie der Mittelfreigabe in Höhe von

S 671.000,-- bei der vorgesehenen

VSt. 5/61000/770020

(Bundesstraßen; Kapitaltransferzahlungen an den Bund)

zugestimmt.

Ich ersuche um ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es hier eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der letzte Antrag bezieht sich auf die Errichtung der Fußgängerblinkanlage Taborschule, die bereits durchgeführt wurde. Hier geht es um die Kreditübertragung.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

38) VerkR-921/98

Errichtung der Fußgängerblinkanlage Taborschule.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 15. Februar 2000 wird der Auftragsvergabe an die Fa. Zwettler BaugesmbH, Steyr, zum Preis von S 115.000,-- und der Kreditübertragung in Höhe von S 115.000,-- von der VSt. 5/640000/770000 (Kapitaltransferzahlung an den Bund) auf die VSt. 5/640000/050000 (Sonderanlagen) sowie der Mittelfreigabe in Höhe von

S 115.000,-- bei der VSt. 5/640000/050000 (Sonderanlagen)

zugestimmt.

Ich ersuche um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es hier eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Ich danke dem Berichterstatter, Herrn Stadtrat Mayrhofer, und gebe den Vorsitz an den Herrn Bürgermeister zurück.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Kollegen Spanring um seinen Antrag.

BE:STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

In meinem Antrag geht es um die Berichterstattung der Gemeindebediensteten-Schutzkommission über das Arbeitsjahr 1999. Im Jahre 1999 wurden keine speziellen Überprüfungen angefordert, jedoch wurden eine Reihe, im vorliegenden Amtsbericht dargestellte, Tätigkeiten und Hilfestellungen durchgeführt.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

39) Pers-434/85

Pers-1020/85

Gemeindebediensteten-Schutzkommission; Berichterstattung an den Gemeinderat über das Jahr 1999.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Gemeindebediensteten-Schutzkommission beim Magistrat der Stadt Steyr vom 03. Februar 2000 wird der Tätigkeitsbericht dieser Schutzkommission für das Jahr 1999 zur Kenntnis genommen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Nun zur „Aktuellen Stunde“.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nein, der Dringlichkeitsantrag!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Jawohl, der Dringlichkeitsantrag. Ich nehme an, der Herr Dr. Pfeil wird uns nunmehr

eine Erläuterung liefern.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Mein sehr verehrten Damen und Herren. Über die Dringlichkeit wurde ja bereits am Eingang dieser Tagesordnung gesprochen. Ich darf mich daher auf den Antrag selbst konzentrieren.

Es ist eine Lücke im Statut der Stadt Steyr, dass das Einsichtsrecht in Beschlussakte für Mitglieder des Stadtsenates nicht geregelt ist. In den anderen Statutarstädten ist es meines Wissens nach so, dass es in Linz geregelt ist, in Wels ist es nicht geregelt, aber dort kommt es zu keinen Problemen, und in Steyr war es bis vor einigen Wochen, mehr oder weniger, auch kein Problem, dass der zuständige Sachbearbeiter, natürlich mit dem Stadtsenatsmitglied, auf Bedarf den Akt durchgegangen ist. Aber seit einigen Wochen wird diese Methode derartig praktiziert, dass Stadtsenatsmitglieder über Beschlussakte, die sie nicht einsehen dürfen, abstimmen sollen. Ich denke, das kann nicht sein, und das geht wirklich an die Grundsäulen einer demokratischen Gemeinschaft. Wir, die unterfertigten Gemeinderatsmitglieder, haben daher gemeinsam einen Antrag gestellt, dass das Statut der Stadt Steyr geändert werden soll. Es ist ein Änderungswunsch an den OÖ Landtag, dass der § 9 Abs. 5 dahingehend geändert werden soll, dass das Einsichtsrecht nicht nur für Fraktionsvorsitzende im Gemeinderat, sondern auch für Gemeinderäte, für die Stadtsenatsunterlagen ermöglicht werden soll. Ich denke, es ist ganz einfach, wenn man eine Verwaltung transparent gestalten will, dann gehört das dazu. Die Verpflichtung zur Amtsverschwiegenheit, die heute auch schon ein Thema war, ist ja davon selbstverständlich unberührt. Dasselbe haben wir ja auch bei den Ausschüssen, dass hier eine Amtsverschwiegenheit notwendig ist, und auch vorliegt, und auch hier hat man die Möglichkeit einzusehen. Das heißt, wenn jemand etwas unbedingt nach außen transportieren will, dann hat er jetzt ja auch schon die Möglichkeit, und ist daher davon nicht betroffen. Ich denke, es wäre ein großer Schritt in Richtung Demokratiereform, obwohl ich, wie eingangs auch schon erwähnt, auch von anderen Debattenteilnehmern gehört habe, dass das nur ein kleiner Mosaikstein zur Statutenreform sein kann, aber aus aktuellem Anlass, ein sehr notwendiger. Ich ersuche die Gemeinderatsmitglieder diesen Antrag zu unterstützen, damit hier auch in Steyr weiter gearbeitet werden kann. Ansonsten, und das sage ich jetzt auch ganz bewusst, wird man einen Stadtsenatsantrag von verantwortungsbewussten Stadtsenatsmitgliedern nicht mehr zur Abstimmung bringen können, wenn weiterhin die Beschlussakten versteckt werden.

Dringlichkeitsantrag

zur Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr am 23. 3. 2000.

Gemäß §7 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr stellen die unterfertigten Gemeinderatsmandatare folgenden Dringlichkeitsantrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

„Der Gemeinderat der Stadt Steyr stellt an den OÖ Landtag den

Antrag,

das Statut der Stadt Steyr möge wie folgt geändert werden:

Der § 9, Absatz 5 soll lauten:

Die Gemeinderäte sind berechtigt, hinsichtlich jener Angelegenheiten, die im Gemeinderat oder im Stadtsenat zu behandeln sind und die auf der Einladung für die nächste Sitzung als Tagesordnungspunkte aufscheinen, beim Magistrat in die zur Behandlung einer solchen Angelegenheit notwendigen Unterlagen einzusehen, sich Aufzeichnungen zu machen und die erforderlichen Auskünfte einzuholen. Auf Kosten des Magistrates kann er (sie) auch die Anfertigung von Kopien verlangen. Bestimmungen über die Amtsverschwiegenheit bleiben hierdurch unberührt.

Begründung:

Bisher ist lediglich ein Einsichtsrecht für Fraktionsvorsitzende für die im Gemeinderat anstehenden Angelegenheiten vorgesehen. Für den Stadtsenat gibt es keine derartige Regelung. In jüngster Zeit wurde auch tatsächlich das Einsichtsrecht von Beamten verweigert. Eine Entscheidungsfindung in wesentlichen Angelegenheiten ohne den Beschlussakt zu kennen, ist für verantwortungsvolle Stadtsenatsmitglieder unakzeptabel.

Darüber hinaus zeigt es für Transparenz, Mündigkeit und Demokratieverständnis, wenn alle Gemeinderäte (auch jene die nicht im Stadtsenat vertretenen Fraktionen angehören) auch die Beschlussakte bei Bedarf einsehen können. Die Verpflichtung zur Amtsverschwiegenheit bleibt davon unberührt.

Der Berichterstatter:“

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Als nächster zur Wort gemeldet ist der Kollege Spanring.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates. Ich gebe an sich auf der einen Seite dem Dr. Pfeil etwas Recht, was die Problematik der Unterlageneinsicht im Stadtsenat betrifft, bezweifle aber, dass der Gemeinderat der Stadt Steyr eine Antrag an den OÖ Landtag stellen kann. Aus diesem Grunde möchte ich, unterfertigt von Mitgliedern des

Gemeinderates der Stadt Steyr, einen Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung des Stadtsenates der Stadt Steyr vorbringen, den dieser Gemeinderat, weil Anträge zur Geschäftsordnung erst beim nächsten Gemeinderat behandelt werden können, zwar nicht heute, aber sehr wohl beschließen kann.

Der Antrag lautet folgendermaßen:

Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung des Stadtsenates der Stadt Steyr

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Fraktionsvorsitzenden haben nach dem Statut für die Stadt Steyr und der Geschäftsordnung für den Gemeinderat ein Einsichtsrecht in jene Unterlagen, welche zur Behandlung auf der Tagesordnung des Gemeinderates aufscheinen. Ein ähnliches Einsichtsrecht besteht für Ausschussmitglieder in Unterlagen, welche auf der Tagesordnung des Ausschusses stehen.

Da ein vergleichbares Einsichtsrecht für Stadtsenats-Mitglieder in Unterlagen hinsichtlich der Angelegenheiten, die im Stadtsenat zu behandeln sind und die auf der Einladung für die nächste Sitzung als Tagesordnungspunkte aufscheinen nicht geregelt ist, ist die Einsichtnahme der Stadtsenats-Mitglieder in diese Unterlagen derzeit nicht möglich.

Entsprechend einer Rechtsauskunft des Amtes der OÖ Landesregierung, Abt. Gemeinden, als Aufsichtsbehörde der Stadt Steyr, ist es eine Angelegenheit der inneren Willensbildung des Gemeinderates, ein derartiges Einsichtsrecht für Stadtsenats-Mitglieder in Stadtsenatsunterlagen zu normieren, wobei dies jedoch die Änderung der Geschäftsordnung des Stadtsenates erfordert.

Die unterzeichneten Mitglieder des Gemeinderates stellen daher den

Antrag an den Gemeinderat

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die in der Beilage beigeschlossene Verordnung, womit die Verordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 3. Juli 1992 betreffend die Geschäftsordnung des Stadtsenates der Stadt Steyr (GOST.) geändert wird, wird genehmigt.

Die Verordnung tritt am 1. Juli 2000 in Kraft und ist durch 2-wöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr kundzumachen.

VERORDNUNG

des Gemeinderates der Stadt Steyr vom betreffend

die Geschäftsordnung des Stadt-
senates der Stadt Steyr (GOSt.)

Die Verordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 3. Juli 1992 betreffend die Geschäftsordnung des Stadtsenates der Stadt Steyr wird wie folgt geändert:

I.

Nach § 2 wird folgender § 2a eingefügt:

§ 2a

Informationsrechte

Die Mitglieder des Stadtsenates sind berechtigt, hinsichtlich jener Angelegenheiten, die im Stadtsenat zu behandeln sind und die auf der Einladung für die nächste Sitzung als Tagesordnungspunkte aufscheinen, beim Magistrat in die zur Behandlung einer solchen Angelegenheit notwendigen Unterlagen einzusehen, sich Aufzeichnungen zu machen und die erforderlichen Auskünfte einzuholen. Auf Kosten des Magistrats kann auch die Anfertigung von Kopien verlangt werden. Die Bestimmungen über die Amtsverschwiegenheit bleiben hierdurch unberührt.

II.

Dieser Verordnung tritt am 1. Juli 2000 in Kraft und ist durch 2-wöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr kundzumachen.

Der Bürgermeister:

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Der Antrag steht mit in Behandlung. Als nächste zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. In einem kann ich ihnen nicht ganz folgen, Herr Kollege Spanring, und zwar wenn sie sagen, dieses Gremium ist nicht in der Lage einen Antrag an das Land zu stellen. Weil wenn sie im § 46 - Zuständigkeit des Gemeinderates lesen, dann steht da im Absatz 1, „Dem Gemeinderat sind unter anderem Anträge auf Änderungen des Statutes vorbehalten“. Das heißt, das ist absolut ein Antrag der in dieses Gremium hinein gehört. Dieser Antrag auf Geschäftsordnungsänderung kann ja auch nur ein Dringlichkeitsantrag sein bzw. ein Abänderungsantrag zu unserem Antrag, den wir eingebracht haben, und dieser kann jedenfalls heute nicht beschlossen werden, sondern müsste auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt werden.

Unverständliche Zwischenrufe verschiedener Mandatäre

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Eben, deshalb denke ich mir, können wir uns die Debatte über diesen Antrag ohnedies ersparen, weil er hier nicht beschlossen werden kann. Ja Herr Kollege Pfeil, ich muss sie ein bisschen ergänzen, sie haben gemeint, in Linz ist es nicht geregelt. In Linz ist es sehr wohl geregelt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Nein, das habe ich nicht gesagt. Ich habe gesagt, in Linz ist es geregelt, aber in Wels ist es nicht geregelt.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Okay, in Linz ist es geregelt. Im § 9 Abs. 2 haben sie nach Auskunft von Herrn Dr. Orthofer vom Verfassungsdienst, ein Einsichtsrecht, und zwar interessanter Weise nicht nur vor der Sitzung, sondern auch während der Sitzung. Das heißt, es ist dort als Stadtsenatsmitglied überhaupt kein Problem auch während der laufenden Sitzung Einsichtnahme zu bekommen. Dort ist es in der Geschäftsordnung geregelt worden. Wels und Steyr haben das in der Geschäftsordnung nicht geregelt. Trotzdem meint der Herr Hofrat Slapnicka von der Gemeindeabteilung des Landes, dass man es einfach ad hoc so sagen könnte: Alleine auf Grund der Legalitätsordnung, sprich jeder Mandatar ist für seine Entscheidungen ja verantwortlich, und deshalb muss jedes Stadtsenatsmitglied, logischer Weise analog zum Gemeinderat, die Möglichkeit haben, Einsichtnahme in die Akten zu bekommen, über die er dann entscheiden muss. Das heißt, wir bräuchten gar keine eigene Geschäftsordnung bzw. eine Geschäftsordnungsänderung dazu, sondern das lässt sich ableiten. Es ist völlig selbstverständlich, dass ich nur über das abstimmen und politisch die Verantwortung tragen kann, worüber ich mich auskenne, mit allem anderen würde man die Demokratie ad absurdum führen. In Wels hat sich dieses Problem bis dato nicht gestellt, und zwar deshalb nicht, weil die Welser etwas machen, was ich als sehr angenehm und demokratiepolitisch sehr bedeutsam empfinde. Dort werden nämlich im Regelfall sämtliche Akten, auch Stadtsenatsunterlagen, bis auf ganz wenige Ausnahmen, in den gemeinderätlichen Ausschüssen vordiskutiert. Das heißt, es gibt immer einen breiten Kreis, auch die Gemeinderäte sind eingebunden, und haben die Informationen vor der Abstimmung. Da war das auch nie ein Problem, und wenn

jemand sagt, er hätte gerne Akteneinsicht, dann ist ihm das selbstverständlich gewährt worden, ob er jetzt Stadtsenatsmitglied ist oder nicht. Von daher stellt sich diese Frage nicht. Ich sitze nicht im Stadtsenat, aber ich glaube ziemlich sicher, dass in den letzten Jahren auch das eine oder andere Mal ein Stadtsenatsmitglied Akteneinsicht verlangt hat, und diese auch gewährt bekommen hat. Darum kann ich mir nicht vorstellen, warum man plötzlich von einem Tag zum anderen draufkommt, dass dieses Recht nicht mehr möglich ist.

Es muss selbstverständlich sein, dass Mandatäre ein Akteneinsichtsrecht haben. Herr Dr. Pfeil hat das heute schon gebracht, dass man sich dieses Akteneinsichtsrecht gerade in Steyr sehr hart erkämpfen muss, in anderen Städten ist es etwas einfacher, aber hier muss man es sich jedes Mal wieder erkämpfen, und zwar nicht nur auf Grund dessen, dass es einem, was das Statut anbelangt, sehr restriktiv ausgelegt wird. Ich habe es heute schon erwähnt, ich bin Mitglied des Prüfungsausschusses, und trotzdem ist es mir nicht möglich den Gesamtakt, der Vorwärts betrifft, anzuschauen. Ich habe zwar ursprünglich einmal die Erlaubnis von Herrn Dr. Schmoll bekommen, dann ist alles kopiert worden, und auf einmal ist er zurückgepfiffen worden, nein das dürfen wir ihnen doch nicht geben, Weisung von oben, könnte ja irgendetwas drinnen stehen, was der normale Gemeinderat nicht erfahren sollte. Deshalb bekomme ich immer nur solche Teilakte aus diesem Akt. So viel zum Thema Akteneinsicht. Was ich in diesem Zusammenhang auch einmal betonen möchte ist, dass ich mir wünschen würde, dass sich bei den Akten generell einmal eine Änderung ergibt, und zwar was die Aktenverzeichnisse anbelangt. Wenn sie sich z. B. die Akten für die heutige Gemeinderatssitzung anschauen, dann gibt es ganz wenige Akten, wo ein Aktenverzeichnis vorhanden ist. Das heißt, wo ich sofort sehe, dieses und jenes ist in diesem Akt drinnen, und ich kann auch gleich beurteilen, ob dieser Akt vollständig ist. Bei den meisten Akten ist dies nicht der Fall, das heißt, ich weiß nicht einmal ob ich den Gesamtakt habe, gibt es darüber hinaus noch etwas. Nur bei ganz wenigen Fällen, das sind ungefähr eine Handvoll, weiß ich, da ist das Aktenverzeichnis und nach dem kann ich mich richten. Da würde ich wirklich dringendst ersuchen, das kann doch nicht so schwierig sein, ein Aktenverzeichnis anzulegen, gerade bei umfangreichen Akten, wo dann wirklich alles oben steht. Aber ich habe den Eindruck, das will man vielleicht bei manchen Fällen nicht unbedingt. Eines verstehe ich eigentlich bei dieser ganzen Akteneinsichtsgeschichte nicht ganz, nämlich es müsste doch eigentlich jedem hier herinnen, einschließlich dem Herrn Bürgermeister, ein großes Anliegen sein, verstärkt Akteneinsicht zu gewähren, auch jenen, denen es formal im Stadtstatut gar nicht zusteht. Und zwar deshalb, weil ich doch möchte, dass meine Gemeinderäte bestmöglich informiert sind, bevor sie ihre Entscheidungen treffen. Bestmöglich informiert bin ich aber nur, wenn ich alle Aspekte kenne, die zu dieser Entscheidung führen, und deshalb dürfte das ja überhaupt keine große Diskussion sein. Was die Vertraulichkeit anbelangt, die angesprochen wurde, da kann ich ja dann gleich sagen, damit ich verhindere dass irgendetwas in falsche Hände gelangt, gewähre ich überhaupt keine Akteneinsicht mehr. Dann habe ich das geschafft, dann geht das, aber so kann ich nicht einfach sagen, ich gewähre aus diesem Grund kein Einsichtsrecht. Was mich in diesem Zusammenhang jetzt wirklich interessieren würde ist, dass ich heute zwei unterschiedliche Auskünfte bekommen habe. Die eine Auskunft vom Magistratsdirektor war so, dass es bei jetzigem Stand keine Änderung der Geschäftsordnung gäbe, dass es kein Akteneinsichtsrecht für Stadtsenatsmitglieder gibt, egal ob der Kollege Mayrhofer, oder der Kollege Eichhübl zu ihm käme und Akteneinsicht verlangen würde, er bekäme sie nicht, weil es eben gesetzlich nicht vorgesehen ist. Kurz zuvor habe ich mit Herrn Mag. Golda vom Verfassungsdienst gesprochen, der hat nur gemeint, er versteht nicht, dass es diesen Antrag heute überhaupt gibt, weil man hätte sich ohnedies schon vor etwa einer Woche geeinigt, dass Stadtsenatsmitglieder die Akteneinsicht bekommen. Jetzt kenne ich mich irgendwie nicht ganz aus, wenn ich innerhalb des Magistrates zwei verschiedene Auffassungen zu diesem Thema habe. Selbstverständlich stehe ich auch hinter diesem

Dringlichkeitsantrag, generell wünsche ich mir aber, dass diese Diskussion eine Fortsetzung findet und zwar in einem dafür geeigneten Gremium, sprich im Finanz- und Rechtsausschuss. Das Thema Stadtstatut wäre in der nächsten Sitzung einmal wirklich aufs Tapet zu bringen, weil es gibt sehr viele Punkte die demokratiepolitisch anzugleichen sind. Ich möchte nur einen erwähnen, es ist überhaupt nicht einzusehen, dass die 3 Städte ein völlig anderes Recht haben als alle anderen Gemeinden in Oberösterreich und warum es, beispielsweise wenn ich heute Gemeinderat in Traun, Ansfelden, Braunau oder Schärding bin, dort Ersatzgemeinderäte gibt, in Linz, Wels und Steyr aber nicht. Das ist logisch nicht zu erklären.

Unverständlicher Zwischenruf von Frau Vizebürgermeisterin Friederike Mach

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Das steht so in der Gemeindeordnung, aber es ist demokratiepolitisch nicht zu erklären, warum ich mich in einer kleineren Stadt vertreten lassen darf, in einer größeren Stadt, wo der Arbeitsumfang viel größer ist, die Entscheidungen von viel größerer Bedeutsamkeit sind, mich aber nicht vertreten lassen darf. Dazu gibt es eigentlich nicht wirklich eine Begründung. Und wenn immer wieder gesagt wird, das Land Oberösterreich ist für die Änderung der Stadtstatute zuständig, so möchte ich sie nur daran erinnern, dass das Land Oberösterreich sehr wohl auch diesbezüglich auf unsere Wünsche eingehen wird. Nur wenn von uns keine herangetragen werden, dann wird es auch keine geben. Ich würde sie daher wirklich ersuchen diesem Dringlichkeitsantrag, in Richtung mehr Transparenz und mehr Kontrollmöglichkeiten der Gemeinderäte, ihre Zustimmung zu erteilen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Herr Kollege Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. Ich muss vorausschicken, alles was ich erfahren wollte, habe ich auch erfahren. Das gehört einfach irgendwie dazu, und nichts ist so fein gesponnen, dass es nicht doch an die Sonne kann.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Das sehen wir oft!

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Das ist der Dschungelfunk!

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Ja meinetwegen ist das Dschungelfunk, aber ich habe ehrlich gesagt noch nie, und wahrscheinlich war das was ich erfragen wollte auch unter Umständen nie so bedeutend, ...

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Neue Liebe zwischen Rot und Grün!

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

So, spinnen sie Linien?

Für mich ist ein Ausschuss eigentlich so eine Art Vorbereitungsgremium, und das was im Ausschuss miteinander beraten wird, geht ja dann, wie ich annehme, in nächster Stufe in den Stadtsenat, und das was dazwischen liegt, also das was da noch zusätzlich in den Stadtsenat kommt, sind wahrscheinlich auch Akten, die so dazwischen einfach daher kommen, also zwischen Ausschuss und Stadtsenat, und um diese geht es wahrscheinlich primär. Wenn ich mir vorstelle, dass ich als Gemeinderat oder Ausschussmitglied jederzeit das Einsichtsrecht habe, mir die zu beratenden Punkte im Ausschuss, vorher einmal anzuschauen, denn das ist mein gutes Recht, dann sehe ich nicht ein, dass das nächsthöhere Gremium, der Stadtsenat, das sage ich jetzt einmal so, ohne das besonders zu bewerten, dass dessen Mitglieder nicht erfahren dürfen, was in den Akten, die quasi noch nicht durch Ausschüsse durch sind, weil dann könnte man eh ohnehin erfahren, welchen Inhalt sie haben, also Akten, die so zwischen Ausschuss und Stadtsenatstagung kommen, was da drinnen steht. Das ist doch an und für sich unlogisch. Vor allem wenn man sich die Gebirge anschaut, die die Herrn Stadtsenatsmitglieder da immer mitschleppen, das ist ja nicht von der Hand zu weisen, dass man da den einen oder anderen Punkt näher durchleuchten will. Wenn das nicht geregelt ist, dann denke ich mir, ist da sicher ein Manko drinnen und im nächsthöheren Gremium, dem Gemeinderat, soll es dann wieder möglich sein, dass der Vorsitzende faktisch in die Akten des Gemeinderates Einsicht nehmen kann. Die gleichen Akten, die unter Umständen nicht durch Ausschüsse sondern nur durch den Stadtsenat durchgegangen sind, also irgendwie ist diese Linie ein bisschen zick zack. Also von der Logik her, auch wenn es der Vorsitzende ist, der quasi Einsicht in die Akten des Gemeinderates nehmen kann, ist das ja trotzdem dann offenkundig, wie beschlossen wurde, oder wie der Inhalt der Stadtsenatsakten zu werten ist. Also genau in der Mitte der Entscheidungsebene ist es den Mitgliedern des Stadtsenates nicht möglich hinein zu schauen, und das denke ich mir, ist doch ein bisschen seltsam, oder.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Sie machen sich Sorgen um die Stadtsenatsmitglieder?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Nein, er hat eh den Gemeinderat gemeint!

Zwischenrufe verschiedener Mandatare: Nein, nein!

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Nein, ich habe schon die Stadtsenatsmitglieder gemeint. Jetzt komme ich zum Antrag vom Herrn Dr. Pfeil. Der geht ja da dann noch weiter, weil er sagt, nicht nur die Stadtsenatsmitglieder, sondern auch die Gemeinderäte und Gemeinderätinnen. Und ich denke mir, wenn es nur um die Information geht, um die Inhalte der Akten, da könnten ja die handelnden Personen oft die gleichen sein. Ich will da nicht besonders unterscheiden, sicher ist ein Unterschied zwischen Gemeinderats- und Stadtsenatsmitglied, das ist mir schon klar, aber wenn es darum geht Information zu geben oder zurück zu halten, dann darf ich bitte keinen Unterschied machen. Wenn ich Stadtsenatsakte aus rechtlichen Gründen verweigere, aber obendrein als Gemeinderat, oder Fraktionsvorsitzender, da nehme ich einmal an, dass das bei manchen Fraktionen ident ist, dann die Möglichkeit habe, dann ist das schon etwas eigenartig. Es sind ja oft die gleichen, wie z. B. bei der Frau Kollegin Frech, sie ist Fraktionsvorsitzende einer 1-Frauen-Fraktion und kann sich gleichzeitig als Gemeinderätin bezeichnen, das ist ein ziemlich extremes Beispiel. Oder ich, als Vorsitzender der Grünen, werde natürlich mit dem Kollegen Kupfer über den Inhalt der Akten reden, das ist genau das was sie auch machen, denn ihre Vorsitzenden werden auch mit den Kolleginnen und Kollegen ihrer Fraktion reden. Also bitte, wo ist da der Unterschied, wenn ich jetzt hergehe und das sozusagen auch für die Gemeinderäte erweitere. Eine gewisse Unlogik ist schon in diesem System, oder wenn eine Logik da wäre, wird immer wieder mit quasi Killerphrasen gesagt, die Vertraulichkeit ist ja nicht so gewährleistet etc., dann weise ich auf den 1. oder 2. Satz zurück, den ich gesagt habe. Nichts ist so fein gesponnen, letzten Endes kommt es auch darauf an, was man mit dem macht, und beim letzten Gremium, dem Gemeinderat, der sozusagen öffentlich ist, sitzt die Presse da und kann sich einen Reim darauf machen. Also ich denke mir, sicher sind die Begriffe Transparenz und Offenheit schon sehr stark strapaziert worden, aber ich glaube, es kann in dieser Richtung keine Fehlentwicklung geben, wenn nämlich das unterste und das oberste Gremium diese Möglichkeit offen lässt, und gerade im Stadtsenat darf man es nicht. Also, ich bitte sie diese gewisse Unlogik auch zu bedenken und auch dementsprechend zu handeln.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Herr Dr. Pfeil zum zweiten Mal.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja, die Irrwege im Steyrer Stadtstatut bzw. in der Geschäftsordnung gehen ja noch weiter. Es ist ja auch so, dass alle Gemeinderäte die Unterlagen für den Stadtsenat zugesandt oder überstellt bekommen, aber wenn sie sich schlauer machen wollen, dann können sie sich nicht weiter informieren bzw. Akteneinsicht haben. Wenn Herr

Spanring sagt, dass ein Einsichtsrecht für Stadtsenatsmitglieder derzeit, wie sie wörtlich gesagt haben, nicht möglich ist, dann stellen sich zwei Fragen.

1. Haben wir das bis vor wenigen Wochen oder Monaten in der Illegalität gemacht?
2. Wie soll man wirklich verantwortungsbewusst entscheiden?

Es kann doch niemand gewollt haben, auch kein Gesetzesgeber oder Verwaltungsjurist, dass die Entscheidungsträger in die Unterlagen, über die sie zu befinden haben, nicht einmal Einsicht nehmen können. Das kann es doch wirklich nicht sein. Deshalb ist der Schluss, nur weil es nicht im Statut geregelt ist, ist es nicht erlaubt, sicherlich nicht richtig und wir werden dieser Sache sicherlich noch auf den Grund gehen, ob das alles berechtigt war, was da in den letzten Wochen passiert ist.

Und die zweite Geschichte, die jetzt auch noch offen bleibt, Herr Bürgermeister, weil sie haben sich an dieser Debatte bis jetzt überhaupt noch nicht beteiligt, ihr Magistratsdirektor hat einfach die Weisung erteilt, dass das nicht erlaubt sei, von ihnen habe ich dazu noch nichts gehört. Wie gehen wir bis zum 1. Juli 2000 weiter damit um? Ich weigere mich Stadtsenatsbeschlussakte weiter zu beschließen, wenn ich ab sofort die Unterlagen dazu nicht bekomme, bzw. weiter nicht bekomme. Das kann es doch nicht sein. Also, da wäre eine Regelung, ähnlich wie in Wels, einmal ad hoc notwendig. Dass hier einmal ein klares Wort gesprochen wird, dass für Stadtsenatsmitglieder ab sofort das Einsichtsrecht da ist, denn es steht nirgends drinnen, dass es verboten ist, dass wir nicht auf den 1. Juli 2000 warten, und dass im Sinne der Transparenz auch alle Gemeinderäte das Einsichtsrecht wahrnehmen können.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Also für mich ist dieses Thema niemals eine Fahnenfrage gewesen, ich habe das ja ausdrücklich erklärt, wie dies das erste Mal zur Debatte im Stadtsenat gestanden ist.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Aber sie haben es nicht unterbunden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja klar, was soll ich da unterbinden. Sie haben alle gesagt, dass es bisher eh nicht so ein Problem war, es ist erst anlässlich dieser öffentlichen, oder nichtöffentlichen Ausschreibung, betreffs dieser Studie von der Küche im APM aufgetaucht. Das war sozusagen der Auslöser, der Treibsatz für ihre enormen Aktivitäten, die sie ja auch medial verbreitet haben. Ich habe ihnen dort schon gesagt und das habe ich heute auch schon einmal gesagt, ich bin an und für sich daran interessiert, dass sich die Gemeinderäte informieren, damit sie hier Entscheidungen treffen können, und das wäre eigentlich wünschenswert. Das ist die eine Seite, bisher scheint das ja ohne größere Probleme passiert zu sein, und jetzt gibt es auf einmal so ein Theater, als ob die Welt einstürzen würde. Was steht eigentlich dahinter, was ist das Motiv einer solchen Geschichte? Mir ist nichts von großen Weisungen bekannt, die da neu gegeben wurden.

Normalerweise müssten unsere Beamten und Mitarbeiter des Magistrates das Statut und Geschäftsordnungen einhalten, und was da drinnen steht, nach dem müssen sie sich richten. Der eine wird das möglicher Weise ein bisschen anders interpretieren, wie der oder die andere, und es kann auch einmal eine Rückfrage an einen Rechtskundigen in unserem Haus geben, und der wird ihm dann sagen, wie das zu interpretieren sei. Wir haben diese Debatte gehabt, und ich persönlich habe nichts dagegen, wenn sich das einer anschaut, aber natürlich halte ich mich an das Statut und die Verordnungen, was ich ja auch beim Herrn Landeshauptmann hochheilig schwören musste. Da lass ich mich von rechtskundigen Beamten beraten, nachdem ich nicht Jus studiert habe und das möglicherweise auch nicht so geschafft hätte, für das hat man ja die Leute, damit man sich beraten lassen kann. Ihr seid ja sowieso alle gescheiter wie die, das ist so eine Eigenheit, die man haben muss, sie wissen alles besser Frau Kollegin Frech, und dann rufen sie da und dort an.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Nein, ich informiere mich nur!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, da kommen 3 Juristen zusammen und haben dann 5 Meinungen. Darum wundert es mich ja, dass bei 2 Juristen nur 2 Meinungen da sind.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Die war dieses Mal sehr einhellig!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Also, ich habe kein Problem dabei, wenn da hineingeschaut wird. Mit was ich ein Problem habe, das ist ganz etwas anderes. Wenn sie sich Kopien machen und dann an die Zeitungen schicken, wie geschehen, oder ganz genau vorgelesen beim Prüfbericht Seite 77. Wenn das dann in der Zeitung steht, ist das ein grober Missbrauch und in Wirklichkeit ein Verstoß gegen die Verschwiegenheit, zu der wir uns verpflichtet haben, und da hat ein jeder von uns ein Gelöbnis abgelegt. So rennt das ununterbrochen. Wenn ich ganz ehrlich sein soll, ist es mir auch total egal, ob das einmal drinnen steht oder nicht. Meistens ist es eh nicht so von Belang, aber man will ja ein großes Theater veranstalten. Mir geht es ja um die Lösung von Geschäftsfällen, Aufträge oder es geht um eine Verhandlungssituation, es steht ja auf der anderen Seite immer eine Partei, die eine Erledigung haben möchte. Es ist ja dann die Frage, was steht denn überhaupt in so einem Akt drinnen, was schreibt man denn da alles hinein, normal gehört alles hinein geschrieben. Aber wenn dort ununterbrochen wer herumkriecht und sich genau nach Verzeichnis die letzte Meldung heraus nimmt, was hat dieser oder jener gesagt, das kann nicht sein. Dem Verhandlungspartner während eines Verhandlungsvorganges irgendwelche interne Absprachen über eine Verhandlungslinie offen zu legen, das ist denkbar unklug. Das können sie in der Wirtschaft machen, aber sonst nirgendwo. Haben

sie schon einmal etwas von Betriebsgeheimnis gehört? Glauben sie, dass da der Vorstand oder der Geschäftsführer eines Betriebes Akteneinsicht liefert. Der muss sich überlegen, wie er für sein Unternehmen oder seinen Betrieb bestmöglich eine Erledigung findet. Die Öffentlichkeit kann den Deal wenn er steht und abgesprochen ist erfahren. Das ist ja ganz klar, da habe ich auch überhaupt nichts dagegen, es gibt ja auch nichts zu verheimlichen, und ich hoffe, dass in keinem Akt irgendeine Leiche drinnen liegt. Ich hoffe es nicht, ich habe jedenfalls keine Leichen produziert, ich habe dabei nicht das geringste Problem. Was mich stört, und was sehr brenzlich wird, wenn während eines Verhandlungsgesprächs für einen großen Deal ein Bruch der Amtsverschwiegenheit passiert, wenn irgendwelche Geschäftsdetails oder strategische Ansätze öffentlich in den Medien abgehandelt werden, dann kann man nämlich heimgehen.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wenn sie in den Stadtsenat kommen, sind sie eh schon meistens abgehandelt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich habe damit ja eh kein Problem, darum gibt es so einen Antrag, dass dieses auch offiziell zugänglich gemacht werden kann. Da schließt sich ja der Kreis, Information war ja immer möglich. Was da ununterbrochen auftaucht ist ja in Wirklichkeit mangelndes Vertrauen zu den handelnden Personen, und das ist mir unangenehm. Ich muss ihnen ganz ehrlich sagen, es ist mir unangenehm, denn es wird ja quasi ununterbrochen unterstellt, dass jeder lügt, was Platz hat. Ich muss sagen, es soll mir einer von ihnen sagen, dass ich ihn angelogen habe. Vielleicht habe ich mich manchmal geirrt, oder mich nicht richtig erinnert, das gebe ich schon zu, aber es soll mir einer sagen, dass ich ihn bewusst angelogen habe, das habe ich nie getan, und ich gehe auch davon aus, dass unsere Mitarbeiter nicht lügen. Ich lege Wert darauf, dass sie eine ordentliche Auskunft erhalten, wenn sie als Mandatar zu einem Beamten oder einem sonstigen Mitarbeiter des Magistrates gehen und eine Frage haben. Ich glaube, in der Regel und in der Vergangenheit ist das auch bisher so geschehen. Zumindest hat sich bei mir bisher kaum wer beschwert, es gibt immer nur ein paar solche Punkte. Es wird aus diesem einen Fall, wo dann übrigens eine Mehrheitsentscheidung getroffen und im Stadtsenat beschlossen wurde, eine Situation konstruiert, als wäre es als Mandatar nicht möglich, sich beim Magistrat ausreichend zu informieren, obwohl diese Vorgangsweise richtig war, denn auch Beamte brauchen erst ausreichende Information, müssen sich schlauer machen, fragen und versuchen nähere Detail zu erfahren. Und jetzt sage ich ihnen noch etwas, weil ihr immer von Linz und Wels redet. Mein Damen und Herren, in Wels und auch in Linz gibt es über Stadtsenatstagesordnungen überhaupt keine Unterlagen für Gemeinderäte, keine Amtsberichte und überhaupt keine Unterlagen. Es ist sowohl die Meinung des Herrn Bürgermeister Dobusch in Linz und die des Herrn Dr. Koits in Wels, dass der Stadtsenat seine Zuständigkeiten und der Gemeinderat auch seine Zuständigkeiten hat, und dass das unterschiedliche sind, jedenfalls in vielen Fällen, und daher eine Belastung, wie die das nennen, der Gemeinderäte mit Stadtsenatsagenden nicht erfolgt. Und wenn sie glauben, in Linz ist alles so viel leichter und besser als bei uns, dann ist das alleine aus der Größenordnung dieses Vereines sicher nicht wahrscheinlich. Also, ich habe kein Problem, wenn sie sich schlau machen, wenn sie sich darüber unterhalten, aber wo ich ein Problem habe, das ist eine fortgesetztes Nichtbeachten der Verschwiegenheitspflichten, aber da muss sich ein jeder selber auf die Brust klopfen. Daher glaube ich, wenn hier eine rechtliche Voraussetzung

geschaffen werden muss, dass sich die Stadtsenatsmitglieder diese Informationen verschaffen können, und das meinen unsere Juristen, dann würde das aus diesem Antrag, der von Herrn Spanring vorgetragen wurde und auch ausreichend unterstützt ist, passen. Im Hinblick auf eine Änderung oder Generalreparatur der Statuen habe ich persönlich keine Ambitionen, aber es ist ja naheliegend, dass sie Statutenänderung wollen, dass sie die Regeln ununterbrochen ändern wollen, damit es zum Schluss dann so ist, dass sie bestimmen was geschieht und nicht die Mehrheiten, oder dass das alles nichts ist, was wir da an Regeln haben. Ich muss ehrlich sagen, die Statuten sind noch sehr jung, ich gebe zu, dass es immer wieder Änderungswünsche und Vorstellungen gibt, die wird man in bestimmten Zeitabständen einbauen und es wird auch bei den Statuten im Oberösterreichischen Landtag keine Lex Steyr geben, insofern interpretiere ich die Ausführungen des Kollegen Spanring so, dass es nicht sehr von Erfolg gekrönt sein wird, wenn wir, gerade nachdem wir neue Statuten bekommen haben, die mühsam ausgehandelt wurden, Statutenanträge rüber schicken.

Gut, ich habe meine Meinung dazu gesagt. Frau Kollegin Frech, sie wünschen sich noch einmal dazu zu äußern.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Es freut mich, Herr Bürgermeister, dass sie zumindest nicht mich als Person gemeint haben können, was diese Geschichte anbelangt, dass aus Akten, möglicherweise aus laufenden Akten, irgendetwas weitergeleitet wird. Weil wenn es um laufende Verhandlungen geht, dann sind das im Regelfall Stadtsenatsangelegenheiten, und zu Stadtsenatsunterlagen hat ja ein Gemeinderat ohnedies keinen Zugang. Die Akten, die wir als einfache Gemeinderäte bekommen, wo wir Akteneinsicht haben, das ist zu einem Zeitpunkt, wo im Prinzip alles gelaufen ist, nämlich dann, wenn es auf der Tagesordnung des Gemeinderates ist. So viel dazu. Nur eines wundert mich schon sehr, irgendwie habe ich mir gedacht, muss ich heute eigentlich noch in den Gemeinderat gehen? Weil im Prinzip lese ich ja in der heutigen Rundschau, was nicht schon alles in diesem Gemeinderat beschlossen worden ist. Obwohl ja diese Angelegenheiten, alle Tagesordnungspunkte die heute hier herinnen waren, der Vertraulichkeit unterliegen. Gehe ich da Recht, da steht dick ein Stempel „Vertraulichkeit“. So, da lese ich auf der Seite 3 „Statut für Stadtwerke“, mit genauem Inhalt, „Stadt Steyr bekommt neues Statut“. Der Gemeinderat hat erst heute darüber abgestimmt, trotzdem lese ich es in der Steyrer Rundschau auf Seite 3.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Das war ja auch schon im Radio!

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Nur soviel, zum Thema Vertraulichkeit, da wird scheinbar mit unterschiedlichem Maß gearbeitet. Auf Seite 3 lese ich ebenfalls „Stadt sponsert Restaurierung“. Ganz genau die Restaurierungen aufgeführt, die Lorettokapelle usw., auch der genaue Betrag. Dann blättere ich um, auf Seite 5 steht „Stadt sponsert Sportheimumbau“, bis ins Detail sehe

ich genau, wie die Förderungssituation aussieht. Dann kann ich noch ein bisschen weiter blättern, da komme ich dann zum Styriagrund, ganz interessant. Da wird sogar darauf hingewiesen, „Die Stadt einigte sich auf einen Preis von S 650,--, ursprünglich war das Gutachten allerdings höher, wie viel Quadratmeter das sind“ usw. Das heißt, im Prinzip führen wir uns ja ad absurdum, und nachdem ich da nirgendwo eine Partei gelesen habe die sagt, das wird jetzt gemacht, und der ich jetzt Vertraulichkeitsbruch vorwerfen könnte, muss ich eigentlich davon ausgehen, dass das offizielle Mitteilungen seitens des Magistrates waren. Und so kann es doch wohl nicht sein, dass es auf der einen Seite immer so im Raum steht, wir können euch keine Akteneinsicht gewähren, weil dann ist es nicht mehr vertraulich, und dann geht ihr zur Presse. Wenn auf der anderen Seite sogar die offizielle Pressestelle des Magistrates diese Aussendungen scheinbar zu einem Zeitpunkt macht, wo noch kein gültiger Beschluss vorliegt, obwohl der Gemeinderat beschlussfassendes Organ ist. Da fühle ich mich dann wirklich gelinde gesagt, verzeihen sie mir das Herr Bürgermeister, ich fühle mich veräppelt, wenn ich zuerst ihre Moralpredigt höre und dann dieses. Und zum anderen, habe ich auch schon oft miterlebt, gerade bei Stadtsenatsangelegenheiten, dass die Medien über das Ergebnis sehr wohl schon informiert waren, und die laufende Sitzung hat erst stattgefunden, und die Abstimmung war noch gar nicht. Nur weil man dadurch, dass die Stadtsenatsmehrheit ohnedies gegeben ist, gewusst hat, wie es ausgehen wird. Also da mit unterschiedlichem Maß zu messen, und dann noch herzuzugehen und zu sagen, liebe Gemeinderäte ihr bekommt kein Einsichtsrecht, weil wir immer um die Vertraulichkeit fürchten, das kann es wirklich nicht sein. Und das ist genau das, was der Gemeinderat Apfelthaler zuerst gemeint hat, das ist nicht logisch. Selbstverständlich soll jeder Gemeinderat seine Akteneinsicht haben, das nur am Fraktionsobmann aufzuhängen, das finde ich auch skurril. Weil wenn ich Mitglied in einem Ausschuss bin, dann soll ich selbstverständlich die Möglichkeit haben, mich zu informieren und Einsicht zu nehmen. Also da, geschätzter Herr Bürgermeister, würde ich sie schon bitten in Zukunft wirklich klar zu stellen, was ist vertraulich und was nicht, und sich auch von offizieller Stelle daran zu halten. Damit ich nicht bevor ich in den Gemeinderat gehe, schon in der Zeitung sehe, wie ich oder der Gemeinderat heute abgestimmt hat.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Es freut mich sehr, dass sie die Steyrer Rundschau zum Vortrag bringen, Frau Kollegin. Ich kann ihnen nur eines sagen, ich weiß nicht über wie viele Jahrzehnte die Presse nach der Stadtsenatsitzung über die Ergebnisse der Beschlüsse informiert wird. Jedenfalls erinnere ich mich, dass es beim Herrn Bürgermeister Fellingner auch so war. Der Bürgermeister ist, zur Zeit jedenfalls, für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig. Der Stadtsenat beschließt, die Rechtskräftigkeit tritt in manchen Punkten sofort ein, das ist eine Frage der Wertgrenzen oder der Materie, bei einer entsprechenden Größenordnung wird der Gemeinderat damit befasst. Das steht eh alles im Statut. Wenn eine Beschlussfassung erfolgt ist, ist es natürlich wünschenswert, dass die Öffentlichkeit darüber informiert wird, und zwar richtig und korrekt im Sinne der Beschlüsse. Wir könnten natürlich, wenn wir das ernst nehmen was sie da gerade gesagt haben, denn darauf würde das ja hinauslaufen, Frau Kollegin, diese Information an die Medien einsparen. Wir machen eine Stadtsenatsitzung und dann ist die nächste Gemeinderatssitzung unter Umständen erst in acht Wochen, das ist durchaus möglich.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Da geht es um Gemeinderatsbeschlüsse, die noch nicht beschlossen waren!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Dann wird das so sein, die Öffentlichkeit wird nach der Stadtsenatssitzung offiziell nicht informiert und inoffiziell geschieht es aber über eine gewisse Tröpferlinformation, die dann möglicher Weise nicht in dieser Unmittelbarkeit passiert, vielleicht zufällig, ein jeder erzählt dann irgendwo etwas, das wäre dann das Ergebnis. Schauen sie, es geht ja nur darum, ich werde bei meinem nächsten Pressegespräch die Herrn Vertreter der Medien darauf aufmerksam machen, dass eine Reihe von Beschlüssen die Rechtskräftigkeit erst dann erlangen, wenn der Gemeinderat beschließt, und der Fall ist erledigt. Aber das ist an und für sich bei den Medien eh bekannt, sie müssten halt jedes Mal hinein schreiben, „Sollte auch der Gemeinderat dieser Auffassung sein, dann wird das rechtskräftig, jetzt hat es nur der Stadtsenat beschlossen.“ Also, wenn der Stadtsenat mit Mehrheit beschließt, dann ist anzunehmen, dass bei den Fraktionen, die das ja auch beraten haben, die also hier diesen Stadtsenatsmitgliedern zuzuordnen sind, dass eine ähnliche Meinungsbildung und ein Abstimmungsverhalten in Mehrheit vorliegen wird. Also wird das dann seine Rechtskraft erlangen.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Aber auch nur nach bestem Wissen und Gewissen, und falls beim Gemeinderat aber noch eine zusätzliche Information dazu kommen sollte, die diesen Beschluss relativiert, dann könnte es ohne weiteres sein, dass ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja da wird man auch keine Schwierigkeit haben, da wird man sagen, obwohl der Stadtsenat das beschlossen hat, ist der Gemeinderat diesem Beschluss nicht beigetreten, und daher wird dieser Beschluss nicht rechtskräftig. Es sei denn, er ist im Stadtsenat mit Dringlichkeit gefasst worden. So schaut das in Wirklichkeit aus. Ich finde es aber schön langsam schon lustig, dass gerade ihr beide euch so erregt, ihr seid doch die Vorreiter bei den schnellen Meldungen in Richtung Medien. Ihr setzt ununterbrochen Meldungen ab. Ich treffe mich mit den Medien nach den Stadtsenatssitzungen und sage was beschlossen worden ist, und das auch nur wenn mich wer fragt. Aber ich lese jeden Tag was der Herr Kupfer in Bezug auf die Wartehäuschen meint, oder dass er irgendeinen Masterplan machen will, oder sonst irgendetwas.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Das hat aber nichts mit Vertraulichkeit zu tun!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Aber was glauben sie, was ich alles den Zeitungen erzählen könnte? Mir würde unheimlich viel einfallen. Ich mache das aber nicht, ich lasse nur nach einer Stadtsenatsitzung eine Presseausendung machen, oder ich mache ein Pressegespräch.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Aber wenn der Pressesprecher das vorher hinaus posaunt, wie wir es schon öfter gehabt haben, die Stadtsenatsunterlagen sind draußen gewesen, der Beschluss ist aber erst einen Tag später gefasst worden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Noch eine Wortmeldung? Bitte sehr, ich bin froh wenn das jetzt noch ein bisschen erörtert wird.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, speziell zum letzten Teil dieser Diskussion, ob das vertraulich ist oder nicht, liebe Frau Kollegin Frech. Die Tagesordnung auf der Einladung zur Gemeinderatssitzung ist mit 15. März datiert, und mit diesem Datum ist sie auch öffentlich an der Amtstafel ausgehängt und es kann sich jeder schlau machen, was auf der Tagesordnung der nächsten Gemeinderatssitzung drauf steht. Und wenn sie jetzt alterieren, dass heute in der Steyrer Zeitung drinnen steht, dieses und jenes wird der Gemeinderat beschließen, ja dann kann ich genauso gut sagen, ich kann die Berichterstattung aufgrund der Tagesordnung genau so machen, dass das der Gemeinderat beschließen wird. Und wie es der Herr Bürgermeister schon gesagt hat, der Stadtsenat wird allgemein als Stadtregierung anerkannt oder interpretiert. Was passiert denn im tagtäglichen politischen Leben, egal ob das jetzt auf Landes- oder Bundesebene ist? Da gibt es sehr wohl auch die Amtsverschwiegenheit, die Vertraulichkeit der Akten, aber wenn eine Regierungsvorlage beschlossen wird, dann wird sich der Bundeskanzler oder der zuständige Minister nach einem Ministerrat sehr wohl vor die Öffentlichkeit hinstellen, und sagen was eingebracht wird. Und nichts anderes passiert hier, und das hat mit einer Vertraulichkeit eines Akteninhaltes überhaupt nichts zu tun. Bitte bleiben sie da am Boden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es noch weitere Wortmeldungen?

Dann würde ich noch um eine Zusammenfassung aus der Sicht eines Rechtskundigen ersuchen. Herr Magistratsdirektor bitte.

MAGISTRATSDIREKTOR OSR DR. KURT SCHMIDL:

Geschätztes Präsidium, liebe Mitglieder des Gemeinderates. Ich möchte wieder zur Sache zurückkommen, zum Unterlageneinsichtsrecht bzw. zum Informationsrecht der Mitglieder des Gemeinderates. Ich möchte das Bild noch ein bisschen mehr erhellen, das der Herr Bürgermeister in seinem Statement zu dieser Sache schon aufgehellte hat. Grundsätzlich hat jedes Mitglied des Gemeinderates ein Informationsrecht. Vom Gemeinderat Apfelthaler bis zum Gemeinderat Ing. Hoflehner, ein Informationsrecht in allen Angelegenheiten die auf der Tagesordnung zum Gemeinderat, zum Stadtsenat und auf den Ausschusstagesordnungen stehen, über alle diese Punkte kann sich jedes Gemeinderatsmitglied bei den einzelnen Sachbearbeitern informieren lassen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das wissen wir ja eh, um das geht es ja nicht!

MAGISTRATSDIREKTOR OSR DR. KURT SCHMIDL:

Diese Informationen hat auch noch jeder bekommen, wie der Gemeinderat Apfelthaler auch bestätigt hat. Das Unterlageneinsichtsrecht ist im Statut aber lediglich für die Fraktionsvorsitzenden und für jene Angelegenheiten, die auf der Tagesordnung einer Gemeinderatssitzung stehen statutarisch festgelegt. Ergänzend zu dieser statutarischen Bestimmung haben wir in den Geschäftsordnungen auch noch unterschiedliche Regelungen. Und zwar dahin gehend, daran werden sich sicherlich alle Ausschussmitglieder auch erinnern, dass alle Gemeinderäte, die in einen Ausschuss hineingewählt worden sind, ein Unterlageneinsichtsrecht für alle Tagesordnungspunkte bei den Ausschüssen haben. Nicht geregelt haben wir aber ein Unterlageneinsichtsrecht für die Mitglieder des Stadtsenates und für jene Tagesordnungspunkte, die auf einer Stadtsenattagesordnung sind. Das ist, meiner Ansicht nach, eine echte Lücke in der Geschäftsordnung des Stadtsenates und man kann auch diese Lücke nicht so schließen, wie es ein Hofrat der Gemeindeabteilung, der gar kein Hofrat ist, gesagt haben soll. Der nämlich meint, dass die Fraktionsobleute quasi das Unterlageneinsichtsrecht für die Gemeinderatstagesordnung haben, dass man das auch explizit auf die Stadtsenattagesordnung ergänzen kann. Da hat er wahrscheinlich eine Bestimmung der OÖ Gemeindeordnung im Kopf, wo das auch so im Landesgesetz verankert ist. Bei uns im Statut steht es aber nicht so drinnen, daher kann man, meiner Ansicht nach, diesen Analogieschluss auch nicht machen. Der einzig richtige Weg wäre der, die Geschäftsordnung für den Stadtsenat eben dahingehend zu ergänzen, wie sie jetzt in einem Vorschlag dem Bürgermeister vorliegt. Das müsste nach unserem Statut auf die Tagesordnung der nächsten Gemeinderatssitzung gesetzt werden und sollte dort, meiner Ansicht nach, auch eine Mehrheit finden.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Aber Herr Magistratsdirektor, das heißt nur für die Stadtsenatsmitglieder, aber das höchste Organ, das wir hier herinnen haben, der Gemeinderat, da kann ich als Gemeinderatsmitglied mehr oder weniger Einsicht nehmen, und das darunter liegende Organ, der Stadtsenat kann das nicht ...

MAGISTRATSDIREKTOR OSR DR. KURT SCHMIDL:

Der Sinn ist der, und den will ich hier ganz offen ansprechen, dass jenes Gremium, das einen Beschluss herbei zu führen hat, neben dem Informationsrecht auch das Unterlageneinsichtsrecht haben soll. Wenn das die Gemeinderäte für die Gemeinderatstagesordnung, die Ausschussmitglieder für die Ausschusstagesordnung haben sollen, dann logischer Weise auch die Stadtsenatsmitglieder für die Stadtsenatsstagesordnung.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Das heißt, für die Tagesordnungspunkte der Gemeinderatssitzung volles Einsichtsrecht ...

MAGISTRATSDIREKTOR OSR DR. KURT SCHMIDL:

Nein, das ist im Statut geregelt, dass lediglich die Fraktionsvorsitzenden oder die schriftlich von ihm Bevollmächtigten dieses Unterlageneinsichtsrecht haben, und das hat auch seinen Grund. Das hat auch den Grund, dass es im Statut eindeutig festgelegt ist, dass der Fraktionsvorsitzende einer Fraktion mit mindestens drei Mitgliedern vermehrte Aufgaben hat und dafür auch mehr Geld bekommt. Und eine seiner Aufgaben ist es natürlich auch, seine Fraktion zu informieren.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Aber Herr Magistratsdirektor erlauben sie mir trotzdem die Frage. Wie kommen sie zu der Feststellung, dass das Einsichtsrecht für Beschlussakte, weil es nicht geregelt ist, im Analogieschluss verboten ist, wie heute schon mehrfach gesagt worden ist, und dass sie es Beamten verbieten? Das ist die erste Frage, die hier schon noch beantwortet werden soll. Und wie regeln sie, wenn jetzt der geringere Antrag, der enger gefasste Antrag, heute beschlossen wird, dass er dann auf die nächste Tagesordnung kommt mit Stichtag 1 Juli? Wie regeln sie das Einschaurecht bis zum 1. Juli 2000?

MAGISTRATSDIREKTOR OSR DR. KURT SCHMIDL:

Zum Einen sind im Statut die Mindestanforderungen festgelegt, was das Unterlageneinsichtsrecht betrifft. Alles darüber hinaus gehende muss in Geschäftsordnungen festgelegt werden. Das ist für die Ausschüsse geschehen, jedoch nicht für den Stadtsenat. Ganz eindeutig und klar, und wie das in Zukunft geregelt werden soll, darüber habe ich einen Vorschlag gemacht. Da möchte ich jetzt aber noch einen Widerspruch aufklären, den die Frau Gemeinderätin Frech aufgeworfen hat. Es ist in der letzten Stadtsenatssitzung nicht vereinbart worden, dass sämtliche Stadtsenatsmitglieder das Unterlageneinsichtsrecht haben, sondern ich habe dort lediglich den Vorschlag unterbreitet, dass den Fraktionsvorsitzenden der im Stadtsenat vertretenen Fraktionen bis zur endgültigen Verordnungsregelung dieses Unterlageneinsichtsrecht gewährt werden kann, wenn sich diese Fraktionsvorsitzenden

einig sind. Auf diesen Vorschlag habe ich jedoch keine Antwort bekommen. So war das.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Also gut. Ihr sagt zwar immer ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das ist absurd!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sie wissen ja gar nicht was ich sagen wollte.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Die Situation ist absurd, dass wir über solche Sachen diskutieren müssen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ihr sagt immer, die Politik kann keine Leute beschäftigen, aber ich muss sagen, die Art Politik zu machen, wie ihr das könnt, ihr könntet eine Kompanie Juristen beschäftigen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Nicht wir! Nur weil es nicht drinnen steht, hat noch niemand eine Antwort gefunden hat, nur weil es nicht drinnen steht, ist es nicht geregelt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das macht ja auch gar nichts, jetzt kommt ja ein Antrag, wo das möglich sein soll. Warum sind sie so vergrämt? Sie erreichen ja ihr Ziel, ich habe nie gesagt, dass ich ein Problem habe, nur weil sie da hinein schauen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das sind die leeren Kilometer in der Politik!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das sind leere Kilometer, da gebe ich ihnen Recht. Daher kommen wir jetzt zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag, der hier von der Freiheitlichen Fraktion, den Grünen und der Liberalen Fraktion unterstützt ist, und an die Landesregierung, den Landtag gehen würde, um hier eine Statutenänderung vorzuschlagen. Über den stimmen wir zuerst ab.

Wer für diesen Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen. 11 (FPÖ, GAL, LIF). Wer ist gegen diesen Antrag? 23 (SPÖ, ÖVP). Stimmenthaltung? Keine. Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Der zweite Antrag, der hier eine Änderung der Geschäftsordnung des Stadtsenates zur Folge haben soll, soll dem Ausschuss für Finanz, Recht und Wirtschaft zugeordnet werden und kommt auf die Tagesordnung der nächsten Gemeinderatssitzung. Das ist somit kundgetan und zur Kenntnis genommen.

Aber jetzt ist die Tagesordnung erschöpft, und wir kommen nun zur „Aktuellen Stunde“.

Vorher teile ich aber noch mit, dass wir heute insgesamt S 71,921.550,-- durch Vergabebeschlüsse bewegen werden.

„Aktuelle Stunde“ - SPÖ? FPÖ? Grüne? Liberale? Habe ich jetzt die ÖVP vergessen? Ich denke mir ja, irgendetwas geht mir ab. ÖVP? Frau Pramendorfer bitte.

GEMEINDERÄTIN CLAUDIA PRAMENDORFER:

Wertes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Unser Thema ist für mich so etwas wie eine Causa Prima. Das hört man jetzt sehr oft im Bezug zur Bundespolitik. Der bundespolitische Konnex ist nur, dass sich die FPÖ Minister auf der bundespolitischen Ebene jetzt einer relativ moderaten Wortwahl betätigen. Das hat sich aber leider nicht bis zur unteren Ebene, der Gemeinderatsebene, durchgesprochen. Bezugnehmen möchte ich auf die Zeitungsartikel von der Frau Kollegin Reznar in der Steyrer Rundschau, in der Freiheitlichen Gemeindezeitung, und in der Kronenzeitung. Sie werden wahrscheinlich an meiner Stimme merken, dass das ein Thema ist, das mich emotionell sehr berührt. Ursprünglich habe ich mir gedacht, ich reagiere nicht darauf, weil ich bin bereit in einer Diskussion eine Stufe herunter zu steigen. Zehn Stufen wollte ich nicht herunter steigen, aber ich mache gerade so etwas wie einen Fitnessaufbau und da habe ich mir gedacht, dass ich das doch tue, und auf diese Artikel eingehe. Sie unterscheiden ganz offensichtlich zwischen guten und schlechten Steuergeld. Das ist eine Unterscheidung, die ich sehr interessant finde, es freut mich aber, dass sie dem Hilfswerk das gute Steuergeld zuordnen. Das interessante Zitat „Volkshilfe - nur über meine Leiche“, das sie dem Herrn Stadtparteiobmann zusprechen, also so etwas wie dieses Zitat, oder „Darauf können sie Gift nehmen“, ist vielleicht etwas, was dem einfachen Parteimitglied und Landeshauptmann von Kärnten Dr. Jörg Haider zuzuordnen ist, aber sicher nicht dem Wortschatz des Herrn Stadtparteiobmannes Gunter Mayrhofer entspricht. Wo sie aber jegliche Sachkenntnis vermissen lassen, ist schon einmal der Ausdruck Tagesheimstätte. Denn dann haben sie vollkommen

verkannt, um welches Projekt es hier überhaupt geht. Hier geht es nicht um eine Tagesheimstätte, sondern um ein Tagespflegezentrum. Ich möchte aber im Sinne dieses Projektes erklären, wie es dazu gekommen ist, weil ich es wirklich für ein hervorragendes Projekt halte. Ich bitte daher alle, die fähig sind, ihre parteipolitische Brille abzunehmen, sich auf die Sachebene zu begeben und nicht auf der parteipolitischen Ebene zu bleiben. Grundsätzlich, das möchte ich vorausschicken, war das einmal ein Projekt, das aus der täglichen Arbeit von Physiotherapeuten entstanden ist. Das sind die täglichen Erlebnisse die man hat, wenn man zu Patienten nach Hause kommt und sieht, wie schwer es die Angehörigen zum Teil haben. Da möchte ich auch gleich auf den Kollegen Apfelthaler eingehen, das ist kein Projekt, wo wir uns Versorgungsjobs schaffen. Wenn sie die Warteliste von freiberuflichen Physiotherapeuten in Steyr sehen, dann wissen sie, dass die alle keine Versorgungsjobs nötig haben, inklusive meiner Person.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Was heißt das?

GEMEINDERÄTIN CLAUDIA PRAMENDORFER:

Na ja, die Aussagen, dass sich die Frau Mayrhofer und ich vielleicht Versorgungsjobs schaffen. Das ist nicht notwendig, wir haben wirklich ausreichend und genug zu tun.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Das ist ja nicht ernst zu nehmen.

GEMEINDERÄTIN CLAUDIA PRAMENDORFER:

Aha, das ist es nicht. Das freut mich, dass das wenigstens nicht ernst zu nehmen ist. Ich verstehe natürlich den Ärger mancher Mandatäre, dass sie nicht selber die Idee für ein derartig gutes Projekt gehabt haben, aber es kommt nun einmal von uns. Die Frau Mayrhofer und ich waren vor 1 ½ Jahren bei der Frau Vizebürgermeister um diese Idee zu lancieren, die Frau Vizebürgermeister wird sich wahrscheinlich daran erinnern. Damals hat es geheißen, von Seiten der Stadt gibt es dafür leider kein Geld. Wir haben dieses Projekt aber nicht aufgegeben, Hartnäckigkeit gehört zu den vorherrschenden Eigenschaften von Physiotherapeuten, das braucht man im Umgang mit manchen Patienten.

Unverständliche Zwischenrufe verschiedener Mandatäre

GEMEINDERÄTIN CLAUDIA PRAMENDORFER:

Das macht nichts, dann potenziert es sich eben, Physiotherapeuten und ...

Unverständliche Zwischenrufe verschiedener Mandatäre

Ordnungsruf

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Frau Pramendorfer, sie haben 5 Minuten. 1. Warnhinweis.

GEMEINDERÄTIN CLAUDIA PRAMENDORFER:

Wir haben 5 Minuten, das wird sich ausgehen. Davon ziehen sie mir aber dann die Zwischenrufe ab.

Wir wollten das Projekt natürlich nicht aufgeben, sondern haben uns einfach überlegt, wie können wir das doch umsetzen. Das Hilfswerk, das sie alle nur unter der parteipolitischen Brille sehen, betreibt ein derartiges Projekt in Mödling. Was lag näher, nachdem die Partei nicht als Träger eines solchen Objektes auftreten kann, als sich einen Träger zu suchen, der in diesem Bereich bereits Erfahrung hat. Dieser Träger „Hilfswerk“ macht genau dasselbe, wie alle anderen Gruppen in diesem Bereich, er sucht um eine Subvention an. Dem Herrn Mayrhofer ist es dann Gott sei Dank gelungen, in Budgetverhandlungen dafür einen Ansatz zu erreichen, weil ich möchte nicht wissen, wie die Häme über uns hereingebrochen wäre, wenn wir dieses Projekt, das man durchaus auch frei finanzieren kann, durchgeführt hätten, dann hätte ich ganz sicher von diversen Seiten unheimliche Schläge gekriegt, ob der unsozialen Haltung der ÖVP, die es nur begüterten Menschen ermöglicht, eine derartige Tagesheimstätte, Tagespflegezentrum in Anspruch zu nehmen. Weil natürlich klar ist, wenn hier keine öffentlichen Subventionen und öffentliche Gelder verwendet werden, dann hat man mit einem Tagsatz von 700,- bis 900,- Schilling zu rechnen, was sehr viel ist. Daher sind wir sehr froh, dass es dem Herrn Mayrhofer gelungen ist. Es hat auch ein Einsehen vom Herrn Bürgermeister gegeben, dass dieses Projekt ein unheimlich wichtiges Projekt ist, ein Projekt das ganz sicher auch zur Entschärfung auf dem Gebiet der Pflege alter pflegebedürftiger Menschen beitragen kann. Ich würde diejenigen, die Projekte immer durch die parteipolitische Brille anschauen, wirklich herzlich bitten, vielleicht ist es hier möglich, zwischen Parteipolitik und Sachpolitik zu unterscheiden und so ein Projekt nur von der sachpolitischen Seite anzuschauen und daher auch nicht mit unqualifizierten Zwischenrufen zu behindern. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr.

Dazu SPÖ?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ja, Frau Pramendorfer, ich möchte dazu sagen, wir haben es im Sozialausschuss

angesprochen, und ich habe auch darum gebeten, dass diese Einrichtung im Detail im Sozialausschuss vorgestellt wird. Es stimmt, wir haben vor 1 ½ Jahren darüber gesprochen, aber die Details darüber kenne ich auch nicht. Ich habe auch in der Zeitung von der FPÖ gelesen, wie die Frau Reznar schreibt „Es gibt aber bis heute kein Konzept. Die SPÖ-Sozialreferentin gibt sich ahnungslos.“ Ich gebe mich nicht ahnungslos, aber ich weiß auch nicht mehr. Das sind immer solche Aussagen von ihnen, aber sie wissen, dass sie meistens ahnungslos sind. Eines muss ich auch sagen, sie haben dann geschrieben „Keiner der 3 in Steyr ansässigen politisch unabhängigen Sozialhilfvereine“, in der Steyrer Rundschau haben sie sich schon verbessert, denn da haben sie schon „2“ geschrieben. Da ist eben der Fehler passiert, denn sie haben ja zuerst auf die Volkshilfe hinpecken wollen, die sehr gute Arbeit leistet, und haben natürlich das Hilfswerk gleich miteinbezogen. Da ist ihnen in der eigenen Zeitung der Fehler passiert. Wie ich es gelesen habe, habe ich lachen müssen, und mir gedacht, schau her, sie hat es schon anerkannt, das sie gute Arbeit leisten. Ich möchte noch einen Satz dazu sagen, wir werden es vorgestellt bekommen, ich habe auch bereits deponiert, dass man es im Sozialausschuss im Detail vorgestellt bekommt. Aber zu einem muss man sich vor allen Dingen bekennen, man soll alte Menschen nicht verunsichern, und diese Schreibung von ihnen, liebe Frau Reznar, ist eine Verunsicherung der alten Menschen, denn die wissen nicht mehr, wie das wirklich läuft. Ich wünsche ihnen, dass sie bis ins hohe Alter gesund bleiben und nie eine Hilfe brauchen, weil vielleicht geht es ihnen dann auch so, dass sie sich durch solche Meldungen verunsichern lassen. Ich besuche sehr viele alte Leute, und überall wo ich hingehere teilen sie mir mit, dass sie nicht mehr wissen, was da wirklich gemacht wird. Können sie da überhaupt hingehen, kriegen sie da überhaupt eine Hilfe? Die sind so verunsichert, denn was hat der alte Mensch, der auch krank ist? Der ist auf eine Hilfe von uns angewiesen, dass wir Einrichtungen schaffen, wo ihnen Hilfe gegeben werden kann, und das hat mit einer Parteipolitik überhaupt nichts zu tun und darum kann ich sagen, wenn sie nicht mehr zu schreiben haben, als das, dann tun sie mir Leid. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

FPÖ?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine Damen und Herren. In Steyr gehen die Uhren tatsächlich noch etwas anders. Hier wird weiterhin im Gleichschritt der ÖVP und SPÖ gegangen, wie wenn es auch bundespolitisch keine Veränderung gegeben hätte. Das hat man ja ganz klar beim letzten Antrag über die Statutenänderungsmöglichkeiten gesehen, dass hier sehr gut haltende Bande geflochten worden sind und wenn man eben dann der Volkshilfe das Plazet gibt, dann muss man natürlich auf der anderen Seite auch dem Hilfswerk das Plazet geben. So ist einfach die Tatsache, und was wir wollen ist eben das, dass man diese Sozialvereine aus dem Einfluss der Parteien herausnimmt. Es ist ja tatsächlich so, dass weder MOHI, noch Heim- und Hauskrankenhilfe gefragt worden sind, ob sie so ein Modell erstellen können oder nicht. Es heißt ja in Steyr, was die einen haben, das wollen wir auch haben und wir wollen auch einen Sozialhilfverein haben, und man will sich die Stadt eben auch hier aufteilen. Das kennen wir auch aus anderen Bereichen. Es ist auch an der Grenze der Peinlichkeit, dass man es dann nicht einmal der Mühe wert

gefunden hat, im Sozialausschuss bis Mitte März ein Konzept vorzustellen. Wenn man in Linz im Sozialbereich vom Landesrat Ackerl anruft, da wird man an die ÖVP Steyr verwiesen. Das kann es ja auch nicht sein. Das ist gemacht worden, doch es heißt dann, das ist nicht von uns, da wissen wir nichts davon, das ist die ÖVP in Steyr. Hören sie doch mit den parteipolitischen Einflussmöglichkeiten für unsere alten Leute auf.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Spricht die ÖVP auch noch einmal dazu?

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Ja, dürfen wir?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja bitte sehr. Sowieso.

Gelächter

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Ich hätte ja gemeint, wir dürfen nichts mehr dazu sagen. Mir ist es um diese Sache sehr ernst, weil es mir wirklich darum geht, dass wir den älteren Herrschaften helfen. Es werden einfach Behauptungen gemacht, die nicht stimmen. Ich war selbst bei der Budgetverhandlung dabei, von der man sagt, dass der Herr Mayrhofer gesagt hätte, ich sage ja zur Volkshilfe, damit dann auch das Hilfswerk kommen kann, das stimmt einfach nicht. Wir haben damals verhandelt, um eine weitere Möglichkeit für die Altenbetreuung, eine mobile Altenbetreuung zu geben, da war kein Wort von Hilfswerk. Wir haben einmal mit dem Herrn Bürgermeister, und einmal mit der Frau Vizebürgermeisterin Mach verhandelt und da ist überhaupt nichts davon geredet worden. Das ist einmal das Erste, fürs Zweite möchte ich sagen, wir haben uns sehr wohl als ÖVP für die Sache eingesetzt, aber, und das hätten sie jetzt auch sehen können, wir haben das jetzt aus den Händen unserer Partei gelegt, und wir haben das jetzt dem Hilfswerk übergeben. Wir haben geschaut, dass wir das Geld auftreiben, wir haben verhandelt, dass wir Geld und Subventionen bekommen, aber jetzt führt das Hilfswerk die Arbeit durch. Na freilich halten sie uns jetzt noch vor, dass wir ein Haus gesucht haben. Hätten wir kein Haus gesucht, dann hätten sie wieder gesagt, die träumen von irgendwelchen Dingen, die sie nicht wissen, wie man jetzt sagt, die haben kein Konzept. Wir haben also ein Haus gesucht, das passt, das auch günstig zum Umbauen ist, dass das zufälliger Weise dem Herrn Mayrhofer gehört, das ist halt so.

Gelächter

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Ich habe das schon einmal mitgemacht, wie böse und gemein das ist, wie einmal die Tochter eines Bürgermeisters eine Wohnung wollte, und dann hatte man gemeint, weil sie die Tochter eines Vizebürgermeisters ist, kann man ihr die Wohnung nicht geben. Das sind doch Dinge, die nicht passieren dürfen. Ich fasse mich wieder und meine, es ist uns wirklich um die Sorgen der Alten gegangen, wir haben uns als ÖVP bemüht und jetzt haben wir als ÖVP die Sache abgegeben, das Hilfswerk führt es weiter, und wir hoffen, dass wir im November dann wirklich alte Herrschaften betreuen können. Bei mir, als Seniorenbundobmann, fragen schon viele alte Leute und pflegende nach, wann das endlich soweit ist. Heute Vormittag habe ich schon wieder von einer Altenfachbetreuerin einen Anruf bekommen, die nachfragt, bitte wo kann ich mich dafür um eine Arbeit bewerben. All diese Aufgaben macht das Hilfswerk und es ist ja auch schon ein Termin vorgesehen, wann im Sozialausschuss das ganze Konzept vom Hilfswerk vorgestellt wird.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Grüne?

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. Beruhigen wir uns jetzt wieder ein bisschen. Ich habe es lieber, wenn keiner mit mir schreit, aber vielleicht war es eh berechtigt. Ein schönes Wort ist von der Frau Kollegin Pramendorfer gefallen, „Das vornehme Einsehen des Herrn Bürgermeisters.“

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

„Vornehme“ hat sie gesagt? Das habe ich nicht so verstanden.

GEMEINDERÄTIN CLAUDIA PRAMENDORFER:

Habe ich „vornehm“ gesagt?

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Ja, das habe ich mir extra noch aufgeschrieben, weil das hat noch nie wer gesagt.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Selbst wenn sie es gesagt hätte, hätte ich es nicht geglaubt.

Gelächter

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Ich denke mir, dass man das ruhig als Stichwort betrachten kann, weil wenn man sich die Vorgangsweise zu diesem Projekt betrachtet, könnte man sehr wohl unvornehm reagieren. Man könnte hergehen und sagen: Schon wieder, und die Volkshilfe, und diese Meldung im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit dort, und die Frau Mayrhofer wird dort die Leitung übernehmen, und der Kollege Gabath macht den Hauswart usw.

Gelächter

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Und der Kollege Hack verkauft dort Zigaretten.

Das war bitte nicht von mir, und war nicht als Spaß gemeint. Ich habe das wirklich bei einer Wirtshausrunde gehört, die haben sich halt Gedanken gemacht, wer bei diesem Projekt aller involviert ist. Um noch einmal auf das vornehme Einsehen des Herrn Bürgermeisters zurückzukommen, ich denke mir, Vornehmheit sollte man wirklich an den Tag legen. Ich glaube, die Information darüber sollte trotzdem sicher sein. Es kann nicht angehen, dass man sich bei manch anderen Projekten ärgert, dass man da z. B. die Information 14 Tage zu spät bekommen hat, und bei dieser Geschichte, die in Wahrheit schon 2 Jahre alt ist, weil wann ich all jene die damals bei den Budgetverhandlungen dabei waren erinnern darf, sie haben das mitgekriegt, dass es da auch ein Ansinnen der ÖVP gegeben hat, in dieser Richtung ein Projekt zu machen. Nur war es damals, soweit ich mich erinnern kann, einfach zu spät für dieses Projekt, und der Finanzreferent, der vornehme Herr Bürgermeister, hat damals gesagt, leider nichts mehr im Säckel. Jetzt haben wir es also ein Jahr später gemacht. Ich bin nicht der Verteidiger der Frau Vizebürgermeisterin, und ich habe es im Sozialausschuss auch schon x-mal gesagt, aber wenn ich der Sozialreferent wäre, dann würde ich mich auf die Füße stellen und sagen, bitte wir haben für das ein Geld, kommen sie doch endlich einmal mit dem Zettel her, wo drauf steht, wie das funktionieren soll. Das kann doch keine geheime Kommandosache sein, es kann auch nicht für alle die im Sozialausschuss sitzen eine geheime Kommandosache sein. Jetzt haben wir Ende März, und wir wissen wieder nicht, wie das Ding funktionieren soll. Da lobe ich mir den Herrn Direktor, denn der stellt sich wenigstens bei der Messe hinauf, macht ein Standl auf und sagt, das wollen wir machen und dort kann man sich einzelne Informationen einholen. Aber warum können es die einzelnen Mitglieder des Sozialausschusses seitens der ÖVP nicht? Weil 2 Sozialausschusssitzungen vorher habe ich schon den Antrag gestellt, bitte erzählen sie uns etwas, es ist wichtig, uns ist dieses Projekt auch wichtig. Wenn es schon passiert, dann sollte man alle einbinden, die damit involviert sind. Also, vornehme Einsicht von uns allen, noch einmal der Hinweis, sagen sie uns bitte endlich etwas, lassen sie uns nicht blöd sterben. Dann dürfen sie sich auch nicht wundern, wenn die Frau Reznar ihre Gedanken in der Zeitung sprüht und die Gerüchtebörse ankurbelt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Frau Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Sie verzeihen mir Frau Kollegin Pramendorfer, aber ich muss ihnen schon sagen, es passiert mir selten, dass ich ratlos bin. Aber bei ihren Ausführungen wäre ich es fast geworden, denn was sie hier heute geleistet haben, das ist wirklich Chuzpe, das ist wirklich unverfroren und Täuschung der Mandatare. Zum einem einmal ganz kurz zur Historie zurück. Wie es damals darum gegangen ist, die Volkshilfe in Steyr zu installieren, war irgendwie allen Beteiligten, nachdem von der ÖVP so eine große Befürwortung war, ziemlich klar, dass es da einen politischen Gegendeal geben wird. Ich habe eigentlich nur darauf gewartet, wann das Hilfswerk auf den Plan tritt. Wie gesagt, es ist auf den Plan getreten. Ganz interessant ist die Kommunalmesse im Oktober, weil sie, Kollege Lengauer und auch die Kollegin Pramendorfer sagen, man verunsichert die Menschen. Bitte, was haben denn sie getan? Sie haben auf der Kommunalmesse einen Stand präsentiert, mit einem Folder dazu, wo man wirklich davon ausgehen musste, das steht schon, dieses Tagespflegezentrum gibt es schon. Das ist Verunsicherung, wenn ich ein Projekt mit einem fix und fertigen Prospekt zu dem Zeitpunkt so darstelle, dass jeder glaubt, das gibt es schon. Dann gibt es Budgetverhandlungen, da kommt dieses Projekt dann mit S 600.000,- für laufende Kosten hinein. Da dürfte aber komischer Weise von denen, die das Budget mitbeschlossen haben, nicht groß die Frage gestellt worden sein, wo das Konzept dafür liegt, und wie das denn aussieht. Denn es gab einen gemeinsamen Abänderungsantrag aller im Gemeinderat vertretenen Parteien, außer dem LIF. Aber gut, da hat man sich noch nicht mehr dafür interessiert. Dann wartet man darauf, liest aber eigentlich schon in allen ÖVP-Postillen von dieser Tagesheimstätte. Soviel zum Thema, „Das hat aber mit Parteipolitik nichts zu tun“. In jeder Postille liest man etwas, „Grüne und ÖVP haben es letztendlich erreicht und geschafft“ usw. Konzept gab es aber noch immer keines, zumindest keines, das uns als Mandatare vorgelegt worden wäre. Am 1. März war wieder Sozialausschuss, und ich kann mich erinnern, da habe ich dann auch wieder die Frage gestellt, nachdem ich wieder in der Presse dauernd lese, was die ÖVP da umgesetzt hat, ja gibt es einen Finanzplan? Gibt es ein genaues Konzept? Frau Pramendorfer sagt, ja das gibt es. Ich frage den Herrn Dr. Starzengruber, ob das im Sozialamt aufliegt? Nein, im Sozialamt gibt es bis heute kein Finanzkonzept. Zumindest mit Datum 1. März.

GEMEINDERÄTIN CLAUDIA PRAMENDORFER:

Das ist nicht richtig, da muss ich bitte sofort etwas dazu sagen. Sie haben mich gefragt, und ich habe gesagt, natürlich gibt es noch kein genaues Konzept. Also, wenn sie mich so missverstehen, dann wundert mich überhaupt nichts mehr.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Noch schlimmer, es gibt noch nicht einmal ein Konzept mit 1. März.

GEMEINDERÄTIN CLAUDIA PRAMENDORFER:

Ein gesichertes Konzept. Sie haben mich gefragt ob etwas aufliegt, und ich habe nein gesagt.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Nein, es liegt auch nichts auf. Das muss man sich einmal vorstellen, dass so etwas mit dem Budget beschlossen wurde, S 600.000,-- und es ist nicht einmal den Mitgliedern des Gemeinderates, des Sozialausschusses möglich ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Beschlossen ist das Geld erst, wenn es ein eigener Antrag ist!

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Aber es ist vorgesehen, und wenn ich daran denke, wie andere Vereine kämpfen müssen, um überhaupt ins Budget hinein zu kommen, dann schaut das schon ein bisschen Eigen aus. Und eines ist schon ganz interessant Frau Kollegin Pramendorfer, ich, und das halten sie bitte meiner vornehmen Zurückhaltung zugute, ich habe diese Geschichte bisher nicht öffentlich groß thematisiert, sie haben es jetzt hier selbst getan. Weil ich halte es für eine Frechheit, herzugehen und zu sagen, das ist völlig unpolitisch. Das Hilfswerk besteht in seiner Konstruktion als Verein rein aus ÖVP-Mandataren, wenn sie sagen wir haben das jetzt abgegeben. Das geht vom Ex-Landeshauptmann Ratzenböck über den Landesrat Eichinger, das geht über den Herrn Karas auf Bundesebene, das zieht sich durch. Also hier zu sagen, das ist ein ganz unabhängiger, privater Verein, das ist schlichtweg Täuschung. Es gibt keinen Sozialverein, der politisch so dominiert ist, wie das Hilfswerk. Und eines ist schon sehr aussagekräftig, wie ich beim OÖ Hilfswerk angerufen habe und wissen wollte, was da jetzt in Steyr passiert, hat es gleich geheißen, rufen sie bei der ÖVP an, die wissen da ganz genau Bescheid. Also, das ist schon Chuzpe. Dann herzugehen und zu sagen, das ist Zufall, das ist alles reiner Zufall, dass im Verein Hilfswerk nur ÖVP-Mandatare sitzen, dass das einzig geeignete Objekt zufälliger Weise im Eigentum des Herrn Mayrhofer steht, und es ist völliger Zufall, dass dann ausgerechnet Mandatare der ÖVP dort tätig sein werden, alles Zufall.

Unverständliche Zwischenrufe

Gelächter

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Kollege Mayrhofer, eines muss ich schon dazu sagen, ich bin zutiefst enttäuscht, ich bin hier herinnen viel gewohnt ...

Unverständliche Zwischenrufe

Ordnungsruf

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ich bin hier herinnen wirklich viel gewohnt, aber das hätte ich auch ihnen nicht zugetraut, weil wie ich gelesen habe, dass das in der Arbeiterstraße stattfinden soll, und ich schon irgendwie im Dschungelfunk gehört habe, ja das ist der ehemalige Sparmarkt vom Herrn Mayrhofer, habe ich gesagt, das kann nicht sein, das wird er doch nicht tun. Auf die Idee kommt er doch nicht. Nein, wir haben einen wunderbaren Präzedenzfall, wo Subventionsgeber und Subventionsempfänger im Prinzip völlig ident sind, und das finde ich schon sehr steil. Dass das Ganze derzeit ein Spielsalon ist, gut da habe ich gehört, dass das entfernt werden wird, na ja aber ganz wohl ist mir bei dieser Geschichte nicht. Und eines muss ich schon sagen, ich glaube dem Kollegen Lengauer wirklich, dass es ihm um die Sache geht, aber ich glaube, sie verkennen die Tatsache, was passiert. Weil wenn es ihnen um die Sache geht, meine Damen und Herren, dann müsste ihnen daran gelegen sein, dass wir über dieses Konzept schon längst diskutiert hätten, dann müssten ihnen daran gelegen sein, dass alle Sozialvereine verstärkt eingebunden worden wären, und man sich ihre Dinge angehört hätte, das wäre Voraussetzung gewesen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

5 Minuten!

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Und dann, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn es ihnen mit ihren Motiven, edel, hilfreich und gut, so ernst ist, warum schaffen sie dann nicht die Rahmenbedingungen für wirklich private Vereine, statt hier Parteivereine vorzusetzen. Hier sage ich bewusst Parteivereine, denn das ist so, das können sie sich ganz genau anschauen. Da finde ich es schon ein bisschen steil, die Privaten auf der Strecke zu lassen. Es ist mir schon klar, heute kann man über Parteien kaum mehr Wohnungen vergeben, man kann keine Jobs mehr vergeben, und der Sozialbereich wird dann halt einer, der von den Parteien vereinnahmt wird. Und es ist kein Zufall, meine Damen und Herren, dass das Hilfswerk bis vor wenigen Jahren in Oberösterreich nicht aktiv war, und jetzt in fast allen Landgemeinden angeboten wird, von der Wiege bis zur Bahre, von der Kinderbetreuung, Nachhilfe, über Altenbetreuung, Haushaltshilfe usw., das ist absolut keine Demokratie, wenn im Prinzip Subventionsgeber und Subventionsempfänger immer ident sind. Und ich muss ihnen sagen, sie haben der Sache hier mit ihrer Vorgangsweise keinen guten Dienst erwiesen. Auch wenn ich mich davon distanzieren, dass man vielleicht in manchen Parteizeitungen ins andere Extrem verfällt, im Grunde hat die Frau Reznar aber vielleicht sogar Recht. Ich würde es nicht so artikulieren und formulieren, aber es ist wirklich eine Chuzpe was hier passiert ist

und ich würde sie dringend ersuchen, in Zukunft von so einer Vorgangsweise Abstand zu nehmen. Und wenn ich heute lese, dass das Tagespflegezentrum schon im Oktober in Betrieb gehen wird, dann frage ich mich, wo haben wir eigentlich vorher über diese Angelegenheit diskutiert, denn das war bis zum Schluss auch sehr unklar. Die Einen haben gesagt, dass das eh noch sehr lange dauert, der Kollege Lengauer hat dann gemeint, dass das dann schnell gehen wird, man weiß nichts Genaues, aber jetzt wissen wir, dass es im Oktober losgehen wird. Da bin ich schon sehr gespannt, was man uns noch vorlegen wird.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

So, meine Herrschaften, das war es.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Eines muss man schon sagen, es ist ein zusätzliches und neues Angebot, das wir in der Stadt noch nicht haben. Man kann also nicht einfach sagen, das interessiert uns nicht, das gibt es bis jetzt nicht. Der Dr. Pfeil hat gemeint, dass sich die Wende noch nicht auf Gemeindeebene abgespielt hat, das habe ich zumindest in eurer Zeitung gelesen, übrigens neuerdings gute Fotos.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Aber nach wie vor schlechte Schreibweise. Es gibt aber auch da keine Rot-Grüne Ampel, weil die sind heute auch wieder mit euch Blauen gegangen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Eines muss ich schon dazu sagen, im Budget steht aber auch nicht drinnen, dass dies das Hilfswerk machen muss. Es ist wirklich höchst an der Zeit, dass sich auch das Sozialamt des Hauses bald Gedanken darüber macht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Moment, das ist ja eh Recht, sie haben eh schon dazu geplaudert. Ich möchte nur folgendes dazu sagen, es ist natürlich schon bemerkenswert, mit was für einer Schnoddrigkeit sich die Blauen und auch sie Frau Kollegin, über solche Projekte äußern. Einmal haben sie sich bei der Volkshilfe delectiert, übrigens ich auch, da waren sogar die Grünen ein bisschen dabei, wenn ich mich richtig erinnere, es ist aber auch ein

Angebot im sozialen Bereich gewesen. Jetzt delectieren sie sich da wieder, und besonders leicht tun sich die Blauen und die Liberalen, die in dieser Frage nämlich völlig unbedarft sind.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Also, das ist eine Unterstellung!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sie kommen nämlich nicht in die Situation, dass sie einmal ein solches Projekt verteidigen müssen, weil sie haben nämlich noch nie eines gemacht, das möchte ich bei der Gelegenheit auch einmal sagen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

War das eine Aufforderung Parteivereine zu machen?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das kommt mir so vor, wie wenn ich als Verkehrsreferent ein freiheitliches Verkehrskonzept mache, wenn 3 Millionen Schilling drinnen sind.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sie reden da von etwas ganz anderem. Ich möchte ja nur feststellen ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das ist nichts anderes, als wenn ein Parteiverein ein Verkehrskonzept macht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich muss ihnen sagen, früher hat es die Caritas gegeben und die SAH. Euch hat es noch nicht gegeben. Aus der Notsituation heraus sind solche Hilfsorganisationen entstanden, das muss man einmal sehen. Und mittlerweile haben sich auch noch andere entwickelt, und das ist ja an und für sich nichts Böses. Dann möchte ich noch etwas dazu sagen, wir haben einen Ansatz im Budget drinnen, und zahlen werden wir, als Stadt Steyr, wenn die Leistung erbracht ist, und wenn sie nachgewiesen wird. So sieht das aus, daher sehe

ich keinen solchen Grund dafür. Ich muss auch sagen, ihr seid auch nicht so vornehm, ihr braucht auch gar nicht so beleidigt sein. In der Zeitung steht wieder drinnen, dass die Sozialreferentin ahnungslos ist, der Bürgermeister schläft.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir sind ja auch nicht beleidigt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Es steht aber nicht drinnen, dass das von der ÖVP gemacht werden soll.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Es steht auch nicht drinnen, aber sie haben dieses Projekt transportiert, so wie jede Fraktion manches Mal ein Projekt transportiert. Und wenn die Frau Pramendorfer gesagt hat, dass ich vornehm war, dann freut es mich.

Das war das Schlusswort.

So meine Damen und Herren, ich nehme nicht an, dass ein neues Thema angesprochen werden soll. Wenn nicht, dann sind wir tatsächlich am Ende von unserer heute sehr langen Sitzung.

Ich bedanke mich für die Mitwirkung und schließe die Sitzung.

Einen schönen guten Abend.

ENDE DER SITZUNG: 21.10 UHR.

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Hermann Leithenmayr eh.

DIE PROTOKOLLFÜHRER: DIE PROTOKOLLPRÜFER:

OAR Anton Obrist eh. GR Claudia Pramendorfer eh.

Gabriele Obermair eh. GR Rudolf Schröder eh.